

Aus dem Medizinhistorischen Institut  
der Johannes Gutenberg - Universität Mainz

---

ÄRZTE UND ZAHNÄRZTE IM ALLDEUTSCHEN VERBAND  
UND IN DESSEN TOCHTERORGANISATION (1890-1939)

Inauguraldissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades der Zahnmedizin  
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz  
dem Fachbereich Medizin vorgelegt

von MARTINA WALTHER  
aus KIEL

Mainz, 1988

Dekan:

1. Gutachter:

2. Gutachter:

Tag der Promotion: 20. April 1988

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. EINLEITUNG	5
2. DER ALLDEUTSCHE VERBAND (ADV)	
2.1. Gründung	7
2.2. Ziele	8
2.3. Entwicklung	9
2.4. Allgemeine Organisationsstrukturen	12
3. DER DEUTSCH-VÖLKISCHE SCHUTZ- UND TRUTZBUND (DVSTB)	
3.1. Gründung	14
3.2. Ziele	14
3.3. Entwicklung	15
3.4. Allgemeine Organisationsstrukturen	16
4. ENTWICKLUNG DES ÄRZTE- UND ZAHNÄRZTE- STANDES VON 1870-1939 -Berufliche und wirtschaftliche Situation der Ärzte und Zahnärzte um die Jahrhundertwende-	
4.1. Ärzte	18
4.2. Zahnärzte	21
5. ÄRZTE UND ZAHNÄRZTE ALS MITGLIEDER IM ADV UND DVSTB	
5.1. ADV	26
5.1.1. Berufliche Gliederung der Mitgliedschaft des ADV	26
5.1.2. Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte im ADV	26
5.1.2.1. Akademische Berufe	36
5.1.2.2. Ärzte und Zahnärzte unter den akademischen Berufen	37
5.1.3. Ärzte und Zahnärzte als Funktionsträger im ADV	38
5.1.3.1. Ärzte und Zahnärzte als Vertrauensmänner des ADV	38
5.1.3.2. Ärzte und Zahnärzte als Vorstandsmitglieder in den Ortsgruppen des ADV	41
5.1.3.3. Ärzte und Zahnärzte als Mitglieder der Gauvor- stände des ADV	42
5.1.3.4. Ärzte und Zahnärzte im Gesamtvorstand des ADV	49
5.1.3.5. Ärzte und Zahnärzte im Geschäftsführenden Ausschuß	50
5.2. DVSTB	52
5.2.1. Berufliche Gliederung der Mitgliedschaft des DVSTB	52
5.2.2. Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte im DVSTB	52
5.2.2.1. Akademische Berufe	53
5.2.2.2. Ärzte und Zahnärzte unter den akademischen Berufen	56
5.2.3. Ärzte und Zahnärzte als Funktionsträger im DVSTB	56
5.2.3.1. Ärzte und Zahnärzte in der Ortsgruppenführer- schaft des DVSTB	56
5.2.3.2. Ärzte und Zahnärzte im Bundesvorstand des DVSTB	58
6. HERAUSRAGENDE ÄRZTE UND ZAHNÄRZTE IM ADV UND DVSTB	
6.1. ADV	61
6.1.1. Dr. Adolf Eugen FICK	61
6.1.2. Prof. Dr. Adolf FICK	64

6.1.3. Prof. Dr. Friedrich SCHENK	65
6.1.4. Prof. Dr. Walther FELIX	65
6.1.5. Prof. Dr. Otto LUBARSCH	67
6.2. DVSTB	69
6.2.1. Ludolf HAASE	69
6.2.2. Dr. Wilhelm ROHMEDEK	71
6.2.3. Dr. Otto HELLMUTH	72
7. ANZIEHUNGSKRAFT DES ADV UND DES DVSTB AUF ÄRZTE UND ZAHNÄRZTE	
7.1. ADV	76
7.1.1. Wirtschaftliche Gründe	76
7.1.2. Gesellschaftliche Gründe	77
7.1.3. Bedrohung der Freiheit und Unabhängigkeit	78
7.1.4. Direktes Interesse am Programm des ADV	78
7.1.5. Momentane Begeisterung	81
7.1.6. Angst	81
7.2. DVSTB	84
7.2.1. Protest gegen die neue Republik	84
7.2.2. Bestürzung über den machtpolitischen Wandel	85
7.3. Gemeinsamkeiten des ADV und DVSTB	86
8. POLITISIERUNG DER ÄRZTE- UND ZAHNÄRZTESCHAFT DURCH DEN ADV UND DEN DVSTB	89
9. DER WEG DER HEILKUNDE ZUM VOLK	
9.1. Entwicklung des Rassedenkens im ADV und DVSTB	91
9.2. Rassedenzen in der Medizin und Rassenhygiene	93
9.3. Wechselwirkung zwischen der Heilkunde und der völkischen Ideologie	97
10. SCHLUSSWORT	100
11. QUELLENVERZEICHNIS	103
12. LITERATURVERZEICHNIS	106

## 1. EINLEITUNG

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit der Rolle von Ärzten und Zahnärzten im Alldeutschen Verband (im folgenden ADV) und in dessen Tochterorganisation, dem Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund (im folgenden DVSTB).

Wir beziehen uns nur auf den Alldeutschen Verband in Deutschland, nicht auf den gleichnamigen Verband in Österreich, obwohl gerade nach dem I. Weltkrieg enge Verbindungen zwischen beiden bestanden.

Der ADV und der DVSTB, auf die im zweiten und dritten Kapitel näher eingegangen wird, waren keine politischen Parteien, aber sie waren die "Seele" (ANONYMUS 36, S. 158) derjenigen völkischen Bewegung, die dem Nationalsozialismus besonders viel zugebracht hat.

So versteht sich unsere Untersuchung auch als ein Beitrag zur weitverzweigten Vor- und Frühgeschichte des Themas "Medizin und Nationalsozialismus".

An dieser Stelle weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß mit dieser Arbeit keineswegs beabsichtigt ist, den Ärzte- sowie den Zahnärztestand als solchen zu diffamieren. Unser Augenmerk liegt auf denjenigen Ärzten und Zahnärzten, die sich für eine der beiden oder für beide Organisationen engagiert haben.

Um die notwendigen historischen Bezüge herzustellen, haben wir die Veröffentlichungen von Ärzten und Zahnärzten, die nicht Mitglieder vaterländischer Vereinigungen waren, aber eine ähnliche Gesinnung vertraten, sowie die Publikationen der Standesorganisationen aus dieser Zeit zum Vergleich mit-herangezogen.

Der Zeitraum des Bestehens des ADV von 1890-1939 ist von vielen wichtigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen geprägt. Daher wird im vierten Kapitel ausführlicher die berufliche und wirtschaftliche Situation der Ärzte und Zahnärzte im Wandel der Verhältnisse beleuchtet.

Grundlage dieser Studie ist die systematische Sichtung sämtlicher Jahrgänge der "Alldeutschen Blätter" und der "Deutsch-

völkischen Blätter", der Publikationsorgane des ADV und DVSTB. Um die Beteiligung von Ärzten und Zahnärzten als Funktionsträger im ADV auch im Verhältnis zu anderen akademischen Berufen zu ermitteln, wurden zusätzlich das "Alldeutsche Werbe- und Merk- Büchlein von 1899" und die "Handbücher des ADV" herangezogen, in denen jährlich aktualisiert die Vertreter der einzelnen Gremien des ADV sowie die Vorsitzenden der einzelnen Ortsgruppen und Vertrauensleute namentlich mit Angabe der Berufsbezeichnung aufgeführt wurden. Auf besonders aktive Ärzte und Zahnärzte wird dabei näher eingegangen.

Mitgliederlisten einzelner Ortsgruppen des ADV und DVSTB sind leider nur sehr wenige erhalten, so daß ihre statistische Auswertung nicht absolut, sondern höchstens relativ genommen werden kann.

Das sechste Kapitel ist einigen herausragenden Persönlichkeiten des ADV und DVSTB gewidmet, um die Motive für deren Aktivität in einer dieser Organisationen und ihre politische Anschauung darzustellen.

Die Frage, welche Anziehungskraft der ADV und der DVSTB auf Ärzte und Zahnärzte im allgemeinen ausgeübt hat, wird im siebenten Kapitel erörtert. Welche Gründe hatten Ärzte und Zahnärzte, sich einer völkischen Bewegung anzuschließen, in der "... die verhängnisvollen Zellen der Erb- und Rassenlehre, sowie des Antisemitismus..." ( KRUCK 109, S. 220 ) keimten?

Wie vertrugen sich diese politischen Aktivitäten mit der damaligen Idealvorstellung vom "unpolitischen Arzt" ?

Inwieweit das sich im ADV entwickelnde und im DVSTB offensiv vertretene Rassed Denken sowohl auf Ärzte und Zahnärzte als auch auf die Heilkunde Einfluß ausgeübt hat und inwieweit umgekehrt Ärzte und Zahnärzte, insbesondere die Rassenhygieniker auf die völkische Bewegung Einfluß ausgeübt haben, diesen Fragen wird im neunten Kapitel nachgegangen.

## 2. DER ALLDEUTSCHE VERBAND (ADV)

### 2.1. Gründung

Anlaß zur Gründung des Alldeutschen Verbandes gab ein Aufruf von vier in Zürich lebenden Reichsdeutschen mit dem Titel "Deutschland, wach auf!" (BONHARD 60, S. 233-237, Anlage 1). Einer von ihnen war der Anatom und Pathologe Otto LUBARSCH, der in seinen Erinnerungen schildert, wie es zu diesem Aufruf kurz nach der Entlassung des Reichskanzlers VON BISMARCK kam:

"In unserem engeren Feundeskreis, Privatdozent A. Fick und Walter Felix- ... - war noch kaum eine gewisse Erholung und Beruhigung eingetreten, als die Nachricht von dem Zanzibarvertrag mit England in uns hineinplatzte. Innerlich erregt, wie wir waren, beschlossen wir unter Führung von Fick einen Aufruf an das deutsche Volk zu richten, sich diesem, einem Olmütz gleichenden Verträge zu widersetzen, und erließen einen solchen - ohne Namensunterschrift - in einer Anzahl großer Zeitungen ... unter der Überschrift 'Deutschland, wach auf!' am 24. Juni 1890. Er hatte keinen Erfolg; trotzdem gingen wir weiter und erließen am 15. Juli 1890 einen zweiten Aufruf, in dem wir zur Gründung eines 'Alldeutschen Verbandes' aufforderten. Der Aufruf war unterzeichnet:

Dr. W. Felix aus Leipzig,  
Dr. A. Fick aus Marburg a. d. L.,  
Dr. O. Lubarsch aus Berlin,  
Albert Müller aus Friedberg"

(LUBARSCH 120, S. 531-532; vgl. FICK 84, S. 167; vgl. BONHARD 60, S. 238-239, Anlage 2).

Durch diese beiden Aufrufe erhielten die vier Verfasser Kontakt mit dem bekannten Pressemagnaten Dr. Alfred HUGENBERG, der eine Zusammenfassung der Gleichgesinnten und die Gründung einer Art von Nationalverein vorbereitete (vgl. KRUCK 109, S. 8 und URNER 156, S. 532 ff).

Das erste Treffen fand am 28. September 1890 in Frankfurt am Main unter dem Vorsitz des Leipziger Universitätsprofessors Johannes WISLICENUS, Schwiegervater des Dr. Adolf Eugen FICK und Freund des Physiologen Prof. Dr. Adolf FICK (auf die später noch näher einzugehen sein wird), statt.

Die eigentliche Gründung des "Allgemeinen Deutschen Verbandes" vollzog sich jedoch erst am 9.4.1891 in Berlin (vgl. WERNER 160, S. 30).

Am 1. Juli 1894 entstand nach der Vereinigung mit dem "All-

gemeinen Deutschen Verein zur Pflege des Deutschtums auf dem Gebiete des Bildungs- und Erziehungswesens" aus dem "Allgemeinen Deutschen Verband" der "Alldeutsche Verband" (ADV) (vgl. BONHARD 60, S. 8-9).

## 2.2. Ziele

Das Wort "allddeutsch" - sein Ursprung ist möglicherweise auf das "Deutsche Kriegslied" von E. M. ARNDT (1841) zurückzuführen (vgl. ebenda, S. 9) - weist als Erweiterung des Begriffs "reichsdeutsch" auf eines der wichtigsten Ziele hin, die sich der ADV gestellt hatte: Stärkung und Förderung des Deutschtums innerhalb und vor allem außerhalb der Reichsgrenzen.

Im Laufe der Entwicklung des ADV erhielt der Begriff "allddeutsch" außerdem die Bedeutung "besonders gesinnungstreu patriotisch" (vgl. KRUCK 109, S. 223, Anmerkung 4 zu "Die Entstehung des ADV"). Er entwickelte sich zur Steigerung des Begriffes "deutsch".

Als dem gesamten Volk dienende Vereinigung meinten die Mitglieder, Parteizwistigkeiten und Standesunterschiede im Interesse des Deutschtums überwinden zu müssen. Aus diesen Gründen suchte der ADV auch nicht, die politische Macht unmittelbar im Parlament auszuüben, sondern sah sein Hauptaufgabengebiet in der direkten Beeinflussung der Öffentlichkeit im nationalen Sinne. Er stellte seine Überparteilichkeit heraus, obwohl er im Laufe der Jahre immer deutlicher Stellung bezog gegen die Sozialdemokraten, Freisinnigen und Zentrumsparthei, die als dem deutschen Volke gefährlich wirkende Kräfte beschimpft wurden.

In der Satzung von 1903 wurden die Ziele des ADV endgültig festgeschrieben, und dieser Wortlaut blieb bis zum Ende des I. Weltkrieges in Kraft:

"Der Alldeutsche Verband erstrebt Belebung der deutsch-nationalen Gesinnung, insbesondere Weckung und Pflege des Bewußtseins der rassenmäßigen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksteile. Diese Aufgabe schließt in sich, daß der Alldeutsche Verband eintritt:

1. für Erhaltung des deutschen Volkstums in Europa und über See und Unterstützung desselben in bedrohten Teilen;



2. für Lösung der Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen im Sinne des deutschen Volkstums;
  3. für Bekämpfung aller Kräfte, die unsere nationale Entwicklung hemmen;
  4. für eine tatkräftige deutsche Interessenpolitik in der ganzen Welt, insbesondere Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen"
- (Q 6, S. 5, zitiert nach WERNER 160, S. 47-48).

Um diese Ziele zu erreichen, arbeitete der ADV mit vielen anderen nationalgesinnten Organisationen wie dem Deutschen Flottenverein, dem Deutschen Ostmarkenverein, dem Deutschen Wehrverein und der Deutschen Kolonialgesellschaft eng zusammen.

### 2.3. Entwicklung

"Von Anfang an hatte der Alldeutsche Verband im Kaiserreich eine 'nationale Opposition' geübt" (LOHALM 119, S. 16). So hatte der ADV die Repräsentanten des monarchistischen Staates, als dem Ausland gegenüber zu schwach auftretend, scharf befehlet, die Struktur und das Wesen dieses Staates jedoch zutiefst bejaht (vgl. ebenda, S. 15). Allerdings "...als Sammlung von Vertretern des gebildeten Mittelstandes war der Verband völlig ungeeignet, weitergehende radikale Folgerungen zu ziehen. In der Weimarer Republik änderte sich dies grundlegend" (KRUCK 109, S. 125).

Sah sich die Verbandsleitung bereits im Jahre 1910, nachdem die aggressive Politik des ADV gegen die kaiserliche Regierung seit dem Jahre 1901 zu einem stetigen Mitglieder- und damit Beitragsschwund geführt hatte, durch die finanzielle Unterstützung einiger Großindustrieller zu Programmänderungen veranlaßt (vgl. CHICKERING 64, S. 229f und STEGMANN 155, S. 403), so arbeitete sie nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches im Februar 1919 neue "...Leitsätze für die alldeutsche Politik aus, die am 16. Februar als 'Bamberger Erklärung' veröffentlicht wurden" (KRUCK 109, S. 126; vgl. ANONYMUS 31, S. 65-69).

Der ADV war die "...einzige nationale Kampfgemeinschaft, die den Novembersturz überdauert hatte..." (KRUCK 109, S. 126), obwohl ein großer Mitgliederverlust zu verkraften war. Mit der "Bamberger Erklärung" setzte sich der ADV "...gegen die

Vorwürfe der Schuld am Kriegsausbruch, an der Kriegsverlängerung sowie am Kriegsausgang zur Wehr..." (LOHALM 119, S. 17) und stellte "...damit zugleich das erste umfassende Programm in der Weimarer Republik für einen völkischen deutschen Staat..." (ebenda) vor. Der ADV ging so "...als erster zum Angriff gegen die politische und soziale Neuordnung in Deutschland über" (ebenda, S. 16).

Diese Erklärung verfehlte ihre Wirkung zur Werbung neuer Mitglieder keineswegs. Sie "...gab den politischen Rahmen, innerhalb dessen der Deutsche Schutz- und Trutz-Bund gegründet und seine Aufgaben konzipiert wurden..." (ebenda, S. 17f) und "... ist von zentraler Bedeutung nicht allein für die Geschichte des Alldeutschen Verbandes, sondern auch für das Wirken vieler rechtsradikaler Kräfte in der Weimarer Republik" (ebenda, S. 17).

Die Alldeutschen lehnten nach dem Ende des I. Weltkrieges jede Form der Verständigung mit den Siegermächten ab, schürten die Gedanken der Revanche und betonten weiterhin eine Politik der Macht und Stärke (vgl. LOHALM 119, S. 18 und HARTWIG 95, S. 20). Der "...Zusammenschluß sämtlicher Deutscher in einem Staat als einer Kultureinheit" (ANONYMUS 39, S. 175) war das oberste außenpolitische Ziel des ADV. Innenpolitisch beherrschte der "... Wunsch nach völliger Nationalisierung des gesamten kulturellen, sozialen und politischen Lebens..." (LOHALM 119, S. 18) die Forderungen des ADV. Zurückdrängung des jüdischen Einflusses, "...Intensivierung der 'inneren Siedlung' und der Schutz des 'rassenmäßigen Bestandes' des deutschen Volkes 'vor artfremden Zuzug'..." (ebenda) gehörten zu diesen Postulaten.

Dieses "Rassedenken" und der "...Antisemitismus, der in den Alldeutschen Verband nur allmählich Eingang gefunden hatte..." (ebenda, S. 274), wurden "...zu den bestimmenden Faktoren alldeutscher Innenpolitik..." (ebenda, S. 18) und nach dem Verbot des DVSTB "...endgültig in das Programm und die Tätigkeit des Verbandes integriert" (ebenda, S. 274).

Der seit 1908 amtierende Verbandsvorsitzende CLASS (vgl. KRUCK 109, S. 20) erreichte, während er seine Führungsposition innerhalb des ADV im Laufe der Jahre stetig bis zu diktatori-

schen Machtbefugnissen ausbaute, nicht nur, daß im ADV der Rassen- und der Judenfrage im Laufe der Zeit eine größere Aufmerksamkeit gewidmet wurde, sondern bewirkte auch mit seinem unter dem Pseudonym Daniel FRYMANN im Jahre 1912 herausgegebenen Buch "Wenn ich der Kaiser wär' " in der Anhängerschaft des ADV eine Abkehr vom Parlamentarismus und eine Hinwendung zur Diktatur (vgl. ebenda, S. 220).

So vertrat z. B. der Vorsitzende der Kolberger Ortsgruppe, Oberstabsarzt Dr. HAENISCH, 1924 in einer Rede die Auffassung: "Keine Partei könne das deutsche Volk aus dem jetzigen Elend herausführen, das könne nur ein Mann, dem den Weg zu bereiten, Aufgabe des ADV sei" (ANONYMUS 39, S. 176).

Trat der ADV auf dem innenpolitischen Sektor nach dem Kriege auch hinter der wirksamen Massenorganisation des DVSTB zurück, so versuchte der Verband jedoch, "...hartnäckig in der gesamt-völkischen Bewegung seinen Einfluß zu bewahren..." (LOHALM 119, S. 274). Auch nach dem Verbot des DVSTB hatte CLASS "... die ideologische Führung der ganzen völkischen und gegenrevolutionären Bewegung inne..." (KRUCK 109, S. 192), obwohl die Mitgliederzahl des ADV in der Folgezeit auf ca. 8.000 zusammenschmolz (vgl. ebenda, S. 216). Gerade die jungen Menschen fühlten sich von dem aktivistischen Schwung anderer völkischer Organisationen, z. B. der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (im folgenden NSDAP), mehr angezogen als vom ADV mit seinen überwiegend älteren Anhängern. Außerdem wichen die Ziele dieser Organisationen, die sich zum völkischen Lager zählten, ohnehin nicht entscheidend voneinander ab, und der ADV pflegte anfang der zwanziger Jahre z. B. mit Adolf HITLER und der jungen NSDAP enge Verbindungen (vgl. ebenda, S. 192).

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme entwickelten sich Ressentiments des ADV gegenüber der von HITLER geführten NSDAP zu einer oppositionellen Haltung gegen das Naziregime, die zu einer Anziehungskraft "...für eine auffallend große Zahl junger Menschen" (ebenda, S. 216) wurde. Aber auch "...ehemalige Deutschnationale und Stahlhelmer fanden jetzt im Verband Zuflucht..." (ebenda).

Der ADV, der im dritten Reich häufig den Anspruch vertrat: "Die NSDAP ist ein Kind des Alldeutschen Verbandes" (ebenda, S. 221), wurde am 13. März 1939 durch "...eine Verfügung Rein-

hard HEYDRICHS ... mit der Begründung aufgelöst, daß sein Programm erfüllt sei" (HARTWIG 95, S. 23; vgl. KRUCK 109, S. 217).

#### 2.4. Allgemeine Organisationsstrukturen

Die Organisation des ADV bestand aus der Hauptleitung, dem Geschäftsführenden Ausschuß, dem Gesamtvorstand und den Gauverbänden, Ortsgruppen und Vertrauensmännern.

Die Hauptleitung setzte sich aus drei bis sieben Mitgliedern, den Vorsitzenden des ADV und dessen Stellvertretern miteingeschlossen, zusammen, die eigentlich vom Gesamtvorstand alle drei Jahre hätte neu gewählt werden können. Die beiden Vorsitzenden Ernst HASSE (1893-1908) und Heinrich CLASS (1908-1939) wurden jedoch mehrmals in ihrem Amt bestätigt und konnten aufgrund der Kontinuität die Machtfülle der Hauptleitung auch durch ihren persönlichen Einsatz als Vorsitzende gegenüber dem Geschäftsführenden Ausschuß und dem Gesamtvorstand im Laufe der Zeit stetig ausbauen, bis 1935 die Satzung an die Wirklichkeit angepaßt wurde und die seit langem bestehenden diktatorischen Befugnisse des Vorsitzenden des ADV festschrieb (vgl. KRUCK 109, S. 14 und CHAMBERLIN 63, S. 59f, WERNER 160, S. 66-68).

Der Geschäftsführende Ausschuß diente der Hauptleitung zur Unterstützung. Die zwanzig bis fünfunddreißig Mitglieder, von der Hauptleitung benannt und für ein Jahr vom Gesamtvorstand gewählt, trafen sich je nach Bedarf mehrmals im Jahr. Dem Ausschuß oblag die Geschäftsführung, die Überwachung der Tätigkeit der Hauptleitung und des Vorsitzenden und die Ernennung der "Beamten des Vorstandes", insbesondere des Schriftleiters der Alldeutschen Blätter, des Publikationsorganes des ADV. "Außerdem hatte er die Berichte, Gutachten und Anträge der Ortsgruppen und Gauverbände zu erledigen, ihren Erörterungen seinerseits neue Anregungen zu geben und ihnen dafür die erforderlichen Unterlagen zu liefern" (WERNER 160, S. 67f).

Der Gesamtvorstand des ADV setzte sich aus den Vorsitzenden der Ortsgruppen und Gauverbände, den Vertrauensmännern, wei-

teren Vertretern größerer Ortsgruppen und den Ehrenmitgliedern zusammen. Hinzu kamen einhundert bis einhundertfünfzig zugewählte Mitglieder des ADV. Die Wahlperiode betrug drei Jahre. Mindestens zweimal im Jahr fanden Vorstandssitzungen statt, wo zumindest in der Anfangsphase des ADV die Politik des Verbandes in allen grundsätzlichen Fragen bestimmt, über Satzungsänderungen entschieden und die Hauptleitung gewählt wurde. Wie in allen Gremien des ADV wurden auch vom Gesamtvorstand Beschlüsse mit einfacher Mehrheit gefaßt. Dieses durchaus demokratische Element in der Organisation des ADV wurde durch die sich mehr und mehr ausprägende Führerstellung des Vorsitzenden verdrängt, so daß die Mitgliedschaft im Gesamtvorstand immer weniger Beteiligung an der Willensbildung bedeutete. Vielmehr stellte diese Mitgliedschaft nur noch eine Ehre für jeden einzelnen dar.

So konnte der Verband kontinuierlich und einheitlich geführt werden, trotz der vornehmlich gebildeten Schichten angehörenden Mitglieder, zwischen denen sehr "...leicht sachlich begründete Meinungsverschiedenheiten entstehen konnten" (WERNER 160, S. 68, vgl. KRUCK 109, S. 13f und CHAMBERLIN 63, S. 58).

Die Ortsgruppen bildeten zusammen mit den Vertrauensmännern die unterste Organisationsebene des ADV. Mindestens zehn Mitglieder zählte eine Ortsgruppe, die sich eine eigene Satzung gab und ihren Vorstand selbstständig wählte. Wo das Vereinsrecht die Gründung einer Ortsgruppe untersagte oder wo sich nicht genügend Gesinnungsfreunde fanden, ernannte die Hauptleitung Vertrauensleute, die gerade in der Anfangsphase Mitglieder werben sollten.

Mehrere Ortsgruppen wurden später zu Gauverbänden zusammengefaßt. "Nachdem das ganze Reichsgebiet propagandistisch durchdrungen war..., gab es insgesamt 20 Gauverbände, die etwa 340 Ortsgruppen umfaßten" (KRUCK 109, S. 13).

Auf dieser Ebene wurden Vorträge oder Stammtischabende organisiert, Flugblätter gedruckt und verteilt, politische Parteien, die der Ideologie des ADV nahestanden, unterstützt und solche, die es nicht taten, bekämpft. Bis 1918 waren die Ortsgruppen und Gauverbände weitgehend unabhängig in der Gestaltung ihrer Aktivitäten, danach mußte alles von der Hauptleitung gebilligt werden (vgl. CHAMBERLIN 63, S. 62).

### 3. DER DEUTSCH-VÖLKISCHE SCHUTZ- UND TRUTZBUND (DVSTB)

#### 3.1. Gründung

Am 18. Februar 1919 wurde in Bamberg der Deutsche Schutz- und Trutzbund nach sehr intensiven Vorbereitungen von den führenden Vertretern des ADV gegründet (vgl. KREBS 108, S. 774). Zwei Tage vorher hatte der ADV die sogenannte "Bamberger Erklärung" herausgegeben, mit der er nach der dem Zusammenbruch des Kaiserreiches folgenden kurzen Krise des Verbandes wieder aktiv hervortrat.

"Bei den Beratungen, die der 'Bamberger Erklärung' vorausgingen, wurde die Forderung laut, die Lösung der Judenfrage zur ersten Aufgabe des Verbandes zu machen" (KRUCK 109, S. 131). Um "... die Aufnahme des antisemitischen Kampfes nicht mit dem nach dem I. Weltkrieg stark in Verruf geratenen alldutschen Namen ..." (LOHALM 119, S. 19) zu belasten, wurde der Deutsche Schutz- und Trutzbund, der "...in engstem Anschluß an den Verband arbeiten sollte...", aus der Taufe gehoben und erhielt "...als Symbol des völkischen Kampfes das Hakenkreuz..." (KRUCK 109, S. 132).

Nachdem am 1. Oktober 1919 die beiden schon während des I. Weltkrieges antisemitisch tätigen Organisationen, der "Reichshammerbund" und der "Deutschvölkische Bund", mit dem Deutschen Schutz- und Trutzbund verschmolzen, wurde dieser in Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund umbenannt (vgl. KREBS 108, S. 775). Die durch den stellvertretenden Vorsitzenden des ADV General z. D. Konstantin VON GEBSATTEL verkörperte geheime diktatorische Oberleitung des DVSTB und die daraus resultierende enge persönliche Verbindung zur Führung des ADV, vor allem zu Heinrich CLASS, wurde den anderen Organisationen gegenüber nicht erwähnt (vgl. LOHALM 119, S. 84).

#### 3.2. Ziele

Die dem DVSTB vom ADV zugedachten Aufgaben sollten, wie oben bereits erwähnt, in der Zurückdrängung des jüdischen Einflus-

ses und in einer völligen "...Nationalisierung des gesamten kulturellen, sozialen und politischen Lebens..." (LOHALM 119, S. 18) liegen.

So lautet § 1 der öffentlichen Satzung des DVSTB:

"Der Bund erstrebt die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes durch die Erweckung und Förderung seiner gesunden Eigenart. Er erblickt in dem unterdrückenden und zersetzenden Einfluß des Judentums die Hauptursache des Zusammenbruchs, in der Beseitigung dieses Einflusses die Vorbedingung des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der Rettung deutscher Kultur. Der Schutz- und Trutzbund macht es sich zur Aufgabe, über Wesen und Umfang der jüdischen Gefahr aufzuklären und sie unter Benutzung aller politischen, staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Mittel zu bekämpfen" (Q 33, zitiert nach LOHALM 119, S. 22).

Dieser "kompromißlose Antisemitismus" (LOHALM 119, S. 22) sollte dazu dienen, große Bevölkerungsmassen gegen den neuen parlamentarischen Staat zu mobilisieren und zu organisieren.

Dazu bediente sich der DVSTB einer hemmungslosen und totalen Propaganda, in Form von öffentlichen Aufmärschen, großen Tagungen, Vorträgen in Versammlungen, internen Schulungen und eigenen Zeitungen wie den "Deutschvölkischen Blättern", aber vor allem in Form von Flugblättern, Klebezetteln und Hakenkreuzschmierereien (vgl. ebenda, S. 122f). Diese Propaganda heizte den rassistischen Nationalismus so an, daß daraus auch "...persönlicher Terror, Pogrome und politischer Mord..." (ebenda, S. 222) resultierten.

### 3.3. Entwicklung

Der DVSTB "... breitete sich schnell im ganzen Reich aus und erhöhte die Zahl seiner Mitglieder rapide,..." (RIETZLER 141, S. 145), bedingt auch durch die Übernahme der alten antisemitisch-orientierten Ortsgruppen des Reichshammerbundes und des Deutschvölkischen Bundes. So stellte der DVSTB schon "... im Herbst 1919 die stärkste Kraft im völkischen Lager..." (LOHALM 119, S. 88) dar. Nach den eigenen Angaben des DVSTB zur Mitgliederzahl "...hatte er schon Ende 1920 die 100.000-Grenze überschritten und im Sommer 1922 nahezu eine Viertelmillion erreicht" (RIETZLER 141, S.145).

Allerdings führten die Heterogenität des deutsch-völkischen

Gedankengutes, die Führerkivalitäten innerhalb des DVSTB und die Konkurrenz anderer Gruppen, die der völkischen Bewegung angehörten, besonders der NSDAP (vgl. LOHALM 1195, S. 281), im Laufe des Jahres 1922 zu inneren Auflösungserscheinungen (vgl. ebenda, S. 255 ff).

Nach den Attentaten an ERZBERGER und RATHENAU wurde das "Republikenschutzgesetz" am 21. Juli 1922 erlassen. Da die Attentäter, ihre Helfer und Mitwisser fast ausnahmslos dem Anhängerkreis des DVSTB entstammten (vgl. ebenda, S. 237), wurde der DVSTB wegen Verstoßes gegen dieses Gesetz in den meisten Ländern bis auf Bayern und Württemberg im Sommer 1922 verboten (vgl. KREBS 108, S. 776).

Für die Zeit danach wurde die NSDAP "...zum Sammelbecken der aktiven Kräfte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Diese Entwicklung besiegelte die Weisung Gebtsattels und Hertzbergs an die Mitglieder, der NSDAP Hitlers beizutreten..." (LOHALM 119, S. 281 und S. 283 ff), der, das zeigen die Beispiele Flensburg (RIETZLER 141, S. 155f) und Duisburg (BUCHLOH 62, S. 42), auch gefolgt wurde.

#### 3.4. Allgemeine Organisationsstrukturen

Die von vornherein stark zentralistisch ausgerichtete Organisation des DVSTB wurde durch die Bundesleitung, bestehend aus dem geheimen diktatorischen Leiter, seinem öffentlich fungierenden Stellvertreter, dem geschäftsführenden Vorsitzenden und dem Hauptgeschäftsführer sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden, repräsentiert.

Daneben war dem Führungsgremium ein Beirat zugeordnet, dem Persönlichkeiten aus der völkischen und vor allem alldeutschen Bewegung angehörten. Der Beirat war relativ bedeutungslos und "...übte kaum mehr als beratende Funktion aus" (LOHALM 119, S. 98).

Von Anfang an sollte ein diktatorisches Verhältnis von der Bundesleitung zur mittleren Ebene, den Gauen oder Landesverbänden, und zur unteren Ebene, den Ortsgruppen und Kreisverbänden, konstituiert werden. Die Satzungen gaben sich die Ortsgruppen mit mindestens fünfzehn Mitgliedern nach einem von



der Hauptgeschäftsstelle herausgegebenen Muster, die dann wie die Wahl des Gruppenwartes, des Stellvertreters sowie des Jugendwartes durch die Bundesleitung bestätigt werden mußten.

Die Tätigkeit der Ortsgruppen bestand in der Hauptsache in antisemitischer Propaganda-Arbeit, d. h. Flugblätter der Hauptstelle wurden verteilt und Räume angemietet, wenn Vortragsreisen von der Bundesleitung organisiert wurden. Es bestanden zum Zeitpunkt des Verbotes des DVSTB ca. sechshundert Ortsgruppen (vgl. ebenda, S. 93 u. 362).

4. ENTWICKLUNG DES ÄRZTE- UND ZAHNÄRZTESTANDES VON 1870-1939  
- Berufliche und wirtschaftliche Situation der Ärzte und  
Zahnärzte um die Jahrhundertwende -

4.1. Ärzte

Über die tatsächliche wirtschaftliche Lage der praktizierenden Ärzte in dieser Zeit ist zunächst wenig bekannt, da z. B. in Preußen die Zentralbehörde Taxen als Norm nur in strittigen Fällen beim Fehlen einer Vereinbarung nach der Reichsgewerbeordnung von 1869 festsetzen konnte (vgl. HEISCHKEL-ARTELT 97, S. 13).

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts bestand in puncto Bezahlung ein direktes Arzt-Patienten-Verhältnis. Die Patienten "...waren gewohnt, ein Honorar als Ehrengabe für ihren Arzt nach eigenem Ermessen zu spenden" (ebenda). Die Mittellosen wurden umsonst behandelt. Viele Städte und Gemeinden hatten überdies Ärzte angestellt, die durch Vertrag zur unentgeltlichen ärztlichen Behandlung der Armen verpflichtet, jedoch nicht immer besoldet wurden (vgl. ACHINGER 1, S. 159f).

"Während aber die behördliche Knechtschaft beim Armenarzt sehr bedrückend war, ist die Mehrzahl der damaligen Ärzte völlig frei von behördlicher Einwirkung gewesen" (ebenda, S. 161).

Mit Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung 1883 im Deutschen Reich änderte sich allerdings die Situation der Ärzte ganz erheblich.

"Es ging den deutschen Ärzten nicht gut zu Ende des vergangenen Jahrhunderts. Die Gesetzgebung hatte ihr Verhältnis zu den Kranken völlig umgestaltet, hatte große Gruppen der Bevölkerung in den Krankenkassen zu festen Verbänden zusammengeschlossen, und der einzelne Arzt mußte schutz- und hilflos diesen immer mächtiger werdenden Verbänden und ihren Leitern gegenüber in eine unwürdige, verhängnisvolle Abhängigkeit geraten" (ANONYMUS 38, S. 37)

So lauteten die Worte des Vertreters des "Deutschen Ärztevereinsbundes", des Geheimen Staatsrates Dr. DIPPE, anlässlich der Trauerfeier für Sanitätsrat Dr. Hermann HARTMANN, den Begründer des "Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen" (im folgenden "Verband").

Es gab zwar seit 1872 den Zusammenschluß aller ärztlichen Vereine des Deutschen Reiches in der Form des "Deutschen Ärztevereinsbundes", der sich für die Standesinteressen insbesondere für die Stellung der Ärzte gegenüber den Krankenkassen einsetzte. "Zur wirksamen Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen mit gewerkschaftlichen Mitteln, gegebenenfalls mit Streik..." (HEISCHKEL-ARTELT 97, S.7) erwies sich der in Leipzig im Jahre 1900 gegründete "Verband" jedoch als sehr viel schlagkräftiger. Nach anfänglicher Konkurrenz einigten sich die beiden Verbände 1903 über die gemeinsamen Ziele. Die so erstarkte Ärzteschaft erkämpfte sich im Jahre 1913 durch das Berliner Abkommen "...die Anerkennung der Verbandes als gleichberechtigten Vertragsteil..." (ANONYMUS 38, S. 36) gegenüber den gesetzlichen Krankenversicherungsträgern.

Aus den erbitterten Kämpfen um die wirtschaftliche Sicherheit der Ärzte, entwickelten sich ein Jahr später routinemäßige "Tarifverhandlungen".

Das Aufgabengebiet des "Verbandes" weitete sich aus, z. B. in Form von Vermittlung bei Regelung der Arbeitsbedingungen für Ärzte bei Reichsbehörden, Militär, Ersatzkassen, Reedereien und Lebensversicherungsgesellschaften (vgl. ebenda).

Nach dem I. Weltkrieg kämpften die Standesvertretungen erneut um ihre Unabhängigkeit, gegen die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und gegen das "Gespenst der Selbstsozialisierung" (vgl. ANONYMUS 33, S. 95).

Hinzu trat das Problem der Überfüllung des Ärztestandes nach dem I. Weltkrieg durch die aus dem Heer zurückkehrenden Ärzte, die während des Krieges approbierten oder notapprobierten Ärzte und die aus den infolge des Krieges von Deutschland abgetrennten Gebieten umsiedelnden Ärzte (vgl. ZAPP 164, S. 8). Die aufkommende Weltwirtschaftskrise ließ sicherlich auch die wirtschaftliche Situation der Ärzte nicht unberührt.

1931/1932 wurden die Kassenärztlichen Vereinigungen mit Pflichtmitgliedschaft vom Staat per Notverordnung eingeführt, nachdem sich der nach dem Tode HARTMANNs in "HARTMANN-Bund" umgetaufte "Verband" mit den Kassen verständigt hatte (vgl. JACHERTZ 103, S. 56).

Gleich zu Beginn des Dritten Reiches vollzog sich die Gleichschaltung der ärztlichen Standesorganisationen. Der National-

sozialistische Deutsche Ärztebund (im folgenden NSDÄB) hielt jedoch an dem System der Kassenärztlichen Vereinigungen fest, die organisatorisch der Reichsärztekammer untergeordnet wurden.

Durch die Ausschaltung der jüdischen und sozialistisch-orientierten Ärzte und Abschaffung der Ambulatorien der Krankenkassen wurde eine unliebsame Konkurrenz beseitigt, so daß sich auch die wirtschaftliche Lage der Ärzte zwangsläufig verbessern mußte.

Überblickt man die Zeit von 1870-1939, so muß man feststellen, daß die Ärzte im Kampf um ihr wirtschaftliches Wohlergehen zu einer beständig an Stärke zunehmenden Standesorganisation gefunden haben, die ihnen im Verlauf der Zeit gesellschaftliches Ansehen verschafft hat. Aber auch

"...die Vereinheitlichung der Vor- und Ausbildung bedeutete einen Schritt kollektiver sozialer Mobilität nach oben, einen Statuszuwachs, der es den Ärzten erleichterte, sich als Gruppe von den nicht approbierten Heilkünstlern, denen gegenüber die Grenzen noch am Anfang des 19. Jahrhunderts unscharf und fließend gewesen waren, deutlich abzusetzen" (HUERKAMP 100, S. 360).

Dieser Statuszuwachs kam wiederum jedem einzelnen Arzt zugute, indem dessen Selbstbewußtsein gestärkt wurde gerade in einer Zeit, in der nicht nur die Gesellschaft durch die aufkommende Industrialisierung im Umbruch begriffen war, sondern sich auch die Grundlagen der medizinischen Wissenschaft, die diagnostischen Hilfsmittel und die Behandlungsmethoden sowie die Arzneimitteltherapie grundlegend wandelten (vgl. HEISCHKEL-ARTELT 97, S. 2).

Daß nun aber nicht erst der Kampf um eine adäquate Stellung gegenüber den Krankenkassen das Standesbewußtsein erweckt hat, darauf wies schon 1887 Prof. H. VON ZIEMSEN in seinem ersten klinischen Vortrag über das Thema "Der Arzt und die Aufgaben des ärztlichen Berufes" hin:

"Den großen Schritt von gänzlichem Mangel eines Standesbewusstseins zu einem hochentwickelten Selbstgefühl, einer einmüthigen Verfechtung der berechtigten Standesinteressen verdanken wir gewiss vor Allem der mächtigen Wirkung der politischen Einigung der deutschen Stämme..." (VON ZIEMSEN 165, S. 20).

Das euphorische Nationalgefühl, das im Deutschen Kaiserreich

von 1871 an herrschte, ließ demnach auch die Ärzte nicht unbewegt.

#### 4.2. Zahnärzte

Zum Ende des 19. Jahrhunderts waren folgende Personengruppen in der Zahnheilkunde tätig:

1. approbierte und promovierte Ärzte, die sich in der Zahnheilkunde spezialisiert hatten, Absolventen der chirurgischen Akademien und Wundärzte zweiter Klasse,
2. Zahnärzte mit abgeschlossener Fachausbildung, mit oder ohne Abitur (die Primareife und ein viersemestriges Studium an einer Universität des Deutschen Reiches wurde durch die Prüfungsordnung von 1889, die volle Maturität erst durch die Prüfungsordnung von 1909 Voraussetzung), die meisten ohne akademischen Titel,
3. Zahntechniker, Dentisten, Zahnkünstler, die sich aufgrund der 1869 erlassenen Kurierfreiheit niederlassen konnten,
4. Leute anderer Berufsstände, z. B. Bader, Barbieri und Goldarbeiter, sowie Laien, die in der Ausübung der Zahnheilkunde eine geldbringende Betätigung sahen (vgl. FISCHER 86, S. 19 und FRETZDORFF 92, S. 3).

Der zweiten Gruppe, den Zahnärzten, um die es im folgenden allein gehen soll, war durch die Gewerbeordnung von 1869 und die dadurch gewährte Kurierfreiheit ähnlich wie den Ärzten eine starke Konkurrenz durch die beiden letztgenannten Gruppen erwachsen.

Da die Vorbildung der Zahnärzte nicht dem Niveau der Ärzte entsprach, hatten sie über Jahrzehnte Schwierigkeiten, von den Zahnheilkunde praktizierenden Ärzten anerkannt zu werden. So nahm Prof. Dr. med BENNINGHOVEN in "Ärzte, Zahnärzte, Zahntechniker und Kurpfuscher - kritische Betrachtungen" folgendermaßen Stellung: "Mit anderen Worten kleidet der Zahnarzt eine Zwitterstellung: er ist auf technischem Gebiet dem Zahntechniker, auf medizinischem Gebiete dem praktischen Arzt weit unterlegen" (BENNINGHOVEN 58, zitiert nach FISCHER 86, S. 114 - Anm. 238). Die Fragen, die die Zahnärzte um die Jahrhundertwende beschäftigten, waren:

1. die volle akademische Anerkennung der Zahnheilkunde, u. a. als Spezialgebiet der Medizin, d. h. Aufnahme in die medizinischen Fakultäten der Universitäten,

2. Schaffung der Promotionsmöglichkeit und
3. Gesetze zur Erschwerung der Ausübung der Zahnheilkunde durch Nichtapprobierte und der im Ausland "Approbierten", die sich diese Bezeichnung sowie akademische Titel dort meist für viel Geld gekauft hatten (vgl. FISCHER 86, S. 64).

Zur Lösung dieser Fragen wurde am 2. April 1891 in Breslau der "Vereinsbund deutscher Zahnärzte" gegründet, da die Zahnärzte mit der Arbeit des seit 1859 bestehenden "Centralvereins Deutscher Zahnärzte", ihrer Standesführung, nicht mehr zufrieden waren (vgl. MARETZKY 123, S. 72). Dieser trat später dem "Vereinsbund" bei.

"Das im Jahre 1883 erlassene Krankenversicherungsgesetz erwähnte weder den Zahnarzt noch sein besonderes Tätigkeitsgebiet, die Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten" (ebenda, S. 69). Das erklärt auf der anderen Seite, daß die BISMARCK'sche Sozialgesetzgebung bei den Zahnärzten nicht sofort Auswirkungen auf ihre wirtschaftliche Lage zeigte, wie es bei den Ärzten der Fall war. Der Zahnarzt vereinbarte weiterhin sein Honorar mit seinen Patienten auf der Basis der Gewerbeordnung von 1869, später dann nach der preußischen Gebührenordnung von 1896 (vgl. VENTER 157, S. 157f).

Erst als sich der Versicherungsschutz ausweitete und die Zahl der Versicherten zunahm und sich außerdem der Konkurrenzdruck durch die ständig wachsende Zahl der Dentisten, die sich den Krankenkassen gegenüber sehr kooperativ zeigten, verstärkte, schufen die Zahnärzte nach dem Vorbild der Ärzte am 6.5.1910 den "Wirtschaftlichen Verband Deutscher Zahnärzte e. V." zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen (vgl. MARETZKY 123, S. 119-121).

Aber auch dieser erreichte in dem einem Jahr bis zur Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung 1911 keine Stärkung des Zahnärztestandes gegenüber der Konkurrenz der Dentisten. Während die Zahnärzte "...sich durch laufende Auseinandersetzungen und Prozesse mit den Krankenkassen diese zu Gegnern gemacht" (ebenda, S. 116) und "...sich...zu sehr auf ihre guten Beziehungen zu den Regierungsstellen, insbesondere zum preußischen Kultusministerium verlassen" (ebenda, S. 117) hatten, vor allem aber mißachtet hatten "..., daß die Entscheidung bei der Legislative lag" (ebenda, S. 118), hatten sich die Dentisten durch ihre Anpassungsfähigkeit die Sympathie der Krankenkassen

erworben, die entscheidend an den Vorarbeiten zur Reichsversicherungsordnung (RVO) beteiligt waren. Die Krankenkassen bejahten daher die Notwendigkeit, "...die Dentisten zur Behandlung der Versicherten... unbegrenzt zuzulassen" (ebenda, S. 116), da die kleine Anzahl der Zahnärzte im Reich auch nicht in der Lage gewesen wäre, die zahnärztliche Versorgung der Versicherten sicherzustellen. Zwischen 1909 und 1920 gab es mehr als doppelt so viele Dentisten als Zahnärzte (vgl. VENTER 157, S. 143). So wurden die Dentisten neben den Zahnärzten durch den § 123 RVO als Organ der Öffentlichen Gesundheitspflege anerkannt.

Auch, wenn die beiden Standesorganisationen in dieser Angelegenheit wenig Erfolg hatten, so erreichten sie 1919 das Recht auf Promotionsmöglichkeit auch für Zahnärzte. Die Einordnung der Zahnheilkunde als Spezialdisziplin der Medizin in die medizinischen Fakultäten der Universitäten war schon 1909 erfolgt, und die Einrichtung der Zahnärztekammer in Preußen als amtlich anerkannte Standesvertretung hatte sich bereits 1912 vollzogen (vgl. MARETZKY 123, S. 124-130).

Nach dem I. Weltkrieg belasteten die fortschreitende Inflation und die während des Krieges vernachlässigten Praxen die wirtschaftliche Lage der Zahnärzte schwer. In dieser Situation schlossen sich fast alle deutschen Zahnärzte dem "Wirtschaftlichen Verband Deutscher Zahnärzte" an, der dadurch eine erhebliche Stärkung und Festigung erfuhr. Ein wichtiger Grund war selbstverständlich "..., daß mit der Mitgliedschaft...die Zulassung zur Behandlung der Ersatzkassen-Versicherten verbunden war" (ebenda, S. 134).

Ende Januar 1924 wurde der sehr aktive und geschickt geführte "Wirtschaftliche Verband Deutscher Zahnärzte e.V." in "Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands" umbenannt.

Wegen mangelnder Aktivität hatte der "Vereinsbund Deutscher Zahnärzte" in den ersten Jahren der Weimarer Republik an Bedeutung verloren und wurde 1924 mit dem Centralverein verschmolzen, nachdem der Reichsverband die Ehrengerichtsordnung des Vereinsbundes übernommen hatte (vgl. ebenda, S. 134-138).

Im Gegensatz zu dem viel größeren Berufsstand der Ärzte, die sich im Laufe der zwanziger Jahre wichtige gesetzlich fundier-

te Elemente eines förmlichen Kassenarztrechtes erkämpft hatten, befanden sich die Zahnärzte in einer "Rechtsnot", wie es die Standespolitiker nannten. Ihr Ziel war eine gesicherte Einordnung des Zahnarztes in das Sozialgefüge, auf die sie einen Anspruch zu haben glaubten (vgl. VENTER 157, S. 181).

Bis gegen Ende des Jahres 1932 wurden über eine umfassende Neuregelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Zahnärzten Verhandlungen geführt, die mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten Anfang 1933 eingestellt wurden.

Im November 1933 wurde dann aber die Satzung der "Kassenzahnärztlichen Vereinigung Deutschlands" (KZVD) erlassen (vgl. ebenda, S. 208). Im Herbst 1933 wurde der vom Vorstand des Reichsverbandes mit unbeschränkter Vollmacht ausgestattete erste Vorsitzende STUCK zum Reichszahnärztleführer ernannt. Am 20.8.1935 wurde schließlich der Name des Reichsverbandes von STUCK der Satzung entsprechend in "Deutsche Zahnärzteschaft e. V." umgewandelt (vgl. ebenda, S. 208). Damit war die Gleichschaltung der Zahnärzteschaft vollzogen.

Von 1934-1938 stieg das durchschnittliche Einkommen der Zahnärzte wieder, welches durch die Weltwirtschaftskrise ab 1929 um ca. ein Fünftel gesunken war, ähnliches gilt auch für Dentisten. Der starke Zuwachs in den zwanziger Jahren wurde durch Zulassungsbeschränkungen und ähnliche Maßnahmen gebremst, so daß sich die Konkurrenzsituation abschwächte.

Im Vergleich der Entwicklung des Zahnärztestandes zu der des Ärztestandes fällt auf, daß der Zahnärztestand am Anfang sehr viel kleiner war und um seine akademische Anerkennung hat lange kämpfen müssen. Dabei traten wirtschaftliche Erwägungen in den Hintergrund, diese waren aber auch nebensächlich, weil sich die Zahnärzte neben den anderen in der Zahnheilkunde Tätigen in der Weise hervorhoben, daß sie überwiegend Angehörige der Oberschicht behandelten.

Daher bekamen die Zahnärzte auch erst sehr viel später die Mächtigkeit der Krankenkassen zu spüren als die Ärzte. Während die Ärzte um die Unabhängigkeit und Freiheit ihres Berufsstandes kämpften, stritten die Zahnärzte um Anerkennung ihres Standes auch gegenüber den Krankenkassen und um das alleinige Recht, die Zahnheilkunde auszuüben.



Um einen gleichberechtigten Platz im Sozialgefüge ging es ihnen erst in der Weimarer Republik mit einer Zeitverschiebung von etwa 10 Jahren im Vergleich zu dem Stand der Ärzte.

## 5. ÄRZTE UND ZAHNÄRZTE ALS MITGLIEDER IM ADV UND DVSTB

### 5.1. ADV

#### 5.1.1. Berufliche Gliederung der Mitgliedschaft des ADV

"Träger des Verbandsgedankens waren vor allem die Angehörigen des nationalen Bürgertums, des gebildeten deutschen Mittelstandes. Oberlehrer und Geistliche, Richter, Anwälte und Ärzte, Fabrikanten und Kaufleute, dazu in geringem Maße Handwerksmeister und Handlungsgehilfen - in den Hochschulen Professoren und Studenten - stellten den Hauptanteil der Mitgliedschaft" (WERNER 160, S. 62).

Arbeiter und Bauern schlossen sich sehr selten dem ADV an. Aus dem Überblick über die berufliche Gliederung der Mitglieder, den WERNER aufgrund des Jahresberichts des ADV für 1901 erstellt hat, geht hervor, daß die Gruppe II - akademische Berufe - mit 5.899 von 19.796 erfaßten Mitgliedern. das entspricht 29,79 %, die stärkste Berufsgruppe ist, direkt gefolgt von den Kaufleuten (Gruppe V mit 26,71 %) und den Künstlern, Beamten und Lehrern (Gruppe III mit 20,31 %) (vgl. ebenda, S. 65f).

#### 5.1.2. Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte als Mitglieder im ADV

Zu dieser Gruppe der akademischen Berufe, die nach WERNER fast ein Drittel der Mitglieder stellt, gehören auch die Ärzte und Zahnärzte.

Um der Frage nachzugehen, wie hoch ihr Anteil an der Mitgliedschaft war, liegen, wie in der Einleitung bereits erwähnt, nur sehr wenige Mitgliederlisten von Ortsgruppen des ADV aus den Stadt- und Staatsarchiven der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vor. Zur Untersuchung kommen also nur die ausfindig gemachten siebzehn bzw. zwanzig Mitgliederlisten der folgenden elf Ortsgruppen des ADV in:

1. Lüdenscheid vom 12.2.1898 (Q 7),
2. Duisburg vom 27.2.1899 (Q 8),
3. Hamburg von 1897 (Q 9) und 1901 (Q 10),
4. Stuttgart vom 9.12.1913 (Q 11),

5. Königstein in Sachsen vom 30.12.1913 (Q 12),
6. Münster vom 21.6.1916 (Q 13),
7. Offenbach am Main vom 20.6.1928 (Q 14),  
vom Sept. 1933, 24.11.1934,  
vermutlich von 1935 und  
vom 8.2. und 10.6.1936 (Q 15),
8. Darmstadt vom 14.2.1934 (Q 16), sowie zwei Listen, die  
vermutlich aus der Zeit vor 1934 stammen (Q 17),
9. Gießen zwischen 1929 und 1937 (Q 18),
10. Friedberg von 1935 und 1936 (Q 19),
11. Marburg vom Februar 1937 (Q 20).

Zu den Listen aus Gießen und Marburg/Lahn muß gesagt werden, daß sie nicht eindeutig als Mitgliederlisten gekennzeichnet sind, daß man aber annehmen kann, daß sie zur Abrechnung der Mitgliedsbeiträge benutzt wurden und daher in die Auswertung mit einbezogen werden können.

Die zeitlichen Abstände sind jedoch sehr groß und die Listen, berücksichtigt man die Entwicklung des ADV, daher nicht so ohne weiteres miteinander vergleichbar. Außerdem stammen fast alle Listen aus Städten, die im Westen Deutschlands liegen und sich in ihrer Größe und wirtschaftlichen Struktur erheblich unterscheiden.

Im Vergleich zu den zeitweise weit über dreihundert bestehenden Ortsgruppen des ADV sind diese Mitgliederlisten der elf Ortsgruppen verhältnismäßig wenig, um statistisch relevante Aussagen treffen zu können. Auch CHICKERING hat für seine "Cultural Study of the Pan-German-League" keine weiteren Mitgliederlisten von Ortsgruppen des ADV ermitteln können. (vgl. CHICKERING 64, S. 107, 307 und 329).

Die Angaben von CHICKERING weichen von unseren in den TABELLEN 1.1.- 1.4. auf S. 28- 35 ab, da er von der Gesamtmitgliederszahl diejenigen Mitglieder, bei denen Berufsangaben fehlen, subtrahiert hat. Das führt zu entsprechend höheren Prozentangaben, als wir sie auf der Grundlage, daß 100 % der Gesamtzahl der Ortsgruppenmitglieder entspricht, errechnet haben.

Eine auf den konkreten Berufsangaben in den Mitgliederlisten beruhende Auswertung halten wir in dieser Arbeit für notwendig,

-Fortsetzung auf S. 36!-

TABELLE 1.1.:

Soziographische Analyse der Mitgliederlisten des ADV

	Lüdenscheid (Q 7)		Duisburg (Q 8)		Hamburg (Q 9)		Hamburg (Q 10)	
	n	%	n	%	n	%	n	%
<u>Gesamtmitgliederzahl</u>	14		93		1268		834	
1. Ärzte	1		7	7,53	79	6,23	50	5,
2. Zahnärzte	-		1		4		4	
3. Apotheker	-		1		14		10	
4. Gesundheitsdienst	1		9	9,68	97	7,64	64	7,
5. Juristen	-		10	10,75	38	2,91	33	3,
5.1. Rechtsanw./Notar	-		5		24		25	
5.2. Beamte	-		5		14		8	
6. Pastoren/Pfarrer	2		-		10		7	
7. andere akad. Berufe	-		6		32		19	
7.1. Beamte	-		-		11		6	
8. Pädagogen (akad.)	-		1		5		4	
8.1. Hochschullehrer	-		1		-		2	
8.2. Gymnasiallehrer	-		-		5		2	
9. akademische Berufe	3		26	27,95	182	14,35	127	15,
10. davon Ärzte und ZÄ	1		8	30,76	83	45,6	54	42,
11. Beamte	2		14	15,05	88	6,94	54	6,
11.1. Oberlehrer	-		3		25		14	
11.2. Volks/Realschull.	1		1		8		8	
11.3. andere Beamte	1		3		22		14	
12. Offiziere	-		-		3		-	
12.1. Ehemalige	-		-		2		-	
13. Rentner/Privatiers/ Adlige	-		-		17		7	
14. Gutsbesitzer/Landw.	-		-		-		-	

	Lüdenscheid		Duisburg		Hamburg		Hamburg	
	n	%	n	%	n	%	n	%
15. Direktoren/Consul	-		6		18		20	
16. Unternehmer/Fabrik.	2		-		30		35	
17. Capitäne/Ewerführer	-		-		18		13	
18. Kaufleute/Handlgsgh.	3		1		884	69,71	458	54,
19. Handwerker	-		-		17		17	
20. Künstler	-		-		1		1	
21. Ingenieure/Techniker	-		6		23		19	
22. Studenten/Schüler/ Lehrlinge	-		-		-		-	
23. angestellte Berufe	2		-		16		19	
24. Frauen/Witwen	-		-		-		-	
25. nicht akad. Berufe	9		20	21,5	1082	85,33	625	74,
26. ohne Berufsangabe	2		47	50,53	4		82	9,

Legende siehe TABELLE 1.4., S. 35!

Erläuterungen zu den TABELLEN 1.1.-1.4. und 8:

In der Zeile 4. steht die Summe aus Zeile 1., 2. und 3..  
 In der Zeile 9. steht die Summe aus den Zeilen 4.- 8. (ohne die eingerückten)  
 Diese Summe ist zur Gesamtmitgliederzahl ins Verhältnis gesetzt.  
 In der Zeile 25. steht die Summe aus den Zeilen 11.- 24. (ohne die eingerückte)  
 Zeile 9.+ 25.+ 26. ergibt die Gesamtmitgliederzahl der jeweiligen Ortsgruppe.

TABELLE 1.2.:

Soziographische Analyse der Mitgliederlisten des ADV

	Königstein (Q 12)		Münster (Q 13)		Darmstadt (Q 16)		Darmstadt (Q 17)	
	n	%	n	%	n	%	n	%
<b>Gesamtmitgliederzahl</b>	<b>31</b>		<b>31</b>		<b>41</b>		<b>34</b>	
1. Ärzte	3		1		4		2	
2. Zahnärzte	-		-		2		-	
3. Apotheker	1		-		1		1	
4. Gesundheitsdienst	4		1		7		3	
5. Juristen	1		1		11		12	
5.1. Rechtsanw./Notare	-		1		1		1	
5.2. Beamte	1		-		10		11	
6. Pastoren/Pfarrer	1		-		2		1	
7. andere akad. Berufe	1		4		1		-	
7.1. Beamte	-		-		-		-	
8. Pädagogen (akad.)	1		4		2		3	
8.1. Hochschullehrer	-		4		2		3	
8.2. Gymnasiallehrer	1		-		-		-	
9. akademische Berufe	8		10		23		19	
10. davon Ärzte und ZÄ	3		1		6		2	
11. Beamte	10		13		14		19	
11.1. Oberlehrer	1		-		-		-	
11.2. Volks/Realschull.	4		2		1		1	
11.3. andere Beamte	5		7		3		3	
12. Offiziere	-		-		3		3	
12.1. Ehemalige	-		-		1		-	
13. Rentner/Privatiers/ Adlige	-		-		-		-	
14. Gutsbesitzer/Landw.	2		-		-		-	

---

	Königstein		Münster		Darmstadt		Darmstadt	
	n	%	n	%	n	%	n	%
15. Direktoren/Consul	-		-		1		2	
16. Unternehmer/Fabrik.	3		-		-		-	
17. Capitäne/Ewerführer	-		-		-		-	
18. Kaufleute/Handlgsgh.	4		-		-		1	
19. Handwerker	-		1		-		-	
20. Künstler	-		-		-		-	
21. Ingenieure/Techniker	-		-		-		-	
22. Studenten/Schüler/ Lehrlinge	-		10		-		1	
23. angestellte Berufe	3		1		3		-	
24. Frauen/Witwen	1		-		7		4	
25. nicht akad. Berufe	23		21		18		15	
26. ohne Berufsangabe	0		0		0		0	

Legende siehe TABELLE 1.4., S. 35!

Erläuterungen siehe TABELLE 1.1., S. 29!

TABELLE 1.3.:

Soziographische Analyse der Mitgliederlisten des ADV

Offenbach/Main	20.06.28		Sept.1933		24.11.34		1935/1936		8.
	(Q 14)		(Q 15)		(Q 15)		(Q 15)		
	n	%	n	%	n	%	n	%	n
<u>Gesamtmitgliederzahl</u>	<u>23</u>		<u>16</u>		<u>18</u>		<u>18</u>		<u>17</u>
1. Ärzte	-		-		-		-		-
2. Zahnärzte	-		-		-		-		-
3. Apotheker	1		1		1		1		1
4. Gesundheitsdienst	1		1		1		1		1
5. Juristen	1		-		-		-		-
5.1. Rechtsanw./Notare	-		-		-		-		-
5.2. Beamte	1		-		-		-		-
6. Pastoren/Pfarrer	-		-		-		-		-
7. andere akad. Berufe	3		2		3		2		3
7.1. Beamte	-		-		-		-		-
8. Pädagogen (akad.)	1		1		1		-		-
8.1. Hochschullehrer	1		-		1		-		-
8.2. Gymnasiallehrer	-		1		-		-		-
9. akademische Berufe	6		4		5		3		4
10. davon Ärzte und ZÄ	0		0		0		0		0
11. Beamte	9		3		3		1		-
11.1. Oberlehrer	-		-		-		-		-
11.2. Volks/Realschull.	3		1		1		-		-
11.3. andere Beamte	4		1		1		1		-
12. Offiziere	-		-		-		-		-
12.1. Ehemalige	-		-		-		-		-
13. Rentner/Privatiers/ Adlige	-		-		-		-		-
14. Gutsbesitzer/Landw.	-		-		-		-		-



Offenbach/Main	20.06.28		Sept.1933		24.11.34		1935/1936		8.0
	n	%	n	%	n	%	n	%	n
15. Direktoren/Consul	1		-		-		-		-
16. Unternehmer/Fabrik.	4		4		1		2		1
17. Capitäne/Ewerführer	-		-		-		-		-
18. Kaufleute/Handlgsgch.	2		1		1		1		2
19. Handwerker	-		-		-		3		2
20. Künstler	-		-		-		-		-
21. Ingenieure/Techniker	1		1		1		1		1
22. Studenten/Schüler/ Lehrlinge	-		-		-		-		-
23. angestellte Berufe	-		-		-		1		-
24. Frauen/Witwen	-		-		3		2		2
25. nicht akad. Berufe	15		8		8		11		8
26. ohne Berufsangabe	2		4		5		4		5

Legende siehe TABELLE 1.4., S. 35!

Erläuterungen siehe TABELLE 1.1., S.29!

TABELLE 1.4.:

Soziographische Analyse der Mitgliederlisten des ADV

	Gießen (Q 18)		Friedberg (Q 19)		Friedberg (Q 19)		Marburg (Q 20)	
	n	%	n	%	n	%	n	%
<u>Gesamtmitgliederzahl</u>	178		26		25		13	
1. Ärzte	12	6,74	1		1		1	
2. Zahnärzte	4		-		-		-	
3. Apotheker	4		-		-		-	
4. Gesundheitsdienst	20	10,6	1		1		1	
5. Juristen	15	8,42						
5.1. Rechtsanw./Notare	5							
5.2. Beamte	10							
6. Pastoren/Pfarrer	5							
7. andere akad. Berufe	19	10,67						
7.1. Beamte	5							
8. Pädagogen (akad.)	32	17,97						
8.1. Hochschullehrer	19							
8.2. Gymnasiallehrer	13							
9. akademische Berufe	91	51,12						
10. davon Ärzte und ZÄ	16	17,58						
11. Beamte	66	37,07						
11.1. Oberlehrer	-							
11.2. Volks/Realschull.	5							
11.3. andere Beamte	13							
12. Offiziere	13	7,3						
12.1. Ehemalige	3							
13. Rentner/Privatiers/ Adlige	-							
14. Gutsbesitzer/Landw.	2							

	Gießen	
	n	%
15. Direktoren/Consul	6	
16. Unternehmer/Fabrik.	3	
17. Capitäne/Ewerführer	-	
18. Kaufleute/Handlgsgeh.	16	
19. Handwerker	4	
20. Künstler	-	
21. Ingenieure/Techniker	1	
22. Studenten/Schüler/ Lehrlinge	-	
23. angestellte Berufe	-	
24. Frauen/Witwen	3	
25. nicht akad. Berufe	65	36,57
26. ohne Berufsangabe	21	11,79

Legende zu den TABELLEN 1.1.- 1.4.:

Unter den folgenden Ziffern wurden auch mitgezählt:

1. und 2. Medizin- und Zahnmedizin-Studenten
3. Apothekenbesitzer
- 5.2. Gerichtsassistenten, Oberamtsrichter, Amts- oder Landgerichtsdirektor, Ministerialrat und Oberkirchenrat
7. Chemiker, Architekt, Diplom-Ingenieur und Diplom-Kaufmann, Tierarzt
- 11.2. Haupt- und Turnlehrer
- 11.3. Bürgermeister, Rechnungsrat, Baurat, Regierungsbaumeister, Reichsbankdirektor oder -assistent, Post- oder Telephondirektor, Oberbergrat
12. Marine-Ingenieure, Seekadett sowie Infanterist und Soldat
13. Betriebs-, Brauerei- oder Bankdirektor, Kammer- oder Musikdirektor, Direktor der Kunsthalle, kaiserlicher Consul, Königl.

- Bayrischer General-Consul, Handelsstatistischen Bureau
14. Forstmeister
16. Makler und Bankiers
17. Schiffsführer, Seemann, Lots
18. Handlungsgehilfen und Wirt
19. Dentist, Friseur, Tischler, Malerschlosser, Monteur, Patrokomotivführer
21. Bautechniker, Baumeister, Maschinenist und Obermaschinenführer
22. Medizin- und Zahnmedizin- unter 1. und 2.
23. Haustöchter und -söhne, Schenkenleiterin, Diener, Telephonist, Bürochef, Geschäftskurier, Buchhalter, Schreiber, Reisender, Beeid. Messer für

da hier die beiden Berufsgruppen der Ärzte und Zahnärzte isoliert betrachtet werden, während CHICKERINGS Interesse auf die Gesamtverteilung der "Economic Functions" gerichtet ist (vgl. CHICKERING 64, S. 318).

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß andere in der Zahnheilkunde tätige Mitglieder als die in den TABELLEN 1.1.-1.4., Zeile 1. und 2. aufgeführten Ärzte, Zahnärzte und Medizinstudenten, wie z.B. die Dentisten, grundsätzlich den Handwerkern (Zeile 19) zugeordnet wurden.

#### 5.1.2.1. Akademische Berufe

Die akademischen Berufe, wozu wir neben den Ärzten, Zahnärzten und Apothekern die Juristen, aufgegliedert in freiberufliche und beamtete Juristen, die Pastoren und Pfarrer, die Pädagogen mit akademischer Ausbildung sowie alle anderen akademischen Berufe wie Chemiker, Architekt, Diplom-Ingenieur und Diplom-Kaufmann gezählt haben (siehe TABELLE 1.1.-1.4., Zeile 1-8), stellen in den Ortsgruppen Darmstadt und Gießen mehr als die Hälfte der Mitglieder (TABELLE 1.2. und 1.4., Zeile 9). Gleichzeitig fällt der hohe Anteil an Beamten (Zeile 11) in diesen Ortsgruppen wie auch in Münster auf, wo die akademischen Berufe mit 10 von 31 Mitgliedern (TABELLE 1.2., Zeile 9) ebenfalls sehr stark vertreten sind. Die Erklärung ist darin zu suchen, daß Darmstadt und Münster schon damals Sitz vieler Behörden und Gerichte waren. Außerdem handelt es sich bei Münster und Gießen um alte Universitätsstädte.

In den Städten Stuttgart und Duisburg (TABELLE 1.1.), wo Handel, Handwerk und die beginnende bzw. fortgeschrittene Industrialisierung eine große Rolle spielten, liegt der Anteil der akademischen Berufe bei 31 % und 27 % (Zeile 9). Hamburg (TABELLE 1.1) als Großstadt mit Hafen, dem Tor zum Welthandel, nimmt hier eine Sonderstellung ein. Neben einem Anteil von 54-69 % an Kaufleuten (TABELLE 1.1., Zeile 18) stellen die akademischen Berufe mit 14-15 % (Zeile 9) fast die Hälfte bis zu einem Drittel der übrigen Mitglieder.

Bei der Mehrzahl der untersuchten Ortsgruppen ist festzustellen, daß die Mitglieder mit akademischen Berufen mehr als ein Vier-

tel der Mitgliedschaft stellten, wobei keine Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder in den Listen der frühen (1897-1916) und der späten Phase (1928-1937) des Verbandslebens zu erkennen sind. Dieses Ergebnis entspricht auch ungefähr den Angaben von WERNER für das Jahr 1901, aufgrund dessen wir einen Prozentsatz von 29,79 % für akademische Berufe errechnet haben (WERNER 160, S. 65f). Es findet außerdem Bestätigung durch die Feststellung, die CHICKERING aufgrund seiner Forschungen trifft:

"Businessmen played a prominent role, but the most salient characteristic of the men in the Pan-German-League was academic education, ..." (CHICKERING 64, S. 108).

#### 5.1.2.2. Ärzte und Zahnärzte unter den akademischen Berufen

Der Anteil der Ärzte und Zahnärzte an der Gruppe der Mitglieder mit akademischen Berufen schwankt bei den mitgliederstarken Ortsgruppen zwischen 17 und 30 %, wie es den TABELLEN 1.1. und 1.4., Zeile 10, zu entnehmen ist.

Eine erstaunliche Ausnahme bildet dabei die Ortsgruppe Hamburg mit einem Ärzte- und Zahnärzteanteil von 45,6 % im Jahre 1897 und 42,5 % im Jahre 1901 (TABELLE 1.1., Zeile 10). Die Ärzte und Zahnärzte bildeten damit in Hamburg die stärkste geschlossene Berufsgruppe innerhalb der Akademiker, gefolgt von den Juristen.

Auch in Königstein in Sachsen ist die Gruppe der Ärzte mit drei von acht Mitgliedern (TABELLE 1.2.) die auffallend stärkste unter den akademischen Berufen.

In Stuttgart stehen die Ärzte und Zahnärzte ebenfalls als stärkste geschlossene Berufsgruppe neben den Pädagogen mit jeweils einem Anteil von 26,08 %.

In den Universitätsstädten Gießen und Münster sind erwartungsgemäß die Hochschullehrer und die anderen Pädagogen mit akademischer Ausbildung am stärksten vertreten. An zweiter Stelle rangieren die Mediziner und Zahnmediziner in Gießen noch vor den Juristen (TABELLE 1.4.), in Münster zusammen mit den Juristen (TABELLE 1.2.).

Auch in Duisburg, ähnlich wie in Lüdenscheid, stellen die Ärzte

und Zahnärzte die zweitstärkste akademische Berufsgruppe mit einem recht hohen Anteil von 30 % (TABELLE 1.1.) dar, die stärkste wird von den Juristen (TABELLE 1.1., Zeile 5 und 9) bzw. in Lüdenscheid von den Theologen (Zeile 6) gebildet. In Darmstadt, wo die Juristen die Rangfolge anführen (TABELLE 1.2., Zeile 5 und 9), stehen die Mediziner und Zahnmediziner an dritter Stelle hinter den Pädagogen, eine Konstellation, die aufgrund der schon erwähnten Besonderheit der Stadt Darmstadt verständlich wird. Ganz aus dem Rahmen fällt die Ortsgruppe Offenbach am Main, in der weder Mediziner und Zahnmediziner noch Juristen oder Theologen vertreten sind. Dort rekrutiert sich die Gruppe der akademischen Berufe vor allem aus Chemikern (TABELLE 1.3.). Mit Ausnahme von Offenbach hatte der ADV in allen übrigen untersuchten Städten Ärzte und Zahnärzte für die Mitgliedschaft interessieren können, sie stellten in den mitgliederstarken Ortsgruppen zwischen 6 und 7 % (TABELLE 1.1. und 1.4., Zeile 1) der Gesamtmitgliedschaft in den einzelnen Ortsgruppen. Ähnlich der kleinen Ortsgruppe von Lüdenscheid (TABELLE 1.1.) weist die Ortsgruppe in Marburg an der Lahn in ihrer Mitgliederliste aus der Zeit von 1929-1937 (genaues Datum konnte nicht ermittelt werden) bei einer Gesamtmitgliederzahl von 13 einen Arzt aus. Von der Ortsgruppe Friedberg am Taunus existieren zwei Mitgliederlisten mit jeweils 26 und 25 Mitgliedern, wovon einer Arzt war (TABELLE 1.4., Zeile 1). Bei der Betrachtung der Mitgliederlisten der elf Ortsgruppen zeichnet sich, wenn auch eine verallgemeinernde Schlußfolgerung nicht erlaubt ist, jedoch die Tendenz ab, daß die Ärzte und Zahnärzte im Durchschnitt zur zweitstärksten Berufsgruppe unter den Akademikern innerhalb der Mitgliedschaft der Ortsgruppen des ADV gehören.

### 5.1.3. Ärzte und Zahnärzte als Funktionsträger im ADV

#### 5.1.3.1. Ärzte und Zahnärzte als Vertrauensmänner des ADV

Wie oben bereits erwähnt, war die Arbeit der Vertrauensmänner gerade in der Anfangsphase für den ADV besonders wichtig. Sie warben und betreuten die Mitglieder, um später dann meist

Ortsgruppen zu gründen. Es ist anzunehmen, daß diese Männer über guten gesellschaftlichen Kontakt, vor allem über gesellschaftliches Ansehen sowie über ein gewisses Sendungsbewußtsein verbunden mit der nötigen Aktivität verfügten.

Mildred S. WERTHEIMER hat die berufliche Gliederung der Vertrauensmänner für 1896 und 1898 untersucht. Die Gruppe der Ärzte - "Physicians" - steht in ihrer Tabelle VII an vierter Stelle nach den Geschäftsleuten - "Business Men" -, den Lehrern - "Teachers" - und den Beamten - "Officials" - mit 11 % im Jahre 1896 und 12 % im Jahre 1898 (WERTHEIMER 161, S. 68).

Anhand des Alldeutschen Werbe- und Merk-Büchleins (Q 1) und der Handbücher des ADV (Q 2- Q 6) haben wir für die Jahre 1899-1918 ermittelt, wie hoch der Anteil der Ärzte war, die als Vertrauensmänner aktiv waren. Der TABELLE 2, S.40, die wir WERTHEIMER entsprechend weitergeführt haben, ist zu entnehmen, daß die Anzahl der Vertrauensmänner insgesamt ab 1898 genauso wie die Zahl der Ärzte stetig abnahm, sieht man von der Gesamtzahl 1918 einmal ab.

Der Prozentsatz, der den Anteil der als aktive Vertrauensmänner tätigen Ärzte ausdrückt, bewegt sich zwischen 10 und 12 % auf und ab.

Im Jahre 1905 stehen dabei die Ärzte als geschlossene Berufsgruppe an der dritten Stelle und 1918 sogar an zweiter Stelle hinter den Lehrern.

Zu diesen aktiven Vertrauensmännern gehörten zum einen viele Ärzte im Ausland wie Dr. U. THUR in Batavia (Java), Dr. ROTH-SCHUH in Managua (Nicaragua), Dr. A. BÜTTNER in Melbourne (Australien), Dr. R. HOHMANN in Port Elisabeth (Kapland) und Dr. Herm. PROWE in San Salvador (El Salvador). Sie stellten im außereuropäischen Ausland 1898 sogar die stärkste (geschlossene) Berufsgruppe mit fünf Ärzten von 25 Vertrauensmännern, unter den Akademikern betrug ihr Anteil sogar fast zwei Drittel (ANONYMUS 3, S. 119f; Q 1, S. 13-20). Zum anderen waren z. B. die Ärzte Dr. FISCHER (Danzig) und Dr. WAHN (Zwickau) in Danzig und Sachsen Vertrauensmänner, als dort die Gründung von Ortsgruppen noch nicht gestattet war. Sie wurden später langjährige Vorsitzende bzw. Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen des ADV in ihren Städten (vgl. Q. 2, S. 14 und 24; Q. 5, S. 21; Q 6, S. 55).

TABELLE 2:

Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte als Vertrauensmänner des ADV

	1896 <sup>a</sup>		1898 <sup>a</sup>		1899 <sup>a</sup>		1905 <sup>b</sup>		1911 <sup>c</sup>		1915 <sup>f</sup>
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n
1. Gesamtzahl	139		124		91		35		25		12
2. Ärzte	15	10,79	15	12,09	11	12,08	4	11,42	2		1
3. Zahnärzte	0		0		0		0		0		0

TABELLE 3:

Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte als Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen

	1898 <sup>a</sup>		1899 <sup>a</sup>		1905 <sup>b</sup>		1911 <sup>c</sup>		1915 <sup>f</sup>		
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	
1. Gesamtzahl der Ortsgruppen	116		168		207		207		263		26
2. Ärzte	16		26		31		39		44		4
3. Zahnärzte	0		0		1		3		3		
4. Gesamtzahl der Ortsgruppen mit Ärzten oder Zahnärzten im Vorstand	14	12,06	26	15,47	31	14,97	41	19,8	42	15,96	4

Legende zu den TABELLEN 2 und 3:

1.) ANONYMUS 2, S. 117-120

2.) Q 1, S. 13-20

3.) Q 2, S. 12-24

4.) Q 3, S. 18-35

5.) Q 4, S. 15-35

6.) Q 5, S. 17-38

7.) Q 6, S. 21-55

8.) WERTHEIMER 161, S



### 5.1.3.2. Ärzte und Zahnärzte als Vorstandsmitglieder in den Ortsgruppen des ADV

Die Ortsgruppen wählten ihren Vorstand, bestehend aus dem ersten Vorsitzenden, einem oder zwei Stellvertretern, dem Schriftleiter und dem Kassenwart oder Schatzmeister, selbstständig. CHICKERING stellt fest: "Nearly the majority of the League's local leadership consisted in fact of teachers, civil servants, doctors and lawyers" (CHICKERING 64, S. 103).

Für die Untersuchung, in wie weit Ärzte und Zahnärzte als Vorstandsmitglieder in den einzelnen Ortsgruppen tätig waren, haben wir das Verzeichnis der Ortsgruppen des ADV von Ende Mai 1898 (ANONYMUS 2, S. 117-119), das Alldeutsche Werbe- und Merkbüchlein von 1899 (Q 1) sowie die oben bereits erwähnten Handbücher des ADV von 1905, 1911, 1915, 1916 und 1918 (Q 2-6) herangezogen (TABELLE 3). Damit ist nahezu kontinuierlich der Zeitraum bis zum Ende des I. Weltkrieges abgedeckt, in dem die Ortsgruppen am aktivsten waren und die größte Selbstständigkeit in der Ausgestaltung ihrer Arbeit besaßen.

Wir haben die Anzahl der Ortsgruppen (Zeile 4) ermittelt, in denen mindestens ein Arzt oder Zahnarzt, in Einzelfällen auch zwei (Medizinalpersonen), in den Vorstand gewählt worden sind, und in Verhältnis gesetzt zu der Gesamtzahl der Ortsgruppen (Zeile 1). Dabei haben wir nicht zwischen den einzelnen Funktionen der Vorstandsmitglieder unterschieden, weil die Anzahl der angegebenen Vorstandsmitglieder je nach der Größe der Ortsgruppen sehr variiert.

Der Zeile 4 der Tabelle 3 ist das prozentuale Ergebnis dieser Berechnung zu entnehmen. Zwischen 12 und 19 % der Ortsgruppen hatten in der Zeit von 1899 bis 1918 einen Arzt oder Zahnarzt, einige auch zwei, als Vorstandsmitglied.

WERTHEIMER, die in der Tabelle VI (WERTHEIMER 161, S. 66) eine berufliche Gliederung aller Vorstandsmitglieder aller Ortsgruppen für die Jahre 1894, 1896, 1898, 1906, 1908 und 1914 vorgenommen hat, gibt die Beteiligung der Ärzte (ohne die Zahnärzte) unter der Rubrik "Physicians" mit 8 bis 10 % an. Die Beteiligung der Ärzte als Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen entspricht also nahezu der Aktivität der Ärzte als Vertrauensmänner.

Ebenfalls wie bei den Vertrauensmännern stehen die Ärzte als geschlossene Berufsgruppe bei den Vorstandsmitgliedern der Ortsgruppen an vierter Stelle (ebenda). Ihr Anteil unter den Vorstandsmitgliedern der Ortsgruppen mit akademischer Ausbildung, den CHICKERING mit 65,6 % angibt (CHICKERING 64, S. 309, Tabelle 5.1. sowie S. 103f), muß dementsprechend groß gewesen sein. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß CHICKERINGS Untersuchungen ergeben haben, daß unter den Vorsitzenden und Stellvertretern 84 %, also überdurchschnittlich viele, über eine akademische Ausbildung verfügten, während unter den Schriftleitern und Schatzmeistern sich nur 48,1 % mit einer solchen Qualifikation befanden (ebenda, S. 320, Tabelle 8.1.).

#### 5.1.3.3. Ärzte und Zahnärzte als Mitglieder der Gauvorstände des ADV

Schon in den Jahren 1898 und 1899 traten mehrere Ortsgruppen zu Gauverbänden zusammen. Durch die gemeinsame Beratung und engere Verbindung zwischen den führenden Persönlichkeiten des ADV konnte die Wirksamkeit der einzelnen Ortsgruppen gesteigert und die innere Geschlossenheit des Verbandes gestärkt werden (vgl. WERNER 160, S. 67).

Die Gauvorstände setzten sich entsprechend den Ortsgruppenvorständen aus dem Gauvorsitzenden, dessen Stellvertretern, dem Schriftführer und dem Gauschatzmeister zusammen. Aus der nach den Handbüchern des ADV (Q 2- Q 6) erstellten Tabelle 4 läßt sich ersehen, daß zwischen 1905 und 1918 jeweils ein oder zwei Ärzte als Gauleiter von den zunächst 14, später 20 Gauverbänden fungierten. WERTHEIMER hat die berufliche Gliederung der Gauvorstände für 1906 und 1914 untersucht. Die ein bis zwei Ärzte - "Physicians" - stehen wiederum an vierter Stelle ihrer Tabelle VIII, allerdings hier gleichauf mit den Juristen - "Lawyers" - (vgl. WERTHEIMER 161, S. 69).

Diese auf der Gauebene aktiven Ärzte waren Dr. E. HOPF aus Dresden, Dr. Robert HUNSDIECKER aus Hohenlimburg, Dr. TESKE aus Plauen, Dr. HAPKE aus Mühlhausen und Dr. KRETSCHMAR aus Dresden.

HOPF war 1905 bis mindestens zum Jahre 1911 Vorsitzender des

Mittelsächsischen Gauverbandes (Q 2, S. 11) und des daraus hervorgegangenen "Ober-Elbe"-Gaus (Q 3, S. 17) und gehörte seit 1904 dem Geschäftsführenden Ausschuß und dem Vorstand des ADV an. Aber vor allem war er einer der aktivsten Ortsgruppenvorsitzenden des ADV. Die Ortsgruppe Dresden war unter der Leitung des Stadtverordneten HOPF von 1901 bis 1912 (ANONYMUS 5, S. 120; ANONYMUS 21, S. 231) eine der bedeutendsten Ortsgruppen.

Schon 1902 machte HOPF die Vorarbeiten für die Gründung der Ortsgruppen Pirna, Meißen, Plauenscher Grund-Tharandt und Löbnitzortschaften (vgl. ANONYMUS 7, S. 52) und schuf damit die Grundlage für den Mittelsächsischen Gauverband. In diesem Zusammenhang hieß es in den Alldeutschen Blättern, daß HOPF "...den alldeutschen Gedanken auf die Umgebung Dresdens auszubreiten erfolgreich bemüht ist" (ANONYMUS 8, S. 113).

Um "...das völkische Empfinden anzuregen, beziehentlich zu vertiefen" (ANONYMUS 10, S. 100), hielt HOPF Vorträge auch vor einem sich nicht ausschließlich nationalen Zielen widmenden Verein und stellte dies als Beispiel für andere ADV-Mitglieder hin.

HOPF setzte sich aber nicht nur dafür ein, "...daß endlich im deutschen Volke immer mehr der nationale Gedanke Platz greifen möge" (ANONYMUS 11, S. 311), sondern er bemühte sich auch um die Sammlung der nationalen Kräfte. So veröffentlichte er als Gauvorsitzender des Mittelsächsischen Gauverbandes ein Rundschreiben, in dem er als Vorsitzender der Vereinigten Dresdner Ausschüsse die Ortsgruppen des ADV aufruft, sich an der Zusammenfassung aller im Dienste der Parteien stehenden nationalen Kräfte für die bevorstehende Reichstagswahl zu beteiligen (vgl. ANONYMUS 18, S. 60).

HUNSDIECKER war in den Jahren 1905 und 1915 bis 1918 Gauvorsitzender des Gauverbandes "Mark". Von 1898 bis 1918 war er Ortsgruppenleiter in Hohenlimburg mit Ausnahme des Jahres 1905 (vgl. ANONYMUS 2, S. 117; Q 3, S. 25; Q 4, S. 24; Q 5, S. 27 und Q 6, S. 37). Er gehörte 1899 und 1911 bis 1918 dem Gesamtvorstand des ADV an und war Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses im Jahre 1905 und 1911 (Q 1, S. 11; Q 2, S. 4; Q 3, S. 13; Q 4, S. 11; Q 5, S. 13 und Q 6, S. 16).

Über HUNSDIECKERS Aktivitäten innerhalb dieser Funktionen

konnten wir nichts ermitteln, außer, daß er mehrere Aufrufe z. B. zur Hasse-Stiftung, zum alldeutschen Wehrschatz und für die Blumenau-Sammlung für ein Siedlungsprojekt deutscher Aus-siedler in Südbrasilien mitunterzeichnet hat (ANONYMUS 13, S. 2; 15, S. 373; 17, S. 25; 19, S. 421).

TESKE war Schriftführer des Vogtländischen Gauverbandes im Jahre 1915 (Q 4, S. 14). In der Ortsgruppe Plauen im Vogtland bekleidete er ebenfalls den Posten des Schriftführers von 1913 bis 1918 (vgl. ANONYMUS 22, S. 71; Q 4, S. 30; Q 5, S. 32; Q 6, S. 46). Außer als Berichterstatter von den Verbandstagen oder als Vortragender ist er nicht weiter in Erscheinung getreten (vgl. ANONYMUS 23, S. 103; 24, S. 301; 25, S. 372).

KRETSCHMAR wurde erst Anfang 1930 Gauvorsitzender des Gauverbandes "Ober-Elbe", nachdem er "...jahrzehntelang unermüdlich für den Aufbau des Alldeutschen Verbandes in Sachsen tätig war" (ANONYMUS 52, S. 65). Seit 1920 gehörte er bis zu seinem Tode 1933 dem Geschäftsführenden Ausschuß an (vgl. ebenda und BONHARD 60, S. 272).

Wie sein Vorgänger HOPF war auch KRETSCHMAR politisch tätig. Er war Mitglied der Deutsch-Nationalen Volkspartei, an deren Aufbau in Sachsen er beteiligt war, und wirkte als Landtagsabgeordneter dieser Partei. Als Gauvorsitzender des ADV (vgl. ANONYMUS 48, S. 72) und schon vorher reiste er von Ortsgruppe zu Ortsgruppe und hielt Vorträge über die außen- und innenpolitische Lage, wobei er z. B. "...eindringlich gegen Dawesbericht, Kriegsschuldflüge, Sicherheitspakt und Völkerbund Stellung nahm" (ANONYMUS 42, S. 232). 1921 schloß er z. B. einen "...Vortrag mit dem hoffnungsvollen Ausblick, auf die Zukunft, auf den rechten Führer, den die Volksseele erwarte und dem sie sich innig hergeben werde" (ANONYMUS 34, S. 94).

Er benutzte diese Gelegenheit, um neue Mitglieder zu werben (vgl. ANONYMUS 51, S. 224; 50, S. 64). Daß bei der Ausübung dieser vielen Funktionen seine Arbeit als Arzt in den Hintergrund treten mußte, kommt in seinem Nachruf, der in den Alldeutschen Blättern veröffentlicht wurde, zum Ausdruck: "So ist Dr. KRETSCHMAR, der seine Praxis unter schweren persönlichen Opfern völlig hinter seine vaterländische Arbeit zurückstellte, in den Sielen gestorben - ein nationaler Kämpfer, ..." (ANONYMUS 52, S. 65).

**TABELLE 4:**

**Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte als Gauleiter des ADV**

	1905 <sup>a</sup>	1911 <sup>b</sup>	1915 <sup>b</sup>	1916 <sup>d</sup>	1918 <sup>e</sup>
	n	n	n	n	n
1. Gesamtzahl	14	14	17	17	20
2. Ärzte	2	1	2	1	1
3. Zahnärzte	0	0	0	0	0

**TABELLE 5:**

**Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte im Gesamtvorstand des ADV**

	1899 <sup>a</sup>		1905 <sup>b</sup>		1911 <sup>b</sup>		1915 <sup>c</sup>		1916 <sup>e</sup>	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Gesamtzahl	145		249		96		114		124	1,4
2. Ärzte	11	7,58	22	9,23	10	9,6	11	9,64	11	8,87
3. Zahnärzte	0		1		0		0		0	

**Legende zur TABELLE 4:**

- 1.) Q 2, S. 10f
- 2.) Q 3, S. 16-18
- 3.) Q 4, S. 13-15
- 4.) Q 5, S. 15-17
- 5.) Q 6, S. 18-21

**Legende zur TABELLE 5:**

- 1.) Q 1, S. 9-12
- 2.) Q 2, S. 4-10
- 3.) Q 3, S. 14-16
- 4.) Q 4, S. 10-13
- 5.) Q 5, S. 12-15
- 6.) Q 6, S. 14-18

**TABELLE 6:**

**Ärzte und Zahnärzte im Geschäftsführenden Ausschuß (GA) und im Vorstand (V)**

	1895/97 <sup>a</sup>	1899 <sup>b</sup>	1901 <sup>b</sup>	1905 <sup>c</sup>	1911 <sup>d</sup>	1912/14 <sup>e</sup>	1915 <sup>f</sup>	1916 <sup>g</sup>	1918 <sup>h</sup>	1920 <sup>i</sup>	192
Aßmus	-	-	-	V	V	V	V	V	V	V	-
Baernewyk, van	-	V	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beerwald	GA	V	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beyreis	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Campe, von	-	V	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Dessauer, von	-	-	-	V	V	-	-	-	-	-	-
Edelbrock	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Fabricius, Fritz	-	-	-	-	-	-	-	-	V	V	-
Felix, Walther	V <sup>2</sup>	V	-	V	-	-	-	-	-	-	-
Fick, Adolf	V <sup>2</sup>	V	V	-	-	-	-	-	-	-	-
Fick, Adolf Eugen	GA	GA	-	GA	GA	-	GA	GA	-	GA	-
Fischer	-	-	-	V	-	-	-	-	-	-	-
Flitner, Fritz	-	-	-	-	-	-	V	V	V	-	-
Frank, Ed.	-	-	-	V	-	-	-	-	-	-	-
Goebel, Wilhelm	-	V	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Goebel	-	-	-	V	-	-	-	-	-	-	-
Grosser	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Haenisch	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Haenisch, P.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hapke	-	-	-	-	-	-	-	-	-	GA	-
Happich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Heidecke	-	-	-	V	-	-	-	-	-	-	-
Heider, von	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Herrmann, A.	-	-	-	V	-	-	-	-	-	-	-
Herrmann	-	-	-	-	-	-	V	V	V	-	-
Hopf	-	-	-	GA/L	GA/L	-	GA	GA	GA	GA	-
Hunsdiecker, R.	-	V	-	GA/L	GA/V <sup>2</sup>	-	L/V	L/V	L/V	-	-
Kämpffer, R.	-	-	-	V	V	-	V	V	-	-	-
Kretschmar	-	-	-	-	-	-	-	-	-	GA	GA <sup>4</sup>

	1895/97	1899	1901	1905	1911	1912/14	1915	1916	1918
Küster, E.	-	V	-	V	-	-	-	-	-
Kuhns, G.	-	-	-	V	V	-	V	V	V
Kupferberg	-	-	-	-	-	-	-	-	V
Lambert	-	-	-	V	-	-	-	-	-
Leymann	-	-	-	V	-	V	-	-	-
Nerlinger	-	-	-	-	-	-	-	-	V
Reininghaus	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Reuter, Fritz	-	-	-	V	V	-	V	V	V
Riedel	-	V	-	-	-	-	-	-	-
Rommel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rumpe	GA	GA	-	V	V	-	-	-	-
Saar	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Samson-Himmelstjerna	-	-	-	V	-	-	-	-	-
Schenk, Friedrich	-	-	-	V	V	-	V <sup>40</sup>	V <sup>40</sup>	-
Schmiedt, Ernst	-	V	-	V	V	-	V	V	V
Schroeder-Poggellow	GA	GA	-	GA	-	-	-	-	-
Schwarze	-	-	-	-	-	V	-	-	-
Seitz	-	-	-	-	-	V	-	-	-
Siebert, F.	-	-	-	-	V	-	V	V	V
Stintzing, Roderich	-	-	GA	V	V	-	V	V	-
Stümpke	-	-	-	V	-	-	-	-	-
Wahn, M.	-	V	-	V	-	-	-	-	-
Warncke, Paul	-	-	-	V	-	-	-	-	-
Weiß, Oskar	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wilser, Ludwig	-	-	-	-	-	-	V	V	V
Zeller, Oskar	-	V	-	V	V	-	-	-	-

GA=Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses  
V =Mitglied des Gesamtvorstandes  
L =Gauleiter

Legende siehe TABELLE 7, S. 48!

**TABELLE 7:**

**Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte im Geschäftsführenden Ausschuß**

	1899 <sup>b</sup>	1905 <sup>c</sup>	1911 <sup>e</sup>	1915 <sup>b</sup>	1916 <sup>aa</sup>
	n	n	n	n	n
1. Gesamtzahl	15	21	19	19	20
2. Ärzte	3	4	3	2	2
3. Zahnärzte	0	0	0	0	0

**Legende zu den TABELLEN 6 und 7:**

- |                            |                          |
|----------------------------|--------------------------|
| 1.) BONHARD 60, S. 271-273 | 9.) Q 4, S. 9-15         |
| 2.) WERNER 160, S. 32      | 10.) ANONYMUS 27, S. 77  |
| 3.) Q 1, S. 9-12           | 11.) Q 5, S. 11-17       |
| 4.) ANONYMUS 6, S. 412     | 12.) Q 6, S. 13-21       |
| 5.) Q 2, S. 4-11           | 13.) ANONYMUS 40, S. 3   |
| 6.) Q 3, S. 13-18          | 14.) ANONYMUS 46, S. 155 |
| 7.) ANONYMUS 19, S. 421    | 15.) ANONYMUS 49, S. 153 |
| 8.) Q 26                   | 16.) ANONYMUS 52, S. 65  |



#### 5.1.3.4. Ärzte und Zahnärzte im Gesamtvorstand

WERNER hat die berufliche Gliederung der Vorstandsmitglieder für die Zeit von 1891-1917 untersucht (WERNER 160, S. 64), CHAMBERLIN hat eine solche Aufgliederung in anderer Form für 1917 und 1924 durchgeführt (vgl. CHAMBERLIN 53, S. 68).

Während WERNER die Ärzte mit den Tierärzten und Apothekern zusammen zählt, führt CHAMBERLIN die Ärzte unter der Gruppe "Professional men" zusammen mit "Clerics" (Geistlichen), "Librarians" (Bibliothekaren) und anderen sowie unter der Gruppe der "University and school teachers" auf, also alles Aufteilungen, die für unsere spezielle Fragestellung keine Aufschlüsse erbringen.

CHICKERING hat die Zusammensetzung des Gesamtvorstandes nur für die Jahre 1899 in Bezug auf die Charakteristika der Mitglieder analysiert und nennt als Ergebnis einen Anteil von 72,5 % mit akademischer Ausbildung (vgl. CHICKERING 64, S. 308 und 321). Eine genaue Angabe über die Beteiligung der Ärzte im Gesamtvorstand liefert wiederum WERTHEIMER in der Tabelle IX (vgl. WERTHEIMER 161, S. 70) für die Jahre 1906 und 1914. Die Gruppe der "Physicians" ist in beiden Jahren 9 % stark, während die der "Lawyers" (Rechtsanwälte) nur 2 und 3 % ausmacht. Auch in diesem Gremium folgen die Ärzte den "Teachers" (Lehrern), den "Business men" (Geschäftsleuten) und den "Officials" (Beamten) an vierter Stelle. Hier, wie zu allen anderen Aufstellungen von WERTHEIMER muß hinzugefügt werden, daß sich unter den "Officials", den Beamten, auch Mediziner als Medizinalräte verbergen können.

Anhand des Alideutschen Werbe- und Merk- BÜCHLEINS und den uns zur Verfügung stehenden Handbüchern des ADV von 1905, 1911, 1915, 1916 und 1918 (Q 1- Q 6) haben wir einen Prozentsatz für die Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte im Gesamtvorstand von 7,5 bis 9,6 % ermittelt (TABELLE 5, Zeile 2; siehe S. 45), der ungefähr dem Wert von WERTHEIMER entspricht (WERTHEIMER 161, S. 70). Allerdings befand sich lediglich 1905 ein Zahnarzt unter den 23 Medizinern im Vorstand des ADV.

Um die Zusammensetzung des Gesamtvorstandes nach 1918 zu untersuchen, fehlt leider das Material. Wir konnten lediglich ermitteln, daß 1928 auf dem Verbandstag in Plauen drei Ärzte

und ein Zahnarzt in den Vorstand hinzugewählt wurden (ANONYMUS 46, S. 155). Auf dem Verbandstag in Berlin am 6.8.1931 wurden während der Vorstandssitzung 28 neue Mitglieder hinzugewählt, davon waren sechs Ärzte (ANONYMUS 49, S. 153).

#### 5.1.3.5. Ärzte und Zahnärzte im Geschäftsführenden Ausschuss

Die Untersuchung über die Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte am zweitwichtigsten Führungsgremium des ADV basiert wiederum auf dem Alldeutschen Werbe- und Merk- Büchlein von 1899 und den Handbüchern des ADV von 1905, 1911, 1915, 1916 und 1918 (Q 1- Q 6). CHAMBERLIN hat die berufliche Gliederung der Ausschuss-Mitglieder für 1924 und 1925 durchgeführt, jedoch verbirgt sich die Gruppe der Ärzte hinter den Gruppen "University and school teachers" und "Professional men", so daß sie in diesem Zusammenhang wenig Aufschluß bieten (vgl. CHAMBERLIN 63, S. 68).

Wie auch der TABELLE 7 zu entnehmen ist, waren keine Zahnärzte Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss. Waren 1905 noch vier von 21 Mitgliedern im Geschäftsführenden Ausschuss Ärzte, so gab es 1918 nur noch einen Arzt in diesem Gremium, das auf 26 Mitglieder angewachsen war. Eine Erklärung dafür könnte sein, daß die ärztlichen Mitglieder im I. Weltkrieg gedient haben und bei der jährlichen Wahl des Ausschusses nicht zur Verfügung standen, wie A. E. FICK, Zürich (ANONYMUS 26, S. 339), der mit Dr. RUMPE, Krefeld (1.1.1895 - Ende 1900), Dr. BEERWALD, Berlin (1.1.1895- Ende 1897), Dr. SCHROEDER-POGGELow, Berlin (9.4.1891 bis Ende 1908) und dem Geheimen Medizinalrat Prof. Dr. STINTZING, Jena (6.6.1900 bis Ende 1902) zur älteren Generation der Ausschuss-Mitglieder gehörte (vgl. BONHARD 60, S. 271-273).

Das Bindeglied zur nächsten Generation stellt der oben bereits erwähnte E. HOPF, Dresden (25.5.1902 bis Ende September 1919) dar (vgl. ebenda). Ab September 1920 wurden die Sanitätsräte HAPKE, Mühlhausen in Thüringen und KRETSCHMAR, Dresden Mitglieder des Ausschusses, der letztere blieb es bis zu seinem Tode im April 1933 (vgl. ANONYMUS 52, S. 65).

Vergleicht man die Beteiligung der Ärzte im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen im Geschäftsführenden Ausschuss mit der im Ge-

samtvorstand, so stellt man fest, daß diese bis 1911 im sehr viel einflußreicheren Ausschuß bemerkenswerterweise viel höher war als im Vorstand. Dieses Verhältnis kehrte sich jedoch 1918 um, nachdem die ersten ärztlichen Mitglieder des Ausschusses ausgeschieden waren und andere nicht an ihre Stelle traten. Das mag an der Kriegssituation und vielleicht auch an dem zunehmenden Ausbau der Machtstellung der Hauptleitung gelegen haben, der die Arbeit in den untergeordneten Gremien zunehmend unbedeutender werden ließ.

Auf die Zusammensetzung der Hauptleitung gehen wir nicht näher ein, da ihr weder ein Arzt noch ein Zahnarzt je angehört hat.

Abschließend kann man feststellen, daß die Ärzte und Zahnärzte als geschlossene Berufsgruppe in fast allen Gremien des ADV von der Basis bis zur Spitze einen nicht unerheblichen Anteil der Mitglieder stellten. Zahlenmäßig ausgedrückt lag die Beteiligung zwischen 8 und 20 %. So bildeten die Ärzte und Zahnärzte, wie WERTHEIMER 1924 nachgewiesen hat, die viertstärkste Berufsgruppe innerhalb der führenden Mitgliedschaft des ADV nach den Lehrern, den Geschäftsleuten und den Beamten (vgl. WERTHEIMER 161, S. 71). Überdurchschnittlich hoch war die Aktivität der Ärzte und Zahnärzte innerhalb der Ortsgruppenvorstände, ca. 15 % der Ortsgruppen hatten mindestens einen Arzt oder Zahnarzt in ihrem Vorstand. Eine Reihe von Ärzten traten sogar in dieser Funktion durch ihr starkes Engagement für die Verbreitung des alldeutschen Gedankengutes, d.h. durch ihr ausgeprägtes Sendungsbewußtsein und ihr Organisationstalent, im Verbandsleben oder besser im Verbandsalltag in den Vordergrund. Der Gründer des ADV A. E. FICK sowie E. HOPF seien an dieser Stelle nochmals als Beispiele erwähnt.

Die Ärzte und Zahnärzte bildeten neben den Juristen im Durchschnitt die zweitstärkste Gruppe innerhalb der Mitglieder des ADV mit akademischer Ausbildung. Allerdings gab es laut den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich aus den Jahren 1899 (Q 34, S. 159 und 209) und 1915 (Q 35, S. 324 und 449) nahezu doppelt so viele Ärzte zusammen mit den Zahnärzten wie Richter und Rechtsanwälte im Reichsgebiet. Die Juristen waren also bezogen auf die Zahlenstärke ihres Berufsstandes entsprechend stärker im ADV repräsentiert als die Ärzte.

## 5.2. DVSTB

### 5.2.1. Berufliche Gliederung der Mitgliedschaft des DVSTB

Die Anhängerschaft der drei Organisationen Alldeutscher Verband, Reichshammerbund und Deutsch-Völkische Partei, die den DVSTB 1919 ins Leben gerufen hatten, "...sicherte diesem von Anfang an in soziologischer Hinsicht eine verhältnismäßig breite Grundlage" (LOHALM 119, S. 107) im kleinbürgerlichen und gehobenen Mittelstand.

Der DVSTB war zwar als Massenorganisation konzipiert, aufgrund seiner Untersuchung über die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft des DVSTB stellt LOHALM jedoch fest, daß es dem Bund so gut wie gar nicht "...gelungen ist, Arbeiter unter seine Anhänger einzureihen und damit jener Aufgabe zu genügen, die ihm als eine der wichtigsten bei seiner Gründung gestellt worden war" (ebenda, S. 113). Das Gros der Anhängerschaft stellen die Angestellten und die Beamten (vgl. ebenda, S. 111).

### 5.2.2. Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte als Mitglieder im DVSTB

Wie groß der Anteil der Ärzte und Zahnärzte innerhalb der Gefolgschaft des DVSTB war, läßt sich der soziologischen Analyse von LOHALM nicht direkt entnehmen, weil Ärzte und Zahnärzte innerhalb der Gruppen "freie akademische Berufe", "Beamte" und "Offiziere" aufgegliedert sind (vgl. LOHALM 119, S. 108).

Außerdem hat LOHALM bei der Auswertung der vorhandenen Mitgliederlisten des DVSTB die Zahl der Mitglieder mit Berufsangaben gleich 100 % gesetzt, so daß die Ergebnisse seiner Forschung aus den auf S. 27 genannten Gründen auf diese Arbeit nicht ohne weiteres zu übertragen sind. Bei den für die Untersuchung verfügbaren Mitgliederlisten handelt es sich um folgende:

1. Krefeld vom 12.10.1922 (Q 21),
2. Delmenhorst vom 12.7.1922 (Q 22),
3. Jever vom 11.7.1922 (Q 23),
4. Oldenburg vom 13.7.1922 (Q 24),

#### 5. Wilhelmshaven-Rüstringen vom 15.7.1922 (Q 25)

Da es uns ebenfalls nicht gelungen ist, weitere Mitgliederlisten von Ortsgruppen des DVSTB zu ermitteln, basiert diese Untersuchung auch nur auf den von LOHALM ausfindig gemachten Mitgliederlisten unter denselben von ihm gemachten Vorbehalten (vgl. LOHALM 119, S. 110). Die soziographische Analyse ist der TABELLE 8 auf S. 54f zu entnehmen. Das Material ist keineswegs repräsentativ, und streng genommen, handelt es sich nur um zwei Beispiele, erstens um Krefeld als Großstadt am Rande des rheinisch-westfälischen Industriegebietes mit vorwiegend katholischer Bevölkerung und zweitens um vier kleinere und mittlere Städte im ländlichen Nordwesten des Reiches mit vorwiegend protestantischer Bevölkerung (vgl. ebenda, S. 109f).

Hinzu kommt, daß in Delmenhorst und Jever weder Ärzte noch Zahnärzte den Ortsgruppen angehörten. Bemerkenswert ist der allen Ortsgruppen gemeinsame, sehr hohe Anteil der Berufsgruppen ohne akademische Ausbildung, der bei den beiden mitgliederstarken Ortsgruppen bei 75 und 86 % liegt. Das läßt im Umkehrschluß vermuten, daß die Beteiligung von Angehörigen akademischer Berufe im DVSTB sehr viel geringer gewesen ist als im ADV.

##### 5.2.2.1. Akademische Berufe

Für den ADV konnte festgestellt werden, daß bei der Mehrzahl der untersuchten Ortsgruppen der Anteil der akademischen Berufe bei mehr als einem Viertel der Mitgliedschaft gelegen hat (vgl. S.36). LOHALM gibt den Anteil der Akademiker im DVSTB im Mittel mit 10,5 % an (vgl. LOHALM 119, S. 111). Der Anteil der akademischen Berufe in den Ortsgruppen des DVSTB von nennenswerter Mitgliederstärke liegt zwischen 3 und 11 %. Daraus läßt sich zumindest die Tendenz ablesen, daß die akademischen Berufe in der Mitgliedschaft des ADV mehr als doppelt so stark repräsentiert waren als im DVSTB.

TABELLE 8:

Soziographische Analyse der Mitgliederlisten des DVSTB

	Krefeld (Q 21)		Delmenhorst (Q 22)		Jever (Q 23)		Oldenburg (Q 24)	
	n	%	n	%	n	%	n	%
<u>Gesamtmitgliederzahl</u>	68		25		34		245	
1. Ärzte	1		-		-		-	
2. Zahnärzte	-		-		-		1	
3. Apotheker	-		-		-		2	
4. Gesundheitsdienst	1		-		-		3	1,2
5. Juristen	-		-		-		-	
5.1. Rechtsanw./Notare	-		-		-		-	
5.2. Beamte	-		-		-		-	
6. Pastoren/Pfarrer	-		-		-		1	
7. andere akad. Berufe	4		-		-		5	
7.1. Beamte	-		-		-		2	
8. Pädagogen (akad.)	3		-		6		-	
8.1. Hochschullehrer	2		-		1		-	
8.2. Gymnasiallehrer	1		-		5		-	
<u>9. akademische Berufe</u>	8	11,76	0		6		9	3,6
<u>10. davon Ärzte und ZÄ</u>	1	12,5	0		0		1	11,1
11. Beamte	6		4		7		46	18,7
11.1. Oberlehrer	-		2		-		1	
11.2. Volks/Realschull.	1		-		-		4	
11.3. andere Beamte	2		2		1		39	
12. Offiziere	1		-		-		18	
12.1. Ehemalige	-		-		-		-	
13. Rentner/Privatiers/ Adlige	1		-		-		1	
14. Gutsbesitzer/Landw.	-		-		1		2	

	Krefeld		Delmenhorst		Jever		Oldenbur	
	n	%	n	%	n	%	n	%
15. Direktoren/Consul	-		-		-		1	
16. Unternehmer/Fabrik.	4		3		-		1	
17. Capitäne/Ewerführer	-		-		-		2	
18. Kaufleute/Handlgsgeh.	9		3		7		63	25,7
19. Handwerker	4		3		5		24	9,7
20. Künstler	-		-		-		-	
21. Ingenieure/Techniker	8		-		-		6	
22. Studenten/Schüler/ Lehrlinge	7		3		1		12	
23. angestellte Berufe	7		6		12		35	14,2
24. Frauen/Witwen	6				1		3	
25. nicht akad. Berufe	50	73,52	22		28		212	86,5
26. ohne Berufsangabe	10		3		0		24	9,7

Legende siehe TABELLE 1.4., S. 35!

Erläuterung siehe TABELLE 1.1., S.29!

#### 5.2.2.2. Ärzte und Zahnärzte unter den akademischen Berufen

Der Anteil der Ärzte und Zahnärzte an dieser Berufsgruppe ist innerhalb der Ortsgruppen sehr verschieden. Für die mitgliederstarken Ortsgruppen liegt er zwischen 11 und 50 % (TABELLE 8, Zeile 10). In Wilhelmshaven stellten die Ärzte und Zahnärzte unter den Akademikern zwar die größte Gruppe, in den anderen Ortsgruppen überwogen hingegen die Oberlehrer und Hochschul-lehrer, sowie die anderen akademischen Berufe, z. B. Chemiker und Diplom-Ingenieure. Genauso, wie der Anteil der Ärzte und Zahnärzte an der Mitgliedschaft des DVSTB geringer war als im ADV, 1,2 bis 2,63 % (TABELLE 8, Zeile 4) im Gegensatz zu 6 bis 7 % im ADV (siehe S. 38), scheint auch ihre Bedeutung innerhalb der Gruppe der akademischen Berufe im DVSTB geringer als im ADV gewesen zu sein.

#### 5.2.3. Ärzte und Zahnärzte als Funktionsträger im DVSTB

##### 5.2.3.1. Ärzte und Zahnärzte in der Ortsgruppenführerschaft des DVSTB

Nach LOHALMs Untersuchungen, auf die wir unsere Betrachtungen stützen, beträgt der Anteil der freien akademischen Berufe an der Ortsgruppenführerschaft des DVSTB 13,5 %, er ist also höher als der auf die allgemeine Anhängerschaft in den Ortsgruppen bezogene Anteil (3-11 %- S. 53) (vgl. LOHALM 119, S. 109). LOHALM stellt bezüglich der freien akademischen Berufe fest:

"Unter den freien akademischen Berufen dominieren eindeutig die Ärzte, die etwa zwei Drittel aller freiberuflich tätigen Akademiker stellen." (ebenda, S. 109)

Vergleicht man diese Ergebnisse mit den gerade zuvor ermittelten über die Beteiligung der Ärzte und Zahnärzte als Mitglieder der Ortsgruppen, so drängen sich zwei Schlußfolgerungen auf: Entweder die vorliegenden Ortsgruppenlisten sind überhaupt nicht repräsentativ; oder die Ärzte und Zahnärzte, deren hohen Anteil an der Führungsschicht LOHALM betont (vgl. ebenda), haben sich innerhalb der Gruppe akademischer Berufe als Führungspersönlichkeiten ganz besonders hervorgetan.



Bei dem Vergleich der Ergebnisse bezüglich der Ortsgruppenführerschaft des ADV mit LOHALMs Ergebnissen zur Ortsgruppenführerschaft des DVSTB zeigt sich, daß bei einem annähernd gleichen Prozentsatz 8-10 % (nach den Berechnungen WERTHEIMERS) zu 9 % (das entspricht den o. g. zwei Dritteln von 13,5 % gemäß LOHALM) die Ärzte innerhalb der Ortsgruppenführerschaft des DVSTB ebenso wie im ADV an vierter Stelle in der Rangfolge hinter den Lehrern, den Beamten und Kaufleuten stehen (vgl. WERTHEIMER 161, S. 66 und LOHALM 119, S. 109). Unter diesem Gesichtspunkt kann man feststellen, daß die Ärzte und auch die Zahnärzte über eine überdurchschnittliche Repräsentanz innerhalb der Ortsgruppenführerschaft verfügten. Geht man von der Voraussetzung aus, daß die zugrundegelegten Mitgliederlisten die Tendenzen in der Zusammensetzung der Mitglieder aller Ortsgruppen wiedergeben, und bezieht den im Unterschied zum ADV viel geringeren Anteil an ärztlichen und zahnärztlichen Mitgliedern im DVSTB mit in die Beurteilung ein, so erscheint diese Überrepräsentanz als noch bemerkenswerter.

So wie LOHALM gefolgert hat, daß die Masse der Mitglieder der unteren Mittelschicht, dem Kleinbürgertum, angehört hat und unter den Ortsgruppenleitern eine starke Repräsentanz des Mittelstandes auffällt (vgl. LOHALM 119, S. 109 und 111), kann man vermuten, daß den Ärzten als dem mittleren und gehobenen Mittelstand Zugehörige häufig die Führungsrolle zufiel bzw. sie sich zu dieser vielleicht auch hingezogen gefühlt haben.

Einer, der sich seine Stellung an der Spitze einer Ortsgruppe erkämpft hat, war der Medizinstudent Ludolf HAASE (vgl. KUDLIEN 110, S. 33). Unter seiner Leitung stürzten Studenten mit Zustimmung der deutsch-völkischen Landesleitung den ihrer Meinung nach inaktiven Vorstand der Göttinger Ortsgruppe, die zuvor zu einer der stärksten und aktivsten Ortsgruppen des DVSTB zählte (vgl. HAASE Q 27, S. 101 ff und LOHALM 119, S. 324). Auf HAASE wird im Kapitel "Herausragende Ärzte und Zahnärzte" noch ausführlicher eingegangen.

Ein sehr aktiver Ortsgruppenführer des DVSTB, für den der Bund nicht wie für HAASE nur ein kurzes Übergangsstadium zur NSDAP in seiner politischen Laufbahn darstellte, war Dr. phil. et med. Wilhelm ROHMEDER in München, dessen politischer Werdegang in demselben Kapitel näher beschrieben wird.

Erwähnung sollen an dieser Stelle noch zwei weitere Ärzte finden, die Ortsgruppen des DVSTB leiteten.

Der eine war der sehr erfolgreiche Dr. Carl SINN, der seine Ortsgruppe in Bevensen zu der größten und aktivsten des niedersächsischen Landesverbandes mit fünftausend Mitgliedern ausbaute. Er rückte später sogar zum Gauleiter von Niedersachsen auf (vgl. LOHALM 119, S. 120). Dr. SINN war auch im ADV aktiv, so wurde er 1925 auf dem Verbandstag in Detmold in den Gesamtvorstand des ADV gewählt (vgl. ANONYMUS 41, S. 191). Der andere war Dr. SICIUS, führendes Mitglied der "äußerst rührigen" Ortsgruppe in Memmingen, am Rande des Allgäus gelegen (vgl. LOHALM 119, S. 143; Q 28). Er gehörte neben dem Eisenhändler Eduard HAIL zu den Anstiftern folgender antisemitischer Ausschreitung. Allein um antisemitische Ziele zu verfolgen, heizten sie im Jahre 1921 die ohnehin durch akute Mißstimmung über Teuerung und Schleichhandel gespannte Atmosphäre an, so daß sich "...eine erregte Menschenmenge vor dem Hause des Käsehändlers Wilhelm Rosenbaum..." (LOHALM 119, S. 143) versammelte.

"Unter die lautstark vorgetragenen Forderungen..." nach billiger Milchlieferung und Zahlung von einer halben Million Mark an die Armenkasse der Stadt "...mischten sich die Rufe: 'Heraus mit dem Schieber! Heraus mit dem Juden! An den Galgen!' Die immer drohender werdende Menge veranlaßte den ersten Staatsanwalt der Stadt, gegen Rosenbaum einen Haftbefehl wegen Lebensmittelwuchers auszustellen, der sogleich vollstreckt wurde. Darauf geleitete die erregte und aufgeputschte Menge den Käsehändler zum Gefängnis. Dabei wurde er, was die Polizei nicht verhinderte, von der Menge angespuckt, geprügelt, mit Kuhlocken behängt und als 'Lump, Schieber, Wucherer und Mörder' beschimpft... Die Menge zog darauf vor die Häuser des Pferdehändlers Max Guggenheimer und des Hadernhändlers David Sommer, um zu randalieren, ..." (ebenda, S. 143/144).

Dr. SICIUS und der andere Urheber wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt (Q 28).

#### 5.2.3.2. Ärzte und Zahnärzte im Bundesvorstand des DVSTB

Als Grundlage unserer Betrachtung dienen uns wie im Falle der Ortsgruppenführerschaft des DVSTB wiederum die Untersuchungen LOHALMs (vgl. LOHALM 119, S. 108).

" Der Bundesvorstand setzte sich zusammen aus dem geschäfts-

führenden Vorstand, dem Beirat und den Leitern der einzelnen Gaue" (ebenda, S. 368 - Anm. 2). Die Schutz- und Trutzbund-Leitung

"...bildete eine nahezu homogene Gruppe aus großbürgerlichen Kreisen und gehobenem Mittelstand mit deutlichem akademischem Anstrich. Nach Beruf und Titel waren insgesamt zwanzig Vorstandsmitglieder (=37,7 %) Akademiker. Am stärksten in der Bundesleitung vertreten sind die freien akademischen Berufe und die Lehrer, ..." (ebenda, S. 108).

Zahnärzte weist LOHALMs Tabelle keine aus, unter den freien akademischen Berufen sind jedoch vier Ärzte zu finden, das entspricht einem Anteil von 40 %. Die Ärzte stellen unter den Akademikern neben den Juristen in den Führungspositionen des DVSTB die stärkste Gruppe (vgl. ebenda).

Insgesamt betrachtet ist ihre Beteiligung als geschlossene Berufsgruppe mit 7,54 % recht hoch und wird nur durch die Gruppe der ehemaligen Offiziere und der Lehrer übertroffen. Zu dieser Gruppe gehörte, neben dem bereits erwähnten Gauwart von Niedersachsen Carl SINN aus Bevensen, der Flensburger Marinestabsarzt Dr. Martin LINK (geb. 1890), der als Gauwart des DVSTB-Gaues "Nordmark" fungierte.

Zugleich war LINK erster Vorsitzender der Ortsgruppe Flensburg des DVSTB, die 1922 aus ca. 600 Mitgliedern bestand (vgl. RIETZLER 141, S. 150). Ferner hielt LINK eine "...führende Position in dem als ausgesprochen 'kaisertreu' geltenden 'Marineverein' inne. Link war außerdem noch Vorstandsmitglied in der örtlichen Gruppe des 'Alldeutschen Verbandes'" (ebenda, S. 397).

Die geistig-politische Haltung LINKs als einem der Repräsentanten "...des Flensburger Bildungsbürgertums...war geprägt von der Tradition der völkisch-antisemitischen Bewegung im Kaiserreich" (ebenda, S. 150). Der Aufforderung der Führer des DVSTB VON GEBSATTEL und VON HERTZBERG-LOTTIN entsprechend, nach der Auflösung des Bundes in die NSDAP einzutreten, wurde LINK, einer der "...tatkräftigsten Nationalsozialisten der ersten Stunde..." (ebenda, S. 156) und sorgte vom März 1925-1926 als Ortsgruppenführer der NSDAP "...dafür, daß die ehemaligen DVSTB-Mitglieder 1925 den Grundstock der NSDAP bildeten" (ebenda, Anm. 70; vgl. dazu ebenda, S. 353 und 395).

An der Spitze des DVSTB in Bayern stand der Zahnarzt Dr. Otto HELLMUTH, zum einen als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes (vgl. LOHALM 119, S. 278) und zum anderen als Gauleiter von Nordbayern (vgl. KUDLIEN 110, S. 33). Der Werdegang HELLMUTHs, der ebenfalls schon früh Mitglied der NSDAP wurde und seine Anhänger aus dem DVSTB fast geschlossen der NSDAP zuführte, wird im Kapitel "Herausragende Ärzte und Zahnärzte" näher betrachtet.

## 6. HERAUSRAGENDE ÄRZTE UND ZAHNÄRZTE IM ADV UND DVSTB

Im folgenden werden die Lebenswege der Ärzte und Zahnärzte dargestellt, die sich als führende Persönlichkeiten im ADV oder DVSTB besonders hervorgetan haben. Wir haben versucht, die individuellen Motive dieser Ärzte und Zahnärzte für ihr Engagement im ADV oder DVSTB herauszuarbeiten.

### 6.1. ADV

#### 6.1.1. Dr. Adolf Eugen FICK

Der Züricher Augenarzt Dr. Adolf Eugen FICK, einer der Begründer des ADV - "...von vornherein die Seele unseres Vorgehens ..." ,wie LUBARSCH in seinen Erinnerungen schreibt (LUBARSCH 120, S. 532) - "...stammte aus der bekannten Gelehrtenfamilie Fick, ..." (PLOETZ 138, S. 366). Über mehrere Generationen sind aus dieser Familie bemerkenswerte Wissenschaftler hervorgegangen, die sich fast alle durch ihr entschiedenes Eintreten gegen die absolutistische Herrschaftsform der Landesfürsten und für ein geeintes Deutsches Reich ihr berufliches Fortkommen nicht unerheblich erschwert hatten.

So waren z. B. FICKs Vater Ludwig und sein Onkel Heinrich als typische Vertreter des aufstrebenden Bildungsbürgertums in Deutschland Mitstreiter in der Revolution von 1848 für die deutsche Nationalversammlung (vgl. SCHNACK 150, S. 71/72).

In dieser Familientradition wuchs Adolf Eugen FICK, auch nach dem Tode seines Vaters im Hause seines Onkels, des namhaften Physiologen Prof. Adolf FICK auf, auf den wir später ebenfalls im Zusammenhang mit dem ADV noch zurückkommen werden.

Bevor sich Adolf Eugen FICK in Zürich als Augenarzt niederließ, zur gleichen Zeit das Vorlesungsrecht an der Züricher Hochschule erwarb (vgl. FICK 84, S. 167) und 1887 mit Constantin VON MONAKOW eine private Nervenpoliklinik gründete (vgl. VON MONAKOW 125, S. 202), war er als Arzt und Geburtshelfer sowie als Facharzt für Augenheilkunde bei den Buren in der Kapkolonie Südafrikas von 1879 bis 1886 tätig (vgl. SCHMIDT 149, S. 81).

Nach seiner Rückkehr arbeitete FICK an der Entwicklung seiner Erfindung, der Kontaktlinse (vgl. ebenda, S. 81 und 83, sowie PLOETZ 138, S. 367), die er 1888 im Archiv für Augenheilkunde veröffentlichte (vgl. HISTORISCHE KOMMISSION 99, S. 128f). Trotz der Anerkennung, die FICK auf medizinischem Gebiet auch später noch genoß (vgl. WYDER, Brief an FOREL, vom 10.1.1903 in: FOREL 89, S. 348), und der Unterstützung der Kollegen gelang es ihm weder in Zürich Extraordinarius, noch in Leipzig, Innsbruck oder Bern Ordinarius zu werden. Diesen beruflichen Mißerfolg führt ein Mitglied der Familie FICK (vermutlich handelt es sich sogar um Adolf Eugen selbst) unter anderem auf die Betätigung in staatlichen Angelegenheiten zurück. "Die folgenschwerste Handlung war der Aufsatz 'Deutschland, wach auf'...", der zur Gründung des Alldeutschen Verbandes führte (FICK 84, S. 167).

FICK gehörte dem Geschäftsführenden Ausschuß des ADV vom 1.1.1894 bis 1916 an (Q 2, S. 4; Q 3, S. 13; Q 4, S. 9; Q 5, S. 11;- laut BONHARD 60, S. 271 sogar bis mindestens 1920 - siehe TABELLE 6) und war längere Zeit Vorsitzender der Ortsgruppe Zürich des ADV, die unter seiner Führung bis in die Zeit des I. Weltkrieges eine Sonderstellung unter den im Ausland befindlichen Ortsgruppen des ADV einnahm (Q 1, S. 20; Q 2, S. 24).

"Schon in den Anfängen drängte er von Zürich aus darauf, daß sich der Verband für eine Verstärkung der deutschen Rüstung sowie für eine 'bessere Regelung' des Auswandererwesens einsetzte" (URNER 156, S. 537f).

Sein Aufenthalt in Südafrika "...machte ihn zum glühenden Verfechter einer weitausgreifenden deutschen Kolonialpolitik" (ebenda, S. 530). Seiner Unzufriedenheit mit der Außenpolitik der deutschen Regierung machte er häufig durch teilweise höhnische Artikel Luft, die in den Alldeutschen Blättern erschienen, z. B. "Kolonialpolitik nach englischer und nach deutscher Art" (FICK 72, S. 410), "Endlich eine Tat" (FICK 73, S. 167) und "Ketzerisches über die Marokkopolitik" (FICK 77, S. 367f). FICK, von dem der Physiker Max BORN in seinem Buch "Mein Leben" schreibt: "Er war supernationalistisch auf eine mystische Art" (BORN 61, S. 118), war schon früh vom Rassegedanken beseelt. So kann man in einem seiner Artikel, der 1905 in den Alldeut-

schen Blättern erschienen ist, lesen:

"...das Rassegefühl, das Gobineau und H. St. Chamberlain uns predigen und das wir Alldutschen wohl schon besitzen, ist noch bei weitem nicht Gemeingut des Deutschen Volkes geworden. Sonst wäre es undenkbar, daß ein Graf...eine Gelbe heiraten will, daß in Neusaß die Verheiratungen mit Schwarzen staatliche Anerkennung finden" (FICK 75, S. 48f)

Wenige Monate vorher hatte er in einem Artikel über "Regierungsweisheit und Rassebewußtsein" behauptet:

"Wilde lassen sich nur beherrschen, wenn man ihnen zum Bewußtsein bringt, daß sie einer Herrenrasse untertan sind" (FICK 74, S. 425/426).

Um rassehygienische Gesichtspunkte ging es FICK auch in seinem Kampf zur "...Befreiung des deutschen Volkes von seiner mörderischen Trinksitte" (FICK 80, S.236). Hervorgegangen aus der Abstinenzbewegung um FOREL und PLOETZ (vgl. DOELEKE 67, S. 91; PLOETZ 138, S. 367) kämpfte er immer wieder vehement gegen den Alkoholabusus nicht wegen der gesundheitlichen Gefährdung des einzelnen, sondern in erster Linie wegen der Gefahr für das Deutschtum. Er befürchtete die Zersetzung der Volkskraft durch die Trunksucht (vgl. FICK 71, S. 155; FICK 80, S. 234-236). Als Lösung schlug er 1905 den Mitgliedern des ADV in seinem Artikel "Für die Blutzengen des Deutschtums" vor, sich des Rauchens und Trinkens zu versagen und "...das so ersparte Geld in unseren Wehrschatz 'für die Märtyrer des Deutschtums'..." einzuzahlen (FICK 76, S. 54f).

So, wie er sich 18-jährig freiwillig zum Krieg gegen Frankreich 1870 meldete, ließ er sich im Alter von 62 Jahren zu Beginn des I. Weltkrieges "...von neuem und mit der alten überpatriotischen Leidenschaft..in die Reihe der Frontkämpfer einreihen..., um allerdings im Jahre 1918 mit böser Enttäuschung von dem Kriegsschauplatz zurückzukehren" (VON MONAKOW 125, S. 89).

Welche Erwartungen er an den Krieg stellte, kann man der Traueranzeige für seinen gefallenen Sohn entnehmen. Dort heißt es: "Möge dereinst der deutsche Siegespreis mit der Größe und Fruchtbarkeit unserer Opfer in Einklang stehen" (FICK 81, S. 76).

Nach dem Krieg ist FICK Mitglied des Frontkämpferbundes "Stahlhelm" (vgl. PLOETZ 138, S.367), der sich Anfang der Zwanziger Jahre teilweise rechtsradikal entwickelte, gewor-

den und im Alldeutschen Verband nur noch wenig in Erscheinung getreten. Erst in den Jahren 1931 und 1932 meldete er sich in den Alldeutschen Blättern wieder zu Wort, ganz im Zeichen der Zeit mit antisemitischen und antisozialistischen Phrasen (vgl. FICK 82, S. 103 und FICK 83, S. 196).

Auch wenn Max BORN über FICK schreibt: "Obwohl seine Einstellung der von den Nazis entwickelten rassistischen Besessenheit sehr nahe kam, war er kein Antisemit" (BORN 61, S. 118), so muß man feststellen, daß FICK im Alter der damals propagierten antisemitischen Ideologie jedenfalls nicht abgeneigt war und seine Nähe zum Gedankengut der NSDAP durch seinen Eintritt in diese Partei letztendlich bekundete (vgl. PLOETZ 138, S. 367). FICK, dessen Demokratieverständnis nach Familienüberlieferung dem des im 19. Jahrhundert erstarkenden Bildungsbürgertums entsprach, hatte für die Demokratisierungsbestrebungen des einfachen Volkes ebenso wenig Verständnis wie die übrigen Alldeutschen. So schreibt LUBARSCH z. B. über FICK: "Er war zwar leidenschaftlicher Demokrat (aber nicht im Sinne der Berliner Asphaltdemokratie), ..." (LUBARSCH 120, S. 55). Da FICK, wie LUBARSCH weiter ausführt, "...aber viel leidenschaftlicher von Liebe zum deutschen Volk und Vaterland beseelt und begeisterter Bismarck-Verehrer" (ebenda) war, entwickelte er eine "demokratische" Einstellung gleich welcher Art nicht weiter, bis die von LUBARSCH angesprochene "Demokratie-Leidenschaft" gegenüber seiner glühenden Vaterlandsliebe und seiner Ablehnung der Staatsmänner der Weimarer Republik soweit ins Hintertreffen geriet, daß er sich im Alter dem nationalsozialistischen Diktator Adolf HITLER anschloß.

#### 6.1.2. Prof. Dr. Adolf FICK (1829-1901)

Der noch heute durch das "FICKsche Diffusionsgesetz" bekannte Physiologe Adolf FICK wurde als über Sechzigjähriger Mitglied des Alldeutschen Verbandes und gehörte "...treu zur Sache desselben..." (ANONYMUS 6, S. 412) haltend bis zu seinem Tode im Jahre 1901 dem Vorstand des ADV an, ebenso wie sein Freund, der Chemiker Johannes WISLICENUS, ein Mitbegründer des ADV, mit dem er wissenschaftlich eng zusammengearbeitet hat (vgl. FICK 84,



S. 171). In einem Aufsatz über die Familie FICK, der 1922 in dem Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie erschienen ist, schreibt ein Mitglied der Familie FICK über ihn:

"Adolf war ein eifriger Verteidiger deutscher Machtpolitik, weil die Lage Deutschlands 'zwischen dem Vulkan im Westen' und der 'Eislawine im Osten' dies zur Pflicht der Selbsterhaltung macht. Demgemäß war er tätiges Mitglied des Alldeutschen Verbandes, des Kolonialvereines, und des Schulvereines. Die Rettung des Deutschtums in Österreich war ihm übrigens mehr wie Verstandessache, sie war ihm Herzenssache" (ebenda, S. 172).

#### 6.1.3. Prof. Dr. Friedrich SCHENK

Prof. Dr. Friedrich SCHENK war, bevor er 1901 außerordentlicher Professor in Marburg wurde, Assistent bei dem oben erwähnten berühmten Physiologen Adolf FICK (vgl. FISCHER 85, S. 1380). Schon in dieser Zeit war er Schriftführer der Ortsgruppe Würzburg, die damals von Prof. Johannes WISLICENUS als Vorsitzender geleitet wurde (ANONYMUS 2, S. 118). Er wurde langjähriges Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV (Q 1, S. 9; Q 2, S. 16; ANONYMUS 27, S. 77) und Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Marburg des ADV (ANONYMUS 27, S. 77). Im Nachruf der Hauptleitung des ADVs wurde SCHENK als ein "bewährter Mitkämpfer" (ebenda) gewürdigt. Es heißt dort weiter:

"Obschon von geschwächter Gesundheit, litt es den wackeren, treudeutschen Mann bei Ausbruch des Krieges nicht länger daheim und als Oberstabsarzt der Landwehr zog er mit ins Feld, bis die ihm mit dem Eisernen Kreuz gelohnten Überanstrengungen des Dienstes und die Strapazen des Feldzuges seiner Tätigkeit und nunmehr seinem Leben ein Ziel gesetzt haben" (ebenda).

#### 6.1.4. Prof. Dr. Walther FELIX (1860-1930)

Der Anatom Walther FELIX war im Jahre 1890, aus Würzburg kommend, Prosektor am anatomischen Institut der Universität Zürich geworden (vgl. BAUMGARTNER 57, S. 2). Dort lernte er die zwei Mediziner Dr. Adolf Eugen FICK und Dr. Otto LUBARSCH, wie er Reichsdeutsche, kennen.

Diese drei Männer verfaßten die beiden Aufrufe, die zur Grün-

dung des ADV führten. Obwohl diese Tatsache in der Monographie von Carl BAUMGARTNER (ebenda) unerwähnt bleibt und auch Otto LUBARSCH in seinen Erinnerungen schreibt, daß Walther FELIX "...nie hervorgetreten..." (LUBARSCH 120, S. 532) sei, so war FELIX doch seit der Gründung des ADV bis mindestens zum Jahre 1905 Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV (WERNER 160, S. 32; siehe TABELLE 6, S. 46). Aber auch 1908 findet er Erwähnung als aktives Mitglied der Ortsgruppe Zürich in den Alldeutschen Blättern bezüglich einer mit Dr. A. E. FICK zusammen geäußerten Kritik an einer Veröffentlichung des Deutschen Kaisers (ANONYMUS 16, S. 447).

BAUMGARTNER schildert in seiner Arbeit FELIX als gestrenges Familienoberhaupt mit Sinn für Korrektheit und Pünktlichkeit, würdevoll, fast preußisch (vgl. BAUMGARTNER 57, S. 8). Er schreibt weiter:

"...er war ein deutscher Professor, wie man ihn sich vorstellt. Obwohl er seit 1890 in der Schweiz lebte, sprachen er und seine Frau kein Wort Schweizerdeutsch. 1914 teilte er die allgemeine deutsche Kriegsbegeisterung und eilte als Chirurg nach Kempten im Allgäu" (ebenda, S. 8).

"Er bat den Erziehungsrat des Kantons Zürich um Verlängerung des ihm gewährten Urlaubs mit der Begründung, er wolle in diesem Kampf um Deutschlands Zukunft nach Kräften Beihilfe leisten" (ebenda, S. 2).

Seinen Militärdienst als Oberstabsarzt im Reservelazarett Kempten stellte er dabei als Vorteil für seine Tätigkeit am anatomischen Institut heraus, danach

"...habe er 'wohl niemals wieder Gelegenheit, das was er in topographischer Anatomie und im chirurgischen Operationskurs seinen Schülern vortrage, an der Hand eines reichen Materials nachprüfen zu können'" (FELIX 68, zitiert nach BAUMGARTNER 52, S. 2).

Aus seinem Brief aus Kempten vom 4.12.1914 an seine Mitarbeiterin Fräulein Dr. Hedwig FREY geht hervor, daß er im I. Weltkrieg "...dem Kampf um unsere germanische Kultur..." (FELIX 69, zitiert nach BAUMGARTNER 57, S. 21) sah.

"Hier bricht eben das echte Nationalgefühl durch, das sich auf der Gemeinsamkeit der Sitte und Sprache aufbaut und nicht auf politische Verhältnisse" (ebenda).

#### 6.1.5. Prof. Dr. Otto LUBARSCH (1860-1933)

Otto LUBARSCH war seit dem 15. Juni 1889 Assistent im pathologischen Institut Zürich. Im Juni 1890 erfolgte seine Zulassung als Privatdozent (vgl. LUBARSCH 120, S. 46 und 63), kurz bevor er mit FICK und FELIX, zu denen ein inniger Kontakt bestand (vgl. ebenda, S. 55), und dem Buchhändler MÜLLER den ersten Aufruf "Deutschland, wach auf" verfaßte. Über die Ziele der Begründer des ADV schreibt LUBARSCH:

"Wir wollten in ihm ein Gegengewicht schaffen gegen die sprunghafte, auf äußere Augenblickserfolge hinielende Politik des Kaisers, und wir wollten alle Bestrebungen zusammenfassen und stützen, die Deutschland einen gleichberechtigten Platz an der Sonne zu verschaffen bezweckten. ...der unerschöpfliche Lebenswille des deutschen Volkes.., der ihm aber erst selbst zum Bewußtsein gebracht und gestärkt werden mußte" (ebenda, S. 533) sollte den Verlust BISMARCKs ersetzen. "Unser Ziel war es, das Volk vom rein materialistischen Streben auf Ideale wieder hinzulenken und zu tatkräftiger Anteilnahme vor allem an der äußeren Politik zu erziehen" (ebenda).

Im Gegensatz zu Walther FELIX und Adolf E. FICK beteiligte sich LUBARSCH weder im Geschäftsführenden Ausschuß noch im Vorstand des ADV:

"...ich habe bald die Mitgliedschaft aufgegeben - durch Zufälligkeit - und sie nachher nicht wieder erneuert, weil mir manches an dem öffentlichen Wirken des Verbandes und eines Teiles seiner Führer nicht günstig für die Erreichung ihrer Ziele erschien" (ebenda, S. 532f).

Er wäre wohl später aufgrund seiner jüdischen Abstammung und des wachsenden Antisemitismus innerhalb des ADV nicht wieder aufgenommen worden. Das wollte LUBARSCH so wahrscheinlich nicht sehen, weil er sich von der jüdischen Gemeinschaft völlig losgesagt hatte und selber starken Antisemitismus besonders gegen die Ostjuden auch öffentlich zum Ausdruck brachte, weshalb er des Renegatentums bezichtigt wurde (vgl. ebenda, S. 540 ff; vgl. auch URNER 156, S. 532).

Er war jedoch Mitglied des Deutschen Flottenvereins, des Deutschen Ostmarkenvereins und der Deutschen Kolonialgesellschaft (vgl. DEGENER 66, S. 860f), die alle drei dem ADV sehr nahe standen.

Während des I. Weltkrieges trat LUBARSCH der Deutschen Vater-

landspartei und dem "unabhängigen Ausschuß für den Deutschen Frieden" bei, weil er deren Forderung nach dem deutschen "Siegfrieden" zustimmte (LUBARSCH 120, S. 536 und 308). Zu den Ereignissen nach dem Kriegsende, die bei ihm zu einem seelischen Zusammenbruch führten, schreibt der kaisertreue LUBARSCH in seinen Erinnerungen:

"Daß ich den Umsturz als Unglück betrachte und den daraus entstandenen Staat mit leidenschaftlicher Abneigung gegenüberstehe, ...ist...meiner näheren Umgebung ebensowenig verborgen geblieben..." (ebenda, S. 537).

Er wurde danach sofort aktives Mitglied der Deutsch-Nationalen Partei und Vorsitzender des berufsständischen Reichsausschusses deutschnationaler Hochschullehrer (vgl. ebenda, S. 536f). Seine "Anteilnahme an der Politik" (ebenda, S. 529) wurde schon während des deutsch-französischen Krieges geweckt:

"War schon...seit frühester Jugend meine Grundstimmung die einer begeisterten Liebe für das Preußentum und die großen Preußenkönige, so wurde sie noch verstärkt durch meinen mehrfachen längeren Aufenthalt im Ausland, in Italien und der Schweiz, wo ich westlichen Parlamentarismus und fortschrittene Demokratie aus eigenster Anschauung kennenlernte und die letzten Reste einer Hinneigung zu parlamentarischer und demokratischer Verfassung von mir abstreifte" (ebenda, S. 530f).

Die Gründung des ADV war die erste politisch motivierte Aktivität LUBARSCHS, die für ihn, das gilt auch für seine späteren Tätigkeiten und Mitgliedschaften in den oben erwähnten Vereinigungen (vgl. ebenda, S. 535), jedoch keinen politischen Charakter hatte, sondern nur das deutsche Volkstum stärken und die Einheit des Deutschen Reiches unter der Führung des deutschen Kaisers festigen sollte. Sah er im "...Parlamentarismus in erster Linie Hemmschuh und Zeitvergeudung..." (ebenda, S. 267), so erhöhte sich seiner Meinung nach

"...mit Zunahme des völkischen Bewußtseins und dem zielbewußten Streben nach einheitlichem Volksleben und -staat die Kräfte der Deutschen auf allen Gebieten..." (LUBARSCH 122, S. 28).

Auf dem Gebiet der Wissenschaft, so führte LUBARSCH, damals Ordinarius für Pathologie an der Kieler Christian-Albrechts-Universität, in seiner Rede zum Geburtstag des Kaisers 1916 aus, sei der

"... Vorsprung der Deutschen Ausdruck des Einflusses des Volkstums auf die Wissenschaft... Umgekehrt hat aber auch die Wissenschaft in Deutschland einen gewaltigen Einfluß auf das gesamte völkische Leben gewonnen, ..." (ebenda).

Im Laufe der Jahre hatte sich in LUBARSCH eine feste völkische Weltanschauung entwickelt, für die er sich gegen die neue Weimarer Republik politisch einsetzte. Den Kapp-Putsch im März 1920 hielt er wegen der ungenügenden Vorbereitung für ein Verbrechen, billigte ihn aber, weil er

"...aus uneigennütigen Beweggründen und in der Hoffnung ins Werk gesetzt, endlich mal Ruhe und Ordnung in Deutschland zu schaffen,..." (LUBARSCH 120, S. 348)

durchgeführt worden sei. Daher verhalf er Wolfgang KAPP zu seiner Flucht nach Schweden (vgl. ebenda, S. 348f).

Das ist ein besonders deutliches Zeichen dafür, wie eng der Kontakt LUBARSCHS zur völkischen Bewegung und zu deren Kreisen war.

## 6.2. DVSTB

### 6.2.1. Ludolf HAASE

HAASE hat schon als Schüler an wöchentlichen Lesungen aus dem Buch "Der Kampf gegen das Judentum" des Arztes Dr. STILLE, eines Mitglieds der antisemitischen Deutsch-Sozialen Partei, in Hannover teilgenommen (HAASE Q 27, S. 101).

Dabei handelt es sich um den Geheimen Sanitätsrat Dr. Gustav STILLE, geb. 1845, der am 7. Februar 1920 verstorben ist (vgl. ANONYMUS 32, S. 31). Dieser war ein bekannter niederdeutscher Schriftsteller und, wie es heißt, Förderer der antisemitischen Bewegung, langjähriger Mitarbeiter der Deutsch-Völkischen Blätter und "...einer der ältesten deutschvölkischen Vorkämpfer..." (ebenda).

HAASES eigenen Worten zufolge haben ihm STILLES Buch, das er im Bücherschrank seines Vaters aufgestöbert hatte, und die eigene Beobachtung die Augen über das Judentum geöffnet (vgl. HAASE Q 27, S. 101).

"Und nun fiel auch der letzte Schleier vor den Augen: mit-

ten unter uns lebte ein Todfeind, ein Träger körperlicher und seelischer Verpestung, ein Verbreiter politischer, kultureller und wirtschaftlicher Bolschewisierung, den er als 'göttlichen Auftrag' ansah! Ein Krankheitsherd... Am 24.1.1919, dem 1. Tag im Zivilleben, begann der Verfasser, politisch aktiv zu werden;..." (ebenda, S. 102f).

Er verteilte in Hannover antisemitische Flugblätter, klebte antisemitische Plakate an und schloß sich einem "Zeitfreiwilligenbatallion" an (ebenda, S. 106; vgl. NOAKES 127, S. 22). Erst kurze Zeit Student in Göttingen, wurde er als Mitglied des DVSTB "...1920 in die Leitung gewählt..." (HAASE Q 27, S. 108) und übernahm im Frühjahr 1921 den Vorsitz dieser Göttinger Ortsgruppe des DVSTB (vgl. ebenda, S. 799 und FRANZ-WILLING 91, S. 212). "Aber auch HAASE vermochte der allzu bürgerlichen Organisation keinen aktivistischen Schwung zu verleihen, ..." (LOHALM 119, S. 324). "He worked for a short time with KUNZE's Deutsch-Sozialer Partei" (NOAKES 127, S. 22; vgl. HAASE Q 27, S. 111). Aber:

"Als HAASE die ersten Nachrichten von einer antisemitischen national-sozialistischen Arbeiterpartei in Bayern erhielt, reiste er im Sommer 1921 nach München, um sich selbst zu informieren. Von München zurückgekehrt, begann er sogleich unter seinen Bundesfreunden die ersten Anhänger für die NSDAP in Göttingen zu sammeln" (LOHALM 119, S. 324; vgl. HAASE Q 27, S. 111).

Er beteiligte sich am 7./8. Februar 1922 mit elf anderen an der Gründung der Göttinger NSDAP (vgl. FRANZ-WILLING 91, S. 212). "Über Haases Freund Hermann Fobke, der zusammen mit Hitler in Landsberg inhaftiert war, bestand auch eine regelmäßige Verbindung zu diesem" (HÜTTENBERGER 102, S. 15).

HAASE blieb auch während der Verbotszeit der NSDAP für diese im Geheimen aktiv, obwohl er "...einen elitären und antiparlamentarischen Kurs" (ebenda, S. 23) betonte, der mehr dem DVSTB als der NSDAP entsprach. Die Weimarer Republik lehnte er als einen "Judenstaat" ab (HAASE 94 in JOCHMANN 104, S. 62). Letztendlich verschrieb sich HAASE dann doch vollkommen den nationalsozialistischen Zielen und wurde von 1927 bis 1928 Gauleiter der NSDAP des Gaues Hannover-Süd (vgl. HÜTTENBERGER 102, S. 224). Er schied 1928 wegen Krankheit aus (vgl. HAASE Q 27, S. 816).

### 6.2.2. Dr. Wilhelm ROHMEDER

ROHMEDER gehörte dem ADV schon seit seiner Gründung an (vgl. WIDENBAUER, G. 163, S. 183f). Schon 1893 war er innerhalb der Leitung der Münchener Ortsgruppe aktiv (vgl. W., G. 162, S. 112). Als Gründer der Münchener Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Schulvereins (1881) setzte sich ROHMEDER für eine Koordinierung von Spenden an deutsche Schulen im Ausland mit dem ADV ein (vgl. ROHMEDER 142, S. 97). Im Rahmen seiner Arbeit für den Verein für das Deutschtum im Ausland bereiste er regelmäßig jedes Jahr die "...von Welschen und Slawen bedrohten ..." (W., G. 162, S. 111) Außenbezirke des Deutschen Reiches, um sich "...von deren völkischer Not...persönlich ..." (ebenda) zu überzeugen, wie es in der Laudatio zu seinem 85. Geburtstag heißt.

Sein besonderes Interesse galt Südtirol. Zwischen 1903 und 1926 wurden zahlreiche Artikel von ROHMEDER über die "Kraftprobe zwischen Deutschtirol und Welschtirol" (ROHMEDER 143, S. 102) in den Alldeutschen Blättern veröffentlicht. Er erarbeitete ein alljährlich neu erscheinendes Verzeichnis von "Gaststätten in den sprachlichen Grenzgebieten Südtirols, welche deutschen Reisenden zu empfehlen sind" (ROHMEDER 145, S. 167). Ausschließlich von nationalen Gesichtspunkten geleitet (vgl. ebenda), sollte es "...solchen deutschen Reisenden dienen, welche auch in der Fremde ihrer völkischen Pflichten bewußt bleiben..." (ROHMEDER 146, S. 186) und vermeiden helfen, "...völkischen Gegnern...deutsches Geld zuzutragen oder, mittelbar und selbst unmittelbar, deutschfeindliche Unternehmungen und Belangen zu fördern..." (ebenda).

Dieser Mann "kerndeutscher Gesinnung" (W., G. 162, S. 111) war Mitbegründer des Deutschbundes, des Deutschen Wehrvereins, der Thulegesellschaft, des Andreas-Hofer-Bundes, der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft und des Völkischen Schutz- und Trutzbundes (vgl. WIDENBAUER 163, S. 184).

"Im September 1919 entstand in München auch eine allgemeine Ortsgruppe des Schutz- und Trutzbundes, deren Leitung der führende Hammerbündler ROHMEDER übernahm" (LOHALM 119, S. 291). Am 23.10.1919 hielt der erste Vorsitzende ROHMEDER einen "rein sachlichen" Bericht mit dem Thema: "Die Parteien in der Na-

tionalversammlung und die Judenfrage" (Q 29), der deutlich antisemitischen Charakter zeigte. Zu weiteren Vorgängen in München in Zusammenhang mit der von ROHMEDEr geführten Ortsgruppe des DVSTB verweisen wir auf LOHALM (LOHALM 119, S. 291-294).

ROHMEDEr und seine Mitstreiter "...pfl egten den Bund gleichsam als politischen Stammtisch auch über das Jahr 1922 fort"(ebenda, S. 302). Aber wie viele Münchener Anhänger des Schutz- und Trutz-Bundes unterlagen auch die Honoratioren, unter ihnen ROHMEDEr als völkische Integrationsfigur, "...der Faszination der Person Adolf Hitlers, der festeren politischen Programmatik und der strafferen und erfolgreicherer Organisation der NSDAP..." (ebenda, S. 302) und wechselten über.

#### 6.2.3. Dr. Otto HELLMUTH

Nachdem HELLMUTH, geboren im Jahre 1896, als Kriegsfreiwilliger im I. Weltkrieg viermal verwundet und mehrfach ausgezeichnet worden war, nahm er nach Kriegsende das Studium der Zahnheilkunde in Freiburg auf. Dort "...wurde er zu Beginn des Jahres 1920 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes" (FLADE 87, S. 37; vgl. Q 30).

Allerdings rühmte sich HELLMUTH 1933, schon 1919 antisemitische Flugblätter verteilt zu haben (vgl. ANONYMUS 53).

Nach Beendigung des Studiums in Würzburg und der "...Promotion zum Dr. med. dent. ließ sich Hellmuth in Marktbreit nieder" (FLADE 87, S. 37). Dort wurde er der "Hauptmacher" (ANONYMUS 37, zitiert nach FLADE 87, S.41) des DVSTB.

HELLMUTH machte in der Folgezeit seine Praxis zum Ausgangspunkt seiner agitatorischen Tätigkeit. Seine Schwestern Hedwig und Rosa erinnerten sich 1937 in der "Mainfränkischen Zeitung":

"Unsere Wohnung war das reinste Parteibüro und jeder Patient und sonstige Besucher bekam Flugblätter in die Hand gedrückt. Am liebsten hätte man allen den Wortlaut eingetrichtert" (ANONYMUS 56, zitiert nach FLADE 87, S. 101).

Die Praxisarbeit des Zahnarztes scheint unter der Tätigkeit des Politikers HELLMUTH immer mehr gelitten zu haben, denn im Anzeigenteil des "Marktbreiter Wochenblattes", das bis 1924



bestand und eines der ältesten völkischen Kampfblätter Bayerns war, veröffentlichte er häufig, an welchen Tagen seine Praxis geschlossen sein würde (HELLMUTH 98).

So berichteten auch HELLMUTHs Schwestern 1937:

"Oft war die Praxis unseres Bruders geschlossen wegen Gerichtsverhandlungen, denn es regnete Prozesse, einmal 17 zu gleicher Zeit. An solchen Verhandlungstagen wurde nichts gekocht, die ganze Familie war im Amtsgericht" (ANONYMUS 56).

Zunächst als Kreisleiter von Unterfranken (LOHALM 119, S. 301 und 427 - Anm. 39) aktiv, wurde HELLMUTH in Anwesenheit von Hauptgeschäftsführer ROTH zum Gauleiter von Nordbayern anlässlich des "Fränkischen Tages" in Marktbreit am 14. und 15. April 1923, der mit dem Gautag des DVSTB Nordbayern verknüpft war, ernannt (vgl. ebenda S. 278 und FLADE 87, S. 54). Als Mitarbeiter und späterer Chefredakteur des "Marktbreiter Wochenblattes" war HELLMUTH für die antisemitischen Hetzkampagnen verantwortlich, die am 23.10.1923 sogar im Aufruf zum Judenmord und Niederbrennen jüdischer Synagogen gipfelten (vgl. FLADE 87, S. 46 und 49).

HELLMUTH, der schon 1922 Mitglied der NSDAP (vgl. Q 30) wurde, schuf sich an demselben Tag, an dem er Gauleiter des DVSTB wurde, "...einen eigenen Wehrverband, den 'Bund Frankenland', und vieles deutet darauf hin, daß Hellmuth sich damit sowohl von der NSDAP als auch vom Schutz- und Trutzbund abzusetzen versuchte" (FLADE 87, S. 54). Da ihm die antidemokratische Propaganda-Arbeit des DVSTB, der zu der Zeit inzwischen fast im ganzen Reich verboten war, offenbar nicht genügte (vgl. ebenda, S. 56), schloß er sich mit dem "...Sturmtrupp 'Frankenland', der bald viele Mitglieder der Trutzbund-Ortsgruppen anzog" (ebenda, S. 54), der von Hermann EHRHARDT in Bayern geschaffenen Dachorganisation von "vaterländischen" Kampfverbänden an, der unter anderem die in "Bund Wiking" umbenannte geheime "Organisation Consul" und der "Bund Blücher", eine Abspaltung vom "Bund Oberland", angehörten (vgl. ebenda, S. 56).

Nach dem HITLER-Putsch wandte er sich jedoch wieder von EHRHARDT ab,

"...als er erkennen mußte, daß dieser wegen seiner Weigerung, am Hitler-Putsch teilzunehmen, sein Kapital bei vielen Völkischen verspielt hatte....Die Kehrtwendung des Zahnarztes fand im Juli 1924 bei einem 'Deutschen Tag' in

Marktbreit ihren sinnfälligen Ausdruck. In Anwesenheit des Hitler-Intimus Ernst Röhm übergab er 'Frankenland' an Erich Ludendorff...einer derjenigen, die das durch die Festungshaft Hitlers entstandene Vakuum an der Führungsspitze der völkischen Bewegung ausfüllten" (ebenda, S. 60f).

Auch bei der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth wird HELLMUTH 1924

als "HITLER-treu" bezeichnet (Q 31). Allerdings: "Bis gegen Ende 1925 behauptete HELLMUTH sich mit seiner deutschvölkischen Organisation, ... Bund Frankenland..., ehe er...seine Anhänger der NSDAP zuführte" (LOHALM 119, S. 279).

Etwas im Dezember 1925 erfolgte auch sein Wiedereintritt in die NSDAP (vgl. ebenda) - Nr. 22815 zwischen September 1925 und Januar 1926 - (vgl. HÜTTENBERGER 102, S. 214; HÜTTENBERGER drückt sich ungenau aus, wenn er schreibt, HELLMUTH sei erst 1926 in die NSDAP eingetreten; vgl. dazu auch Q 30).

Er wurde von HITLER zum Leiter des Gaus "Unterfranken" ernannt, der ab 1931 in "Mainfranken" umbenannt wurde (vgl. HÜTTENBERGER 102, S. 79). Parallel dazu war er 1928 bis 1932 Abgeordneter des Bayerischen Landtages (Q 30). Er gehörte seit 1933 dem Reichstag an und erhielt in demselben Jahr die Funktion des Regierungspräsidenten von Unterfranken und Aschaffenburg (vgl. HÜTTENBERGER 102, S. 214 und Q 30).

1935 wurde HELLMUTH, auch Mitglied des Führerrates des Reichsverbandes deutscher Zahnärzte, von der deutschen Zahnärzteschaft zum Ehrenmitglied ernannt. In dem Artikel der "Mainfränkischen Zeitung" "Eine Ehrenurkunde für unseren Gauleiter" wird eine Veröffentlichung HELLMUTHs aus einer Sondernummer der "Zahnärztlichen Mitteilungen" zitiert, die folgendermaßen lautet:

"Der neue Geist des Dritten Reiches setzte an Stelle der bisherigen bürgerlich-akademischen Ordnung unseres Berufslebens die nationalsozialistische Standespolitik der Zahnärzteschaft....An Stelle von Parteienhaß, Klassenkampf und Standesgezänk trat die vom Führer ideal geformte Volksgemeinschaft und Einheit..." (ANONYMUS 54).

In einem anderen Artikel der "Mainfränkischen Zeitung" wird der Gauleiter HELLMUTH dafür gelobt, daß er "fliegende Zahnstationen für zahnärztliche Notstandsgebiete ins Leben gerufen hat (vgl. ANONYMUS 55).

Von 1942 bis 1945 war er Reichsverteidigungskommissar. 1947

wurde er zu lebenslänglicher Haft verurteilt, aber schon 1954 wieder entlassen. Im Jahre 1967 starb er (vgl. HÜTTENBERGER 102, S. 214).

## 7. ANZIEHUNGSKRAFT DES ADV UND DES DVSTB AUF ÄRZTE UND ZAHNÄRZTE

### 7.1. ADV

Am 6. Januar 1911 erklärte Dr. A. E. FICK in seinem Vortrag "Zwanzig Jahre alldeutsche Arbeit, Erfolge und Noch-Nichterfolge":

"Die Sozialdemokraten versprechen ihren Gläubigen den Himmel auf Erden, die Ultramontanen vorsichtigerweise einen Himmel im Jenseits; die Freisinnigen versprechen Volksrechte zu erwerben, die Konservativen versprechen Standesvorrechte zu 'konservieren'; wir versprechen unsern Angehörigen - - nichts, als Mühe, Arbeit, Geldopfer, und Kämpfe. Das Gute, was aus unserer Arbeit herauswachsen kann, kommt nicht einzelnen Ständen, Parteien oder gar Personen zu Gute, sondern nur dem Volksganzen, ..." (FICK 79, S. 8).

Wie wir gesehen haben, waren Ärzte und Zahnärzte zu einem nicht unerheblichen Prozentsatz (zwischen 8 und 20 %) in den einzelnen Organisationsebenen des ADV vertreten (siehe S. 51). Es stellt sich nun die Frage, aus welchen Gründen sich Ärzte und Zahnärzte im ADV aktiv oder passiv beteiligten trotz dieser für den einzelnen wenig attraktiven Versprechungen, die der ADV laut FICK nur machen konnte.

Es hat sicher mehrere Gründe gegeben, die Ärzte und Zahnärzte dazu bewogen, dem ADV beizutreten.

#### 7.1.1. Wirtschaftliche Gründe

Ein Grund könnte ein direkter wirtschaftlicher Vorteil gewesen sein, den sich dieser Personenkreis von der Mitgliedschaft im ADV versprach. In den Versammlungen bot sich die Möglichkeit, dadurch, daß man die anderen Mitglieder kennenlernte, sich neue Patientenkreise zu erschließen. Denn das Gros der ADV-Mitglieder gehörte, wie WERNER und CHICKERING (vgl. WERNER 160, S. 62; CHICKERING 64, S. 129) festgestellt haben, vornehmlich dem gut-situierten und gebildeten Mittelstand an und war damit zum größten Teil noch nicht in das Netz der gesetzlichen Krankenversicherung eingespannt. Das heißt, mit diesen Personen

konnten die Ärzte und Zahnärzte noch Honorare nach dem alten Prinzip vereinbaren. Hatte man viele solcher Patienten, konnte die Gefahr, in die Abhängigkeit der Krankenversicherungsträger zu geraten, gering gehalten werden.

Durch die Leitung einer Ortsgruppe oder durch Vorträge innerhalb von Ortsgruppen-Versammlungen hatten einige Ärzte und Zahnärzte die Möglichkeit, ihre Popularität wiederum auch innerhalb dieser bestimmten Bevölkerungsschicht eines Ortes zu steigern. Eine weitere Möglichkeit der Werbung nutzten Ärzte und Zahnärzte durch Anzeigen in den Alldeutschen Blättern, z. B. der Zahnarzt Dr. LERCHNER (LERCHNER 112, S. 194).

#### 7.1.2. Gesellschaftliche Gründe

In kleineren Orten könnte auch das Moment ausschlaggebend gewesen sein, daß Ärzte und im geringeren Maß Zahnärzte zu den angeseheneren Bürgern, den Honoratioren (vgl. CHICKERING 64, S. 111), gehörten und in ihrem Bekannten- und Freundeskreis sich aus dem Selbstverständnis der gehobenen Mittelschicht als Hüter und Beschützer der deutschen Kultur (vgl. ebenda) ein Bewußtsein entwickelt hatte, sich für die Stärkung des Deutschtums und der Volksgemeinschaft einzusetzen, so daß es quasi zum guten Ton gehörte, der örtlichen Gruppe des ADV anzugehören und gegebenenfalls führende Posten zu übernehmen.

Von entscheidender Bedeutung für die Anziehungskraft des ADV auf Ärzte und Zahnärzte vor dem I. Weltkrieg war jedoch die Tatsache, daß nach Meinung der führenden Köpfe des ADV den gebildeten Honoratioren die Rolle der Elite innerhalb der Volksgemeinschaft zustand. Qualifiziert durch ihre akademische Ausbildung hielten sie die Gebildeten für die Pfeiler der Volksgemeinschaft und für die geistigen Führer des Volkes. Diese wären unabhängig in ihrer Urteilsfindung, ständen aber andererseits beispielhaft loyal zu den nationalen Interessen (vgl. CHICKERING 64, S. 116f).

Ein typischer Vertreter der im ADV vorherrschenden Geisteshaltung war einer der Begründer, der Augenarzt Dr. A. E. FICK. Er formulierte den Anspruch dieser geistigen Elite des Volkes auf Mitbestimmung und Mitgestaltung innerhalb des deutschen Kaiser-

reiches in Fragen nationalen Interesses auf einer Ortsgruppensitzung in Zürich am 21.12.1908 folgendermaßen:

"Mit Hurrarufen und byzantinischem Schweifwedeln ändere man die Verhältnisse nicht und wenn wir auch im Krieg gehorsam und stramm unsern Mann stellen, so wollen wir uns doch im Frieden den Mund nicht verbinden lassen, sondern getreu dem Grundsatz leben, daß die erste und heiligste Bürgerpflicht die ist, für das Vaterland einzutreten und Stellung zu nehmen, wenn die vaterländischen Interessen bedroht sind, ganz gleichgiltig, von welcher Seite die Gefahr kommen mag" (ANONYMUS 16, S. 447).

#### 7.1.3. Bedrohung der Freiheit und Unabhängigkeit

Die Tugend der Uneigennützigkeit und der Nimbus der parteiichen Unabhängigkeit hatten eine sehr große Bedeutung für die Attraktivität des ADV. So fühlten sich gerade die freien Berufe zum ADV hingezogen. Dem altruistischen Selbstverständnis des Arzt- und Zahnarztberufes kamen diese Eigenschaften ganz besonders entgegen. CHICKERING schreibt dazu:

"The emphasis on independence, which was calculated to appeal to physicians, pharmacists, architects, and especially to lawyers not in the public employ (all of whom made up about a sixth of the League's local leadership), became an increasingly prominent feature in the League's ideology as the rift with the government grew wider and independence became synonymous with opposition" (CHICKERING 64, S. 117).

Hinzu kam die spezielle Situation, in der sich die Ärzte, später auch die Zahnärzte zum Parlament und zur Regierung seit der Sozialgesetzgebung befanden. Die Einführung und die Ausweitung der Krankenversicherungspflicht für immer größere Teile der Bevölkerung empfanden beide Berufe als Einschränkung, ja als Bedrohung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit. Die kritische Distanz und die Unzufriedenheit gegenüber den Parlamentariern wuchs deshalb stetig.

#### 7.1.4. Direktes Interesse am Programm des ADV

Als viertes Motiv für ein Engagement im ADV käme in Frage, daß die Ärzte und Zahnärzte ein direktes Interesse standespolitischer oder persönlicher Art an den Zielen des ADV gehabt hätten.

ten.

Da der ADV vor dem I. Weltkrieg im allgemeinen wenig Einfluß auf die Regierung ausgeübt hat (vgl. KRUCK 109, S. 11 u. 22), sieht man einmal von der Flottenagitation ab, wären die Parteien im Reichstag die geeigneteren Partner besonders zur Durchsetzung von politischen Interessen der Ärzte und Zahnärzte sowie von Standesinteressen gewesen. Ganz davon abgesehen stützten sich die Standesorganisationen in dieser Hinsicht auf ihre engen Kontakte zur Exekutive, wie oben bezüglich des Zahnärzttestandes bei den Vorbereitungen zur Reichsversicherungsordnung bereits erwähnt (vgl. MARETZKY 123, S. 117).

Ein besonderes persönliches Interesse an den Zielen des ADV als einer Organisation, die sich der Nation im Ganzen, deren Schutz und Stärkung verschrieben hatte, ist vor allem bei den Ärzten und Zahnärzten festzustellen, die sich längere Zeit im Ausland bzw. in den Kolonien des Deutschen Reiches aufgehalten hatten. Dort wurden sie meistens mit dem Kolonialbestreben der anderen europäischen Länder konfrontiert. Ihnen war das Kolonialisierungsbestreben des deutschen Kaisers und der deutschen Regierung im Verhältnis zu den Engländern nicht entschieden genug. Die deutsche Kolonialherrschaft bot den Deutschen in der Fremde nicht genug Schutz, den man sich durch stärkere, schlagkräftigere Truppen erhoffte (vgl. FICK 72, S. 140f und PAGENSTECHER 129, S. 147f). Diese Erwartungen deckten sich mit dem erklärten Eintreten des ADV für eine "...tatkräftige Interessenpolitik in der ganzen Welt, insbesondere Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu politischen Ergebnissen" (WERNER 160, S. 47f).

Dazu ~~muß~~ hinzugefügt werden, daß diese Ideen wiederum durch viele Persönlichkeiten des ADV in die Verbandsarbeit hineingetragen wurden, von denen viele "...bedeutsame Erfahrungen außerhalb Deutschlands" (CHICKERING 64, S. 105) durch Geburt, ausgedehnte Reisen oder Studium im Ausland gemacht hatten, wie Dr. Adolf Eugen FICK und Prof. Ludwig KUHLENBECK (vgl. CHICKERING 64, S. 105). Es taucht in diesem Zusammenhang eine interessante Parallele zur frühen nationalsozialistischen Bewegung auf, in der ebenfalls Grenz- und Auslandsdeutsche in der obersten Führungsschicht eine Rolle spielten (vgl. FRANZWILLING 90, S. 199). KUDLIEN stellt in seinen Untersuchungen

über die frühen nationalsozialistischen Ärzte fest, daß ein nicht ganz unerheblicher Anteil dieser Ärzte aus Grenz- und Auslandsdeutschen bestand (vgl. KUDLIEN 110, S. 37).

Für eine erfolgreiche Kolonialisierung waren neben den Truppenangehörigen und Offizieren, Geschäftsleuten und Siedlern in erster Linie auch die Ärzte unentbehrlich, die Zahnärzte weniger. Als Militär- und Tropenärzte trugen sie wesentlich zum Gelingen der Kolonisation der Länder bei, in denen den Eroberern fremde Gefahren und unbekannte Krankheiten drohten und nicht zuletzt die völlig anderen Klimabedingungen zu schaffen machten. Da die Ärzte notwendigerweise zu einer der für diese Unternehmungen wichtigsten Berufsgruppen zählten, verwundert es nicht, daß 20 % der Vertrauensmänner des ADV im Ausland Ärzte waren (siehe S. 38-40).

Der Kontakt zu den deutschen Ärzten im Ausland war dem ADV offensichtlich sehr wichtig, da die Geschäftsstelle 1905 in den Alldeutschen Blättern die Vertrauensmänner und Freunde aufrief, ihr "...die Anschriften deutscher Ärzte freundlichst mitzuteilen, welche außerhalb des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarn, der Schweiz und der Niederlande ansässig und beruflich tätig sind" (ANONYMUS 12, S. 95).

Diese Ärzte erfuhren vom ADV Bestätigung in ihrem Schaffen und durften sich als "...die vorgeschobenen Posten des Deutschtums im Auslande..." (PAGENSTECHER 129, S. 148) fühlen, wie Sanitätsrat Dr. PAGENSTECHER aus Mexiko sich in einem Artikel der Alldeutschen Blätter 1912 ausdrückte.

Außerdem unterstützte der ADV diese Ärzte in ihrem Einsatz für das "...gemeinsame Ziel..." (KOCH, zitiert nach OLPP 128, S. 5) auch finanziell. So verwendete der ADV mehrere tausend Mark aus der von ihm initiierten Bürensammlung für eine vlämisch-deutsche bzw. alldeutsche Ambulanz auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz. Mehrere Ärzte werden namentlich genannt, die von ihrer Arbeit in diesen Ambulanzen berichten (ANONYMUS 4, S. 271f).



#### 7.1.5. Momentane Begeisterung

Einen weiteren Grund für die Mitgliedschaft im ADV sieht CHICKERING allgemein darin, daß sich bei vielen der Eintritt zufällig aus einer Momententscheidung ergab, später aber nur widerstrebend bestätigt wurde, wenn es um die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen oder ähnliche Pflichten ging. CHICKERING erklärt sich dieses Phänomen folgendermaßen:

"Many people joined the League on the spur of the moment, at the emotional climax of a rally, when membership lists were passed around the room" (CHICKERING 64, S. 110).

Eine Möglichkeit, die auch für die vorübergehende Mitgliedschaft von Ärzten und Zahnärzten nicht auszuschließen ist. Jedoch erklärt es nicht, daß ein so stattlicher Anteil an der Zusammensetzung der einzelnen Gremien des ADV von Ärzten und Zahnärzten gestellt wurde. Denn bei den meisten dieser Personen handelt es sich um langjährige Mitarbeiter, wie z. B. HOPF, HUNSDIEKER, FLITNER, KRETSCHMAR, KUPFERBERG und MEISSENBURG, die nicht nur Zeit und Energie, sondern auch Geld für diese Organisation aufwandten, der sie sich stark verbunden fühlten.

#### 7.1.6. Angst

Um die Anziehungskraft des ADV zu erklären, sind die Kategorien Interesse ("interest"), wirtschaftlicher oder sozialer Vorteil ("advantage") oder vernunftgemäße, rationale Berechnung ("rational calculation"), die üblicherweise herangezogen werden, um eine logische Verbindung zwischen Ideologie und sozialer Realität herzustellen, nicht von ausreichendem Nutzen (vgl. CHICKERING 64, S. 109). CHICKERING schreibt:

"Certainly the concept of interest must be more broadly understood than is commonly the case in Marxist-Leninist historiography. It must comprehend aspirations and concerns that have less to do with profit than with status and social survival, and it must be modified sufficiently to deal with an ideology informed less by calculations of advantage than by anxiety" (ebenda).

"The ideology of the Pan-German League was a vivid vision of fear. The symbolism of the flood, the premonitions of catastrophe, the obsession with enemies, the anxieties

about disorder, about the failure of authority and loss of control, all suggest a view of the world which, if not pathological, was at least psychologically problematic" (ebenda, S. 122f).

Nach sehr eingehenden Forschungen gerade zu diesem Aspekt kommt CHICKERING zu dem Schluß:

"The League's ideology displayed all the standard symptoms that these writers have identified in the 'paranoid syndrome' " (ebenda, S. 124).

Obwohl man das nicht überbetonen sollte, spielte das Psychologische in der geschilderten Form der irrationalen "Ängste" sicher ebenfalls eine nicht unerhebliche Rolle.

Geht man davon aus, daß die Ideologie des ADV verborgene Ängste angesprochen und unbewußten Sehnsüchten zur Befriedigung verholfen hat, so stellt sich die Frage, was gerade Ärzten und Zahnärzten in dieser Zeit bewußt oder unbewußt Angst machte.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß Ärzte sowie auch Zahnärzte als dem gehobenen und gebildeten Mittelstand zugehörig durch den enormen gesellschaftlichen Wandel, den die Industrialisierung mit sich brachte, verunsichert waren und sich in ihrer Autorität bedroht fühlten.

Der technische Fortschritt, der mit der Industrialisierung einherging, veränderte, wie im vierten Kapitel schon beschrieben, die ärztliche und zahnärztliche Tätigkeit ganz erheblich. Besonders die Älteren, die nicht mehr Schritt halten konnten oder wollten, wurden im hohen Maße ihrer Sicherheit und ihres Selbstbewußtseins in der Berufsausübung, wenn nicht bewußt so doch unbewußt, beraubt, zumal ärztliches Können und Erfahrung zum ersten Mal in Konkurrenz mit technischen Geräten stand.

Viel gravierender war jedoch, daß die Ärzte, mit einem Jahrzehnt Verspätung auch die Zahnärzte, den Auswirkungen der Sozialgesetzgebung BISMARCKS gegenüberstanden. Im vierten Kapitel sind wir bereits ausführlich darauf eingegangen, daß die öffentlichen Krankenkassen zu einem nicht unerheblichen Machtpotential anwuchsen, dem sich die Ärzte und Zahnärzte schutzlos ausgeliefert sahen, da ihre Stellung auch in der 1911 erlassenen Reichsversicherungsordnung nicht gesetzlich festgelegt wurde. Die Gefahr, in die völlige Abhängigkeit gegenüber den Krankenversicherungsträgern zu geraten, empfanden viele als unerträglich.

liche Bedrohung. Ihre soziale Stellung sahen sie dadurch bedroht, daß die Krankenkassen nur mit den Ärzten oder Dentisten Verträge abschlossen, die die niedrigsten Honorare verlangten. Sie fürchteten, ihr gesellschaftliches Ansehen als freier Berufsstand würde sinken.

Auf Standesebene hatte es zwar zum Zusammenschluß und zur Aufgabe des Konkurrenzdenkens untereinander geführt, aber die Auseinandersetzung um das Kassenarztrecht zog sich über Jahrzehnte hin und wurde für die Standespolitiker erst im Dritten Reich befriedigend gelöst. Auf der Basis dieser unklaren Verhältnisse konnte sich Unzufriedenheit und Unsicherheit ausbreiten und Emotionen höher schlagen.

So ist zum Teil die Ähnlichkeit der Bildersprache der Standespresse mit der des ADV, wie CHICKERING (vgl. CHICKERING 64, S. 81 f u. 122 f) sie beschreibt, auffallend. Zum Beispiel liest man in den Ärztlichen Mitteilungen 1918 vom "Kampf" und von der "Befreiung von den Fesseln" (PFLEIDERER 132, S. 12) und 1921 von der "...Front der Gegner in den Abwehrkämpfen gegen die erdrückende Macht..." (KATZ 106, S. 548). Demgegenüber steht "...der stählern gehärtete Deutsche..." (ANONYMUS 28, S. 153). Diese Metapher und Umschreibungen kann man in Anlehnung an CHICKERING als Indiz dafür deuten, daß auch manche ärztliche Standesvertreter zu dieser Zeit mehr oder weniger angsterfüllt waren.

Der ADV schien also auch Ärzten und Zahnärzten etwas bieten zu können, außer Mühe, Arbeit, Geldopfern und Kämpfen (vgl. FICK 79, S. 8) - ein Ventil für die Ängste, in Zukunft anonymen Mächten in Form der Krankenkassen ausgeliefert zu sein.

Eine sehr wichtige Funktion in dieser Hinsicht hatten sicherlich auch für Ärzte und Zahnärzte die von vielen Ortsgruppen des ADV veranstalteten regelmäßigen Stammtischrunden, über die in den Alldeutschen Blättern in überschwenglicher Art berichtet wurde.

"...they were arenas in which common experiences, anxieties, and aspirations were articulated, reinforced and preserved in rituals, customs, and other forms of common behavior" (CHICKERING 64, S. 17)

CHICKERING beschreibt es als "Metamorphose", was die Veranstaltungen der ADV-Ortsgruppen in den Mitgliedern und Besuchern

hervorriefen. Sie konnten nach solchen Sitzungen zufrieden und bestärkt von der dort meist herrschenden Einmütigkeit nach Hause gehen, erlöst von individuellen Sorgen und Klassenängsten und gestärkt von einer frischen und mächtigen "...force of national will" (ebenda 64, S. 157).

Das Gefühl der Geborgenheit, nicht alleine dazustehen mit seiner politischen Auffassung, mit seinen Enttäuschungen, Ängsten und Wunschvorstellungen, war offenbar ein wichtiger Grund, gerade auch für Ärzte und Zahnärzte, dem ADV beizutreten und sich innerhalb der Ortsgruppen aktiv für seine Ziele einzusetzen.

## 7.2. DVSTB

Das gegenseitige Sich-Kennenlernen und der Austausch von Erfahrungen war nach den Worten Dr. ROHMEDERS gemäß eines Berichtes über die Ortsgruppenversammlung des DVSTB in München am 23.10.1919 auch der Zweck der Versammlungen des DVSTB (Q 29). Deutlich wird in diesem Bericht beschrieben, wie in dieser Versammlung die Emotionen durch massiv geschürten angeblich "sachlichen" Antisemitismus kanalisiert werden zu Haßgefühlen gegen den gemeinsamen Feind "Alljuda", und wie dabei unter Betonung der Überparteilichkeit die Einigkeit in diesem Kampf beschworen wird (vgl. ebenda).

### 7.2.1. Protest gegen die neue Republik

In dem starken Zulauf, den der DVSTB in der kurzen Zeit seines Bestehens zu verzeichnen hatte, offenbart sich "...ein leidenschaftlicher irrationaler Protest gegen die politischen und gesellschaftlichen Umschichtungen und gegen die militärische Niederlage des Reiches" (LOHALM 119, S. 117).

"Der...völkische Antisemitismus war eine der simpelsten und populärsten Rationalisierungen dieses Protestes. Ihm fielen vor allem die Kreise anheim, deren soziale Positionen durch die politische und gesellschaftliche Entwicklung im besonderen Maße gefährdet waren, die von Deklassierung und Proletarisierung bedroht waren oder aber wie die aus dem Krieg entlassene junge Generation in der neuen politischen und sozia-

len Ordnung keinen ihnen gemäßen Platz zu finden vermochten und in ihr keine Zukunft zu haben glaubten" (ebenda, S. 117f).

Ähnlich wie LOHALM (vgl. ebenda) über den DVSTB, urteilt auch KUDLIEN über die NSDAP (KUDLIEN 110, S. 43), daß die Anziehungskraft dieser Organisationen und des von ihnen vertretenen Antisemitismus nicht allein aufgrund der oben beschriebenen "...ökonomisch-existentiellen Lage..." (ebenda) hier speziell der Ärzte und Zahnärzte nach dem I. Weltkrieg zu erklären ist. So schlossen sich zwar viele der von den Kassen nicht zugelassenen Jungärzte 1926 der "Reichsnotgemeinschaft nichtzugelassener Ärzte" unter der Führung des Privatdozenten F. LEJEUNE (vgl. ebenda, S. 20) an. Aber unter diesen Ärzten waren "...eine ganze Reihe von Frontkämpfern..." (ebenda, S. 49), die vom Krieg geprägt und dadurch leicht für radikale Lösungen zu begeistern waren.

#### 7.2.2. Bestürzung über den machtpolitischen Wandel

Aber auch für viele etablierte Ärzte stellt KUDLIEN fest, "...daß der Ausgang des I. Weltkrieges und die daraus resultierende politische Veränderung in Deutschland..." (ebenda, S. 28) sie "...offenbar geschockt, traumatisiert und in entsprechender Richtung politisiert hat" (ebenda).

PARLOW zählt unter anderem drei Beispiele älterer Ärzte auf, wie diese den Zusammenbruch des Kaiserreiches und die Ausrufung der Weimarer Republik erlebt haben (vgl. PARLOW 130, S. 51). Weil sie recht eindrucksvoll sind, möchten wir sie an dieser Stelle aufführen.

So klagte LUBARSCH in seinen Erinnerungen:

"Es war wohl das erstemal, daß ich ohne körperliche Krankheit fast vollkommen arbeitsunfähig wurde und nur mit Mühe die Institutsarbeit verrichtete, zu Hause aber brütend und erschöpft dasaß und zu jeder Arbeit, ja auch nur jedem Gespräch unfähig war" (LUBARSCH 120, S. 335).

Über seinen Freund, den Anatomen Richard SEMON, schrieb LUBARSCH:

"Man fand ihn auf einer schwarz-weiß-roten Fahne in seinem Bett tot mit einem Herzschuß...Mit ihm...sank von neuem die glanzvolle Kaiserzeit ins Grab" (ebenda, S. 339),

"...der militärische, politische und vor allem moralische Zusammenbruch des deutschen Volkes brachen seine Lebenskraft...in einem Augenblick, wo er zu fühlen glaubte, daß seine Zeit vorüber sei. Ein Ende, um das man ihn beneiden könnte." (LUBARSCH 121, S. 302)

Über den Tod des Tropenarztes BECKER äußerte sich OLPP:

"Die Not des Vaterlandes hatte diesem Patrioten das Herz gebrochen" (OLPP 128, S. 7/8).

Diese Beispiele zeigen deutlich die hohe Emotionalität, mit der solche Ärzte dem Kaiser und ihrem deutschen Vaterland verbunden waren. Bestürzung, Ratlosigkeit und tiefe Resignation über den gesellschaftlichen und machtpolitischen Wandel in Deutschland herrschte nach dem I. Weltkrieg unter solchen Ärzten (vgl. PARLOW 130, S. 51). Sie konnten und wollten sich nicht in die neue Staatsform der Weimarer Republik nach der Niederlage des Deutschen Reiches im I. Weltkrieg einfinden.

### 7.3. Gemeinsamkeiten des ADV und DVSTB

Zusammenfassend kann man feststellen, daß der starke gesellschaftliche Wandel während der Industrialisierung, der mit der Ablösung der konstitutionellen Monarchie durch die parlamentarische Demokratie und der Kapitulation einen Höhepunkt erreichte, zu einer sowohl psychologischen als auch sozialen Verwundbarkeit (vgl. CHICKERING 64, S. 219) des Bildungsbürgertums und damit auch der Ärzte und Zahnärzte führte, die wiederum Angst und Unsicherheit nährte.

Dagegen boten der ADV und der DVSTB eine "geschlossene nationale bzw. völkische Weltanschauung" (ebenda, S. 76). Hinzu kam, psychologisch gesehen, die Geborgenheit einer Gruppe und die Geschlossenheit einer Organisation, wie sie der ADV und der DVSTB darstellten.

Das festgefügte alldeutsche und später völkische Weltbild gab auch Ärzten und Zahnärzten das Selbstbewußtsein nach innen und außen sowie den Halt, den einige, vor allem die langjährig aktiven Ärzte und Zahnärzte in ihrer damaligen Situation, offensichtlich suchten. CHICKERING geht in seiner Analyse noch einen Schritt weiter und entlarvt den "selbstlosen Einsatz" der aktiven Mitglieder des ADV für das Deutschtum als Selbstzweck, um

ein starkes Vaterland sein eigen nennen zu können und damit fehlendes Selbstbewußtsein zu kompensieren (ebenda, S. 127).

"In the eyes of the Pan-Germans, a natural, eternal, and pre-political bond of unity existed among all people born into given ethnic unit..." (ebenda, S. 77)

Sich über aller Parteipolitik stehend selbstlos für das eigene Volk und seine nationalen Interessen einzusetzen, hielten die Mitglieder des ADV und des DVSTB in erster Linie für ihre selbstverständliche Pflicht.

Gerade diese "scheinbare Überparteilichkeit" (SCHWABE 152, S. 109) entband den ADV sowie den DVSTB von dem zur Jahrhundertwende und danach herrschenden Vorurteil, daß Politik, insbesondere parteipolitische Betätigung, unmoralisch sei, und gab der Anhängerschaft das Gefühl, von einem erhöhten Standpunkt aus urteilen zu können.

Unter den deutschen Hochschullehrern, der Elite des Bildungsbürgertums, galt nach den Untersuchungen von Klaus SCHWABE vor dem I. Weltkrieg

"...parteipolitische Betätigung weithin als 'unwissenschaftlich' und damit als suspekt. Statt dessen betrachteten es die Professoren als ihre Aufgabe, über den Parteien zu stehen und zu wirken" (ebenda).

Die angebliche Überparteilichkeit, die "rein patriotischen" Bestrebungen des ADV, vermochten "...die Hemmungen zu verringern..., die die Professoren normalerweise einer politischen Tätigkeit gegenüber empfanden" (ebenda).

Läßt sich diese Feststellung SCHWABES auch auf die Ärzte und Zahnärzte übertragen?

Zieht man ein Resümee aus den Veröffentlichungen der Standespresse beider Stände, so verstanden sie sich beide grundsätzlich als "unpolitisch". "Der ärztliche Beruf hatte von jeher allgemeiner politischer Betätigung ferngestanden" (KATZ 106, S. 548).

Mit dem Urteil: "Ganz besonders scheint die Politik den Arztcharakter zu verderben" (LOEWY-HATTENDORF 118, S. 401) bildet Dr. LOEWY-HATTENDORF keine Ausnahme. Politisches Handeln war also gleichbedeutend mit moralischen Mangel (vgl. SEEMANN 154, S. 17).

Durch den Schein des ADV und des DVSTB, über der Parteipoli-

tik - im Interesse des gesamten Volkes - zu stehen, waren Ärzte und Zahnärzte trotz ihrer Mitgliedschaft in einer der beiden Organisationen in der Lage, dem "Ideal des wahren Arztums", "...unpolitisch zu sein, nur das Wohl der Kranken zu bedenken" (SEEMANN 154, S. 11), weiterhin zu entsprechen. Sie konnten sich im Gegenteil als ADV- oder DVSTB-Mitglied moralisch stärker fühlen, weil sie sich nicht nur um das Wohl der Kranken, sondern um das Wohl des gesamten Deutschen Volkes kümmerten. Der Berliner Arzt Dr. Paul WARNCKE, Vorstandsmitglied des ADV in den Jahren 1904 und 1905, schreibt in einem Artikel der Alldeutschen Blätter, daß

"...das Prinzip unseres politischen Handelns...liebvolle uneigennützigte Betrachtung der Dinge von der höheren Warte des Allgemeinwohls..." (WARNCKE 158, S. 233) sei.

Gerade Uneigennützigkeit bzw. Altruismus ist von jeher ein grundlegender Bestandteil des ärztlichen Berufsethos gewesen (vgl. KATZ 106, S. 548), so daß eine gewisse Parallelität bzw. Affinität zur Psychologie und Ideologie des ADV deutlich wird, in der Selbstlosigkeit und Aufopferung für ein starkes Deutschland eine gravierende Rolle spielten (vgl. CHICKERING 64, S. 122- 130). Diese geistige Haltung ist daher insbesondere Ärzten und Zahnärzten vertraut gewesen und ist somit eine mögliche Erklärung dafür, warum sich Vertreter dieser beiden Berufsstände vom ADV angesprochen gefühlt und für ihn agiert haben.



## 8. POLITISIERUNG DER ÄRZTE UND ZAHNÄRZTE DURCH DEN ADV UND DEN DVSTB

Das Ideal des Unpolitischen blieb nicht nur für die Ärzte und Zahnärzte im ADV und DVSTB unangetastet, weil der scheinbar "selbstlose", übersteigerte Patriotismus dieser beiden Organisationen nicht als politischer Wille einer bestimmten Bevölkerungsschicht begriffen wurde, sondern als "natürliches" Bestreben des gesamten Volkes.

Innerhalb des ADV vollzog sich so eine Politisierung einer Reihe von Ärzten und Zahnärzten ganz unbemerkt und selbstverständlich in die von der Verbandsleitung vorgezeichnete Richtung.

Im Laufe der Jahre wurden sie durch die vom ADV und DVSTB maßgeblich entwickelte völkische Ideologie geprägt.

Ohne sich ihres Chauvinismus als politischer Willensbekundung bewußt zu sein, nahmen sie eindeutig Partei vor allem gegen die, von denen sie sich am meisten in ihrer Freiheit bedroht fühlten: die Krankenkassen, in denen die Vertreter der Arbeiterschaft, meist die Sozialdemokraten, großen Einfluß hatten.

Die Politisierung der Ärzteschaft durch den ADV und andere vaterländische Vereinigungen ging während des I. Weltkrieges sogar soweit, daß die medizinische Fachpresse, wie ein Artikel der "Ärztlichen Mitteilungen" beweist, die Ärzte aufforderte, sich vaterländischen

"...Werbestoff...zu verschaffen, um ihn in ihren Wartezimmern auszulegen oder auch bei den Krankenbesuchen zur Verteilung zu bringen" (ANONYMUS 30, S. 327).

Darunter mag auch Werbematerial des ADV gewesen sein, aber es war sicher nicht, wie PARLOW es darstellt, ausschließlich alldeutsches Material (vgl. PARLOW 130, S. 56).

Es wird jedoch aus diesem Artikel deutlich, wie nahe auch die Standesvertreter dem Gedankengut und der politischen Weltanschauung des ADV und anderer vaterländischer Vereinigungen gestanden haben müssen, so daß die im ADV und später im DVSTB organisierten Ärzte und Zahnärzte nicht als vom Patriotismus und völkischen Radikalismus verblendete Außenseiter anzusehen sind. Berücksichtigt man jedoch den damaligen Unmut in der deutschen Bevölkerung, den die hohen und stark belastenden Reparations-

forderungen der Alliierten nach dem I. Weltkrieg auslösten, so wird diese Annäherung der Standesvertreter an vaterländische Vereinigungen verständlich.

Allerdings haben zahlreiche Ärzte und Zahnärzte, wie wir gezeigt haben, zu einem nicht unerheblichen Teil zur Entwicklung der völkischen Bewegung innerhalb des ADV und des DVSTB, ob politisch bewußt oder unbewußt, beigetragen. Einige der aktiven Ärzte vollzogen in den Zwanziger und Dreißiger Jahren auch den für sie logischen Schritt, sich den Nationalsozialisten unter Adolf HITLER anzuschließen.

War nach unseren Auswertungen der Alldeutschen Blätter und der Handbücher des ADV (Q 2-6) eine spätere Mitgliedschaft in der NSDAP für nur 108 von 255 Ärzten und Zahnärzten, die in den Gremien des ADV aktiv waren, zeitlich möglich, so ließ sich eine solche Mitgliedschaft immerhin für 19 dieser 108 Personen, das entspricht 17,6 %, aufgrund der Unterlagen des Berlin Document Centers, Berlin (Q 32) nachweisen.

Eine Aufforderung der Verbandsleitung des ADV, in die NSDAP einzutreten, wie es VON GEBSATTEL und VON HERTZBERG-LOTTIN für die DVSTB-Mitglieder ausgesprochen hatten (vgl. LOHALM 119, S. 281), gab es unseres Wissens nicht.

## 9. DER WEG DER HEILKUNDE ZUM VOLK

### 9.1. Entwicklung des Rassedenkens im ADV und DVSTB

Die Ideologie des ADV basierte auf den Gedanken der Schriftsteller Joseph Arthur Graf GOBINEAU und Houston Stewart CHAMBERLAIN, die von der unterschiedlichen Wertigkeit der Rassen überzeugt waren (vgl. WERNER 160, S. 82).

Im ADV herrschte die Meinung, die natürliche Auslese im Kampf ums Dasein habe zu einer weißen, germanischen Herrenrasse geführt. Diese gelte es weiter- bzw. höherzuentwickeln und vor der Vermischung mit anderen, weniger wertvollen Rassen zu schützen.

Es waren von Anfang an immer wieder auch Ärzte im ADV, die sich um den "...Mangel an Rassebewußtsein bei uns Deutschen..." (FICK 74, S.425) sorgten. So nahm sich Dr. WARNCKE der "Bastard-Frage in den deutschen Schutzgebieten in Afrika" (ANONYMUS 14, S. 179) an, und sein Kollege Dr. A. E. FICK, dessen Rassegedanken oben bereits dargelegt wurden, bezeichnete Eheschließungen mit Schwarzen als abgrundtiefe Versündigung gegen unsere Rasse (FICK 75, S. 49).

Über "...die Bedingungen der optimalen Erhaltung und Entwicklung einer Rasse..." (RÜDIN 147, S. 11) hat sich als erster der Arzt Dr. Alfred PLOETZ, ein alter Bekannter Dr. A. E. FICKs aus der Züricher Zeit (DOELECKE 67, S. 18), Gedanken gemacht. Er, der von Gerhart HAUPTMANN als "Pangermanist" (HAUPTMANN 96, S. 386, zitiert nach DOELECKE 67, S. 6 und 128) bezeichnet wurde, nach unseren Ermittlungen allerdings kein Mitglied des ADV gewesen ist, war einer der Begründer der auf wissenschaftlichen Grundlagen entwickelten "Rassenhygiene". Er sah zwar in der germanischen Rasse die "hervorragendste Culturasse" seiner Zeit (vgl. DOELECKE 67, S. 64), war aber kein Antisemit und propagierte auch nicht das Ziel einer "Rassenreinheit", das er vielmehr für utopisch und gar nicht erstrebenswert hielt (ebenda, S. 67). Er unterschied sich damit von anderen, die Rassenhygiene im Sinne des arisch-völkischen Rassegedankens verstanden, die Reirhaltung der arischen Rasse verfochten und im Laufe der Zeit immer mehr Einfluß gewannen.

Auch für den ADV trifft zu, was LILIENTHAL im allgemeinen feststellt: "Schnell kamen Bestrebungen auf, die Rassenhygiene mit dem Rassengedanken zu verknüpfen" (LILIENTHAL 116, S. 116). Der im ADV langjährig aktive Arzt Dr. FLITNER aus Weißenfels (Saale) äußerte sich 1913 auf dem Verbandstag in Breslau:

"Die Rassenkunde und Rassenhygiene liegen den Bestrebungen der Alldeutschen außerordentlich nahe" (FLITNER 88, S. 322).

Die Rassenpflege wurde zum fast wichtigsten Gegenstand völkischen Seins und Tuns im ADV (vgl. ebenda).

FLITNER, auch Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, führte in seinem Referat weiter aus:

"Diese auslesende Arbeit der Natur wird aber durch die Überzivilisation bei Kulturvölkern in Frage gestellt. Schwächlinge und unheilbare chronisch Kranke, welche unter natürlichen Verhältnissen, als nicht angepaßt, ausgemerzt würden, werden jetzt durch hochentwickelte ärztliche Kunst, ... geheilt entlassen und erliegen erst ihrem Leiden, nachdem sie einer Reihe von belasteten Nachkommen das Leben gegeben,..." (FLITNER 88, S. 322) haben.

Jedoch ist FLITNER wie PLOETZ der Ansicht, daß "...die Sorge für die Schwachen und Minderwertigen..." (ebenda) aufgrund der christlich germanischen Sittenlehre nicht preisgegeben werden sollte, da die Deutschen dann "...die Konkurrenz mit sozialer denkenden Völkern nicht mehr aushalten und...ausgemerzt werden..." (ebenda) würden.

Könnten FLITNERS Äußerungen bis hierher noch in den Rahmen einer lediglich zivilisationskritisch argumentierenden, nicht rassistisch-wertenden Rassenhygiene passen, so enthüllen die folgenden Anspielungen auf die Einwanderung der Ostjuden, daß er doch auf dem Boden des arischen Rassedankens steht:

"...wir bekommen vom Osten her allerhand minderwertige Gesellschaft ins Land....Gegen allerhand Viehseuchen schützen wir unsere Ostgrenze und die schlimmste Seuche lassen wir herein" (FLITNER 88, S. 324f; vgl. auch WERNER 160, S. 83 ff und LOHALM 119, S. 37f)

Nach dem I. Weltkrieg konzentrierte sich das Rassedenken im ADV mehr und mehr auf die Judenfrage. Der ADV und seine Tochterorganisation, der DVSTB, schürten von nun an den Antisemitismus als Grundpfeiler ihrer völkisch-rassistischen Ideologie, indem sie der Minderheit der Juden die Schuld an sämtlichen

wirtschaftlichen, sozialen und politischen Mißständen in der neuen Republik gaben.

H. SCHEMMEL stellte in den Alldutschen Blättern 1924 die Forderung auf:

"Halte alle fremden Rasseneinflüsse, ganz gleich, ob westischer, semitischer oder sonstiger Art, fern von Deinem Volkstum und scheid sie aus, ..." (SCHEMMEL 148, S. 136).

Die rassenhygienischen Erkenntnisse und die von ihr abgeleiteten Schlüsse wurden insbesondere von alldutschen und völkisch orientierten Ärzten und Zahnärzten auf den Ortsgruppenversammlungen des ADV und DVSTB auch nach dem Verbot des DVSTB in Form von Vorträgen über die Vererbungslehre, Rassenkunde und Volkshygiene verbreitet. Einer dieser Ärzte war Prof. Dr. Hermann STIEVE, Direktor des Anatomischen Instituts in Halle, der 1927 vor der Ortsgruppe Weißenfels über "Die Juden als Volk und Rasse" sprach, ein, wie es in den Alldutschen Blättern heißt, auf "...rein wissenschaftlich, rein jüdisch wissenschaftlichen Quellen..." (ANONYMUS 43, S. 8) gegründeter Vortrag, der nach der Rückreise STIEVES mit dem Gruppenvorsitzenden Sanitätsrat Dr. FLITNER ausgiebig besprochen wurde (vgl. ebenda).

1929 steht in den Alldutschen Blättern über den Vortrag des Bezirksarztes Dr. SIEBERT aus Kronach geschrieben:

"Der...Vortrag will den völkischen Staatsgedanken naturwissenschaftlich unterbauen.... Es entstand durch ihn ein einheitliches Gedankengebäude von der Keimzelle als dem kleinsten bis zum völkischen Staate als dem größten einheitlichen Lebewesen der Menschenwelt und so eine Erziehungslehre zum völkischen Denken" (ANONYMUS 47, S. 24).

Ein anderes Beispiel gibt ein Gauvorsitzender des ADV, Sanitätsrat Dr. MEISENBURG, mit seinem Vortrag: "Kann Deutschland untergehen?" vor der Ortsgruppe Iserlohn 1932. Er beklagt dort "...die Rassenverschlechterung, den Geburtenrückgang und die Zunahme der Minderwertigen" (ANONYMUS 35, S. 63) und zeigt "...geeignete Wege, um den sozialen Untergang des deutschen Volkes zu verhindern" (ebenda).

## 9.2. Rassendenken in der Medizin und Rassenhygiene

Es haben sich jedoch nicht nur die Ärzte im ADV und DVSTB um

die Verbreitung der Rassenhygiene und der arischen Rassenideologie bemüht, so daß politisch "...der nordische Gedanke zu einer weltanschaulichen Grundlage der völkischen Bewegung..." (LENZ 113, S. XIV) wurde. Es war der allgemeine Zeitgeist. So gab es vor allem eine Reihe von Rassenhygienikern, die zwar nicht dem ADV oder DVSTB angehörten, sich jedoch zu Anhängern der völkischen Bewegung im Sinne des ADV und DVSTB entwickelten.

Ihr vorrangiges Interesse galt der praktischen Durchführung ihrer rassenhygienischen Theorien. Dafür wollten sie die Regierung gewinnen. Die Nationalsozialisten, die in den Zwanziger Jahren aufgrund ihres besonders ausgeprägten Aktivismus den ADV (der DVSTB wurde schon 1922 verboten) innerhalb der völkischen Bewegung in den Schatten stellten, kamen den Rassenhygienikern mit ihren Bestrebungen entgegen, so daß Ärzte wie Alfred PLOETZ (RÜDIN 147, S. 2), Philaletes KUHN (KRANZ 107, S. 398) und Arthur GÜTT (PLOETZ 137, S. 279) genauso wie der alldeutsche FLITNER (Q 32) früher oder später Mitglied in der NSDAP wurden. Den ersten Schritt zu einer praktischen Rassenhygiene sahen sie in der ärztlichen Beratung von angehenden Eheleuten. Die freiwillige Sterilisation wollte man ihnen, wenn es als notwendig erachtet wurde, nahe legen. PLOETZ schreibt dazu 1904:

"Wenn keine Schwachen mehr erzeugt werden, brauchen sie auch nicht wieder ausgemerzt zu werden. Dadurch würden die Mittel geschaffen, die gesellschaftshygienische Forderung des Schutzes Aller und damit die humanitären Ideale der altruistischen Religionen und politischen Systeme einer allmählichen glänzenden Verwirklichung näher zu führen, während ihr heute noch die Erhaltungsnot der Rasse entgegensteht" (PLOETZ 133, S. 26, vgl. auch PLOETZ 136, S. 130-132).

Außerdem sollten sich gerade die oberen und nach oben strebenden Familien nicht mehr in "Kinderbeschränkung" üben (vgl. FLITNER 88, S. 323).

Willibald HENTSCHEL entwickelte wie andere auch sogar Ideen zur Menschengzucht. Sein Programm nannte er "Mittgart" (vgl. LÖWENBERG 117, S. 39), das jedoch von PLOETZ als zu unrealistisch kritisiert wurde (vgl. PLOETZ 134, S. 885-895).

Um für die Rassenhygiene

"...bessere Kenntnisse der Vererbungsgesetze mit Rücksicht

auf körperliche Konstitution, auf intellektuelle und moralische Begabung und Charakter..." (PAULSEN 131, S. 165)

zu ermöglichen, schlug der Kieler Arzt Dr. J. PAULSEN um 1915 die Einführung einer "gesundheitlichen Führungsliste" (vgl. ebenda) vor, aus der "...der Wert der ganzen Familie für den Staat zu erkennen wäre" (ebenda).

Die Zwangssterilisierung wurde vor dem I. Weltkrieg und auch in der Weimarer Republik als Maßnahme der Rassenhygiene noch aus moralisch-ethischen Gründen abgelehnt. Die "Ausjätung" bzw. Tötung von "Untüchtigen" und "dauernd Schwachen" (vgl. PLOETZ 135, S. 253-259) wurde von PLOETZ wie von seinem Kollegen Max VON GRUBER, ebenfalls Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, als "unannehmbar" verworfen, "...weil sich dies zum Schaden des menschlichen 'Solidaritätsgefühls' und des 'Altruismus' auswirken würde" (KUDLIEN 111, S. 386, vgl. auch VON MÜLLER 126, S. 251). Denn Altruismus und soziale Tugenden seien, so PLOETZ, "...zur Erhaltung und höchsten Blüte der Gesellschaft notwendig" (PLOETZ 135, S. 256f). Aber "...die gewaltige, unendlich viel weiter ausholende nationalsozialistische Bewegung..." (RÜDIN 147, S. 2) überholte auch PLOETZ, der seinerseits dann Altruismus und notwendige soziale Tugenden über Bord warf und sich im Alter dem Nationalsozialismus zuwandte. So arbeitete er am Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses mit (vgl. DOELEKE 67, S. 102), in dem der nationalsozialistische Staat im Gegensatz zu früheren Gesetzentwürfen an die Stelle einer freiwilligen die Zwangssterilisation bei einer Reihe von als erblich geltenden Krankheiten, Mißbildungen usw. setzte (vgl. PLOETZ und RÜDIN 140, S. 185f).

Ernst RÜDIN, der Schwager von PLOETZ, schrieb über ihn:

"Selbst von nordischer Herkunft, liebte er seine Rasse über alles und war fest überzeugt davon, daß nordische Rasse Größtes nicht bloß in der weiten Welt überhaupt erzeugt hat und erzeugen wird, sondern daß auch Deutschland mit dem nordischen Einschlag stehen und fallen wird" (RÜDIN 147, S. 2)

PLOETZ soll nach RÜDIN felsenfest

"...an die zielbewußte Führung Adolf Hitlers, an dessen heilige, nationale und internationale rassenhygienische Mission..." (ebenda, S. 4) geglaubt haben.

Der Mediziner Dr. Philaletes KUHN war einer der ersten, die rassenhygienische Forderungen in die Tat umsetzten. KUHN "...schloß sich der Gesellschaft für Rassenhygiene..." (PLOETZ 139, S. 91) schon im Gründungsjahr 1905 an (vgl. KRANZ 107, S. 398)

"...und wurde einer der Mitbegründer des von PLOETZ ins Leben gerufenen Nordischen Ringes, dessen Mitglieder zwar dem Staate bekannt waren, dessen Tätigkeit aber aus allgemein nationalen Gründen nicht öffentlich hervortrat" (PLOETZ 139, S. 91).

KUHN, der als Mitglied der deutschen Schutztruppe einige Jahre in Südafrika verlebt hatte, "...wirkte besonders für die Übersiedlung von Frauen und Mädchen nach Südwestafrika gemäß rassenhygienischen Grundsätzen" (ebenda).

"Mit dem Ausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft arbeitete er besonders für die Gründung...eines Mädchenheimes in Keetmannshoop" (FETSCHER 70, S. 1391).

Es handelte sich um ein Übergangsheim, das den Sinn hatte, deutsche Ehen in Übersee bei dem dort bestehenden Frauenmangel zu fördern.

"Zu einer ersten eugenischen Organisation wurde diese Förderung der Auswanderung deutscher Mädchen dadurch, daß unter ihnen eine Auslese getroffen wurde" (ebenda).

Anfang 1920 als Direktor des Hygienischen Institutes der Technischen Hochschule Dresden gründete KUHN eine Eheberatungsstelle (vgl. PLOETZ 139, S. 92) und trat für eine "...staatlich geregelte Ehevermittlung..." (KRANZ 107, S. 398) ein.

KUHN, der sich damals als "...einer der Führer der völkischen Bewegung in Dresden und Sachsen..." (KUHN 112, S. 198) verstand und schon früh der NSDAP angehörte. Er ist jedoch weder als ADV-, noch als DVSTB-Mitglied in Erscheinung getreten, obwohl er an der Seite des späteren NSDAP-Gauleiters Martin MUTSCHMANN 1923 in Sachsen gegen die Arbeiter gekämpft hat (vgl. BÖHLES et al. 59, S. 195), "...der auch die Schutz- und Trutz-Bund-Anhänger im Vogtland anführte" (LOHALM 119, S. 317). KUHN hatte trotzdem 1933 das Gefühl, "...vielleicht nicht genug getan..." (KUHN 112, S. 200) zu haben. So führte er in einer Festrede zur Feier der Universität Gießen am 8. Mai 1933 aus:

"Es stählt deshalb unsere Kräfte und gibt uns das Gefühl stolzer Freude, dem ich mit dankbarem Herzen Ausdruck geben



muß, daß Adolf Hitler in den Mittelpunkt des Programms seiner Bewegung die Rassenhygiene gestellt hat..." (ebenda).

"Nach dem Willen des Führers Adolf Hitler sollen die Lehren der Rassenhygiene in baldige Taten umgesetzt werden. Die körperlich und seelisch Minderwertigen sollen nicht ohne Pflege bleiben, aber sie sollen aus dem Lebensstrom des Volkes ausgeschaltet werden. Die Unterwelt muß verschwinden und für die gesunden Volksgenossen soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine blühende Kinderschar aufzuziehen, wie sie für den Bestand und die Zukunft der Deutschen notwendig ist. Dabei soll unsere Liebe der nordischen Rasse gelten" (ebenda, S. 198).

Es waren vor allem die Rassenhygieniker unter den Ärzten, deren Interesse für politische Gestaltung in Deutschland durch die mit der Rassenbiologie und Rassenhygiene "...zusammenhängenden Probleme der inneren und äußeren Politik...so stark" (PLOETZ 137, S. 279) wurde, daß sie sich, wie PLOETZ über Arthur GÜTT schreibt, geradezu zwangsläufig der völkischen und der nationalsozialistischen Bewegung verschrieben. Andererseits bereiteten sie auch wie KUHN "...den Boden...für die Gedanken des Nationalsozialismus, besonders in rassenpolitischer und rassenhygienischer Hinsicht" (PLOETZ 139, S. 92).

### 9.3. Wechselwirkung zwischen der Heilkunde und der völkischen Ideologie

Inwieweit das vom ADV propagierte Rassedanken auf Ärzte und Zahnärzte und ihr ärztliches Handeln innerhalb und außerhalb des ADV Einfluß ausgeübt hat, läßt sich nicht mehr genau nachprüfen.

Aufschlußreich im Hinblick auf ein Spannungsverhältnis zwischen Heilkunde und völkischer Ideologie ist jedoch ein zweiteiliger Artikel über den "Weg der Heilkunde zum Volk", der 1928 in den Alldeutschen Blättern (ANONYMUS 44, S. 114f und ANONYMUS 45, S. 120f) erschienen ist aus Anlaß des 75. Jahrganges des Erscheinens der "Münchener medizinischen Wochenschrift" "...im Verlage unseres alldeutschen Vorkämpfers J. F. Lehmann..." (ANONYMUS 44, S. 114).

Dort wird anfangs festgestellt, es sei

"...vielleicht nicht unangebracht einmal zu betrachten,

wie in Deutschland zwischen Vertretern der Heilkunde und dem völkischen Gedanken die Fäden hin und her gesponnen wurden" (ebenda).

Es wird in diesem Artikel behauptet:

"Es liegt im Wesen der Heilkunde, daß sie von den herrschenden Geistesströmungen beeinflusst wird..." (ebenda).

Zur Jahrhundertwende waren es die Rasseforschung, die Vererbungslehre und die Ideen des Sozialdarwinismus, die nicht nur die Ärzte im ADV wie Otto AMMON, Ludwig WILSER und A. E. FICK, sondern auch viele andere Ärzte dieser Zeit beschäftigten. Der Arzt und Gesellschaftsbiologe Alfred PLOETZ lenkte mit der von ihm entwickelten Rassenhygiene das Interesse seiner Kollegen von dem einzelnen Kranken, den es zu heilen galt, zur germanischen Rasse, die zu erhalten und zu stärken wichtigstes Prinzip ärztlichen Handelns werden sollte. Die Heilkunde bekam damit "...über dem einzelnen Ich ein höheres Ich..., das sie zu betreuen..." (ANONYMUS 45, S. 121) hatte.

War in den Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende der Blick des Arztes wesentlich auf den einzelnen Kranken gerichtet, so bedeutete die neue Richtung in der Heilkunde

"...geistig einen Bruch mit dem Geiste der französischen Revolution und des westlichen Liberalismus und ein Wiederknüpfen an den deutschen Idealismus. Man dachte nicht mehr in Klassen und Bevölkerungen oder in der Menschheit, sondern in Völkern" (ANONYMUS 44, S. 115)

Der Blick des Arztes, des national-bewußten Arztes, vor allem des im ADV organisierten, richtete sich auf das Wohl des Volksganzen. Es entwickelte sich die Auffassung, daß

"...das Wesen der Fortpflanzung ist, den Lebenswillen des Einzelnen über ihn hinaus auf Familie und Volk zu leiten. ...Denn es ist nicht nur an dem, daß wer völkisch ist, folgerichtig auch die Bindung der geschlechtlichen Sittlichkeit anerkennen muß, sondern der völkische Gedanke ist seinerseits auch eine Folgerung aus den Tatsachen des Geschlechtslebens, wenn man diese nicht zu einem sinnlosen Spiel werden lassen will. Sie stehen in einem gewissen Gegenseitigkeitsverhältnisse, ohne völkische Grundlage hängt jede geschlechtliche Sittlichkeit in der Luft, die Betrachtung der Lehre von der Fortpflanzung führt aber die Heilkunde zum völkischen Gedanken, der Blutsgedanke ist in beiden wirksam" (ANONYMUS 45, S. 120)

Im Vordergrund der ärztlichen Tätigkeit sollte also das Volk,

die Rasse, die Blutsgemeinschaft und die Auslese stehen, nicht mehr das Individuum. Diese Forderung der neuen Heilkunde, der völkischen Heilkunde, finden wir fast deckungsgleich bei der "Neuen Deutschen Heilkunde", der nationalsozialistischen Heilkunde wieder, die vor allem durch den "Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund" propagiert wurde (vgl. ZAPP 164, S. 124f). Deren Fundament, so erklärte der Reichsärztführer Dr. Gerhard WAGNER, war "...nicht die exakte Naturwissenschaft..., sondern allein die nationalsozialistische Weltanschauung von den natürlichen, den biologischen Grundgesetzen allen Geschehens" (ebenda, S. 125).

Man kann demnach wohl soweit gehen, die völkische Heilkunde als einen Vorläufer der nationalsozialistischen Heilkunde zu bezeichnen.

Der Autor des Artikels über den "Weg der Heilkunde zum Volk" betont noch einen weiteren Aspekt, indem er behauptet, daß "...die Heilkunde zum guten Teil selbst mit bestimmend auf die geistige Strömung einwirkte" (ANONYMUS 44, S. 115), d. h., die Heilkunde habe die völkische Ideologie mitgeprägt und damit ihrerseits auf den Nationalsozialismus hingeführt.

Die Vererbungslehre und die Rassenhygiene konnten in der Tat gerade Mediziner leicht zur völkischen Weltanschauung hinlenken.

Auf diesem Hintergrund ist vielleicht auch ihre überdurchschnittliche Beteiligung an der völkischen und ihre frühe Beteiligung an der nationalsozialistischen Bewegung (vgl. KUDLIEN 110, S. 20 ff) zu erklären, denn unter den Akademikern im ADV stellten sie, wie aufgezeigt, die zweitstärkste Berufsgruppe dar (vgl. S. 38). Es sei in diesem Zusammenhang auf die Feststellung des späteren Reichsärztführers Leonardo CONTI verwiesen, "...daß die Ärzte von allen akademischen Berufen zuerst und am aktivsten in der nationalsozialistischen Bewegung gestanden haben" (vgl. ZAPP 164, S. 164; vgl. CONTI 65, S. 22).

## 10. SCHLUSSWORT

Der ADV und der DVSTB übten eine nicht unerhebliche Anziehungskraft auf Ärzte und Zahnärzte aus.

Ärzte und Zahnärzte stellten als geschlossene Berufsgruppe einen beträchtlichen Anteil in fast allen Gremien des ADV und DVSTB von der Basis bis zur Spitze. Unter den Funktionsträgern dieser beiden Organisationen, die über eine akademische Ausbildung verfügten, bildeten die Ärzte und Zahnärzte neben den Juristen im Durchschnitt die zweitstärkste Berufsgruppe.

Als freiberufliche Akademiker sahen sich die Ärzte und Zahnärzte dem enormen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wandel, den die Industrialisierung mit sich brachte, ausgeliefert. Sie fürchteten um ihre Unabhängigkeit und ihren sozialen Status, weil sich die Krankenkassen zu einem stetig wachsenden Machtfaktor entwickelten. Diese Angst und Unsicherheit verstärkte sich nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches ganz erheblich.

Neben dem Gefühl der Geborgenheit und Zugehörigkeit zu einer Gruppe boten der ADV und der DVSTB den Ärzten und Zahnärzten auf ihren Ortsgruppenversammlungen und Stammtischrunden ganz besonders wegen ihrer angeblichen Überparteilichkeit und politischen Unabhängigkeit eine Möglichkeit, ihre Ängste zu kanalisieren. Die meisten Ärzte und Zahnärzte fühlten sich dem "Ideal des unpolitischen Arztes" verpflichtet. Parteipolitische Bindung oder sogar Betätigung galt damals nicht nur für Mediziner als verwerflich.

Es war gerade der Charakter des Nationalvereins, der den ADV und im weitesten Sinne auch den DVSTB für Ärzte und Zahnärzte attraktiv machte. Über aller Parteipolitik zu stehen und sich uneigennützig für die Stärkung des Volkes und des deutschen Vaterlandes einzusetzen, wurde als Selbstverständlichkeit und als natürliches Bestreben angesehen.

Dabei wurde nicht beachtet, daß der ADV vor dem I. Weltkrieg schon eindeutig "...neben den Konservativen feste Stellung bezog" (KRUCK 109, S. 220). Es wurde ignoriert, daß der ADV und der DVSTB durchaus den politischen Willen einer bestimmten Bevölkerungsschicht, des Mittelstandes, vertraten.

Für Mediziner wurde nun zur vornehmsten Aufgabe erklärt, nicht

mehr so sehr das Wohl des einzelnen Kranken als vielmehr das des ganzen Volkes, der Rasse im Auge zu haben.

Das vom ADV und DVSTB vertretene Rassedenken, aber auch die parallel verlaufende Entwicklung einer Rassenhygiene sprach manche Ärzte und Zahnärzte auch außerhalb der beiden Organisationen an und politisierte sie mehr oder weniger unbewußt weiter in die Richtung, in die die völkische Bewegung marschierte. Der Begriff des "unpolitischen Arztes" wird umso fragwürdiger, wenn man in den Alldutschen Blättern 1928 liest:

"...wie in Deutschland zwischen Vertretern der Heilkunde und dem völkischen Gedanken die Fäden hin und her gesponnen wurden" (ANONYMUS 44, S. 114).

Diese Mediziner entwickelten eine völkische Heilkunde, die über das Wohl des Individuums immer mehr das Wohl des Volksganzen stellte. Damit lieferten sie die Heilkunde der Willkür der Politiker aus.

Die gesundheitspolitischen Gedanken, die später der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund propagierte (vgl. ZAPP 164, S. 124-162), waren solchen Ärzten nicht neu. Der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund konnte insoweit auf Vorhandenem aufbauen. Die völkische Bewegung, in deren Mittelpunkt der ADV und der DVSTB standen, bereitete so auch den Weg zur "Medizin ohne Menschlichkeit" (MITSCHERLICH/MIELKE 124) mit vor.

"Wenn man sich vergegenwärtigt, wie selten es dem Alldutschen Verband gelungen ist, einen klaren Blick zu behalten und in seinem Wollen das rechte Maß zu finden, so scheint seine Geschichte als ein ganz besonders eindringliches und mahnendes Stück deutschen Schicksals schlechthin" (KRUCK 109, S. 221).

Diesen Satz möchten wir auch auf die Ärzte und Zahnärzte im ADV und DVSTB sowie auf die von der völkischen Bewegung ergriffenen Mediziner anwenden und ihr Denken und Handeln als ein mahnendes Stück Landesgeschichte nachfolgenden Generationen nahebringen.

Gerade heute, wo die Ärzte- und Zahnärzteschaft durch steigenden Nachwuchs und durch die Maßnahmen zur Kostendämpfung ihre wirtschaftliche Existenz wieder gefährdet sehen, und auf der anderen Seite die optimale gesundheitliche Versorgung der Be-

völkerung aufgrund der steigenden Kosten bedroht ist, ist es wichtig, daß das Wohl des einzelnen Kranken oberstes Prinzip des ärztlichen Handelns bleibt und durch nichts geschmälert werden darf.

Dazu bedarf es aber Ärzte und Zahnärzte, die sich aufgrund ihrer Bildung und ihres Ansehens am Meinungs- und Machtbildungsprozeß beteiligen (vgl. WERLE 159, S. 104) und einen klaren Blick bei der Lösung der bevorstehenden Probleme behalten.

## 11. QUELLENVERZEICHNIS

Die folgenden Quellen sind im Text mit "Q" und der fortlaufenden Nummer aus diesem Quellenverzeichnis gekennzeichnet.

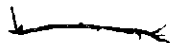
- 1 Alld deutsches Werbe- und Merk-Büchlein, 2. Auflage  
München, J.F. Lehmann Verlag, 1899  
Staatsarchiv Hamburg - A 440 / 27 Kapsel 1 -
- 2 Handbuch des ADV, 9. Auflage  
München, J.F. Lehmann Verlag, 1905  
Landesarchiv Schleswig - 320  
Landratsamt Steinburg Nr. 244 -
- 3 Handbuch des ADV, 15. Auflage  
München, J.F. Lehmann Verlag, 1911  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
- D 1135/202 -
- 4 Handbuch des ADV, 19. Auflage  
München, J.F. Lehmann Verlag, 1915  
Bundesarchiv Koblenz - ZSg 1-2/4 -
- 5 Handbuch des ADV, 20. Auflage  
München, J.F. Lehmann Verlag, 1916  
Forschungsstelle für die Geschichte des  
Nationalsozialismus in Hamburg - Ce 27 -
- 6 Handbuch des ADV, 22. Auflage  
München, J.F. Lehmann Verlag, 1918  
Forschungsstelle für die Geschichte des  
Nationalsozialismus in Hamburg - Ce 27 -
- 7 Mitgliederliste der Ortsgruppe des ADV in  
Lüdenscheidt vom 12.2.1898  
Stadtarchiv Lüdenscheidt - A 937 "ADV" 1898 -
- 8 Mitgliederliste der Ortsgruppe des ADV in  
Duisburg vom 27.2.1899  
Stadtarchiv Duisburg - Best. 307/1 -
- 9 Mitgliederliste der Ortsgruppe des ADV in  
Hamburg von 1897  
Staatsarchiv Hamburg - A 440 / 27 Kapsel 1 -
- 10 Mitgliederliste der Ortsgruppe des ADV in  
Hamburg von 1901  
Staatsarchiv Hamburg - A 440 / 27 Kapsel 1 -
- 11 Mitgliederliste der Ortsgruppe des ADV in  
Stuttgart vom 9.12.1913  
Zentrales Staatsarchiv Potsdam  
- Alld deutscher Verband, Akte Nr. 626, Blatt 19-22 -
- 12 Mitgliederliste der Ortsgruppe des ADV in  
Königstein vom 30.12.1913  
Zentrales Staatsarchiv Potsdam  
- Alld deutscher Verband, Akte Nr. 626, Blatt 26 -

- 13 Mitgliederliste der Ortsgruppe des ADV in  
Münster vom 21.6.1916  
Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster  
- Nachlaß ten Hompel - Nr. 12 -
- 14 Mitgliederliste der Ortsgruppe des ADV in  
Offenbach/Main vom 20.6.1928  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
- Abt. G 12 B - Konv. 32, Fasc. 9 -
- 15 Mitgliederlisten der Ortsgruppe des ADV in  
Offenbach/Main vom Sept. 1933, 24.11.1934,  
vermutlich von 1935, vom 8.2.1936 und 10.6.1936  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
- Abt. G 12 B - Konv. 32, Fasc. 10 -
- 16 Mitgliederliste der Ortsgruppe des ADV in  
Darmstadt vom 14.2.1934  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
- Abt. G 12 B - Konv. 32, Fasc. 10 -
- 17 Mitgliederlisten der Ortsgruppe des ADV in  
Darmstadt, vermutlich beide aus der Zeit vor 1934  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
- Abt. G 12 B - Konv. 32, Fasc. 10 -
- 18 Vierteilige Liste der Ortsgruppe des ADV in  
Gießen aus der Zeit zwischen 1929 und 1937  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
- Abt. G 12 B - Konv. 31, Fasc. 4 -
- 19 Mitgliederlisten der Ortsgruppe des ADV in  
Friedberg von 1935 und 1936  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
- Abt. G 12 B - Konv. 32, Fasc. 10 -
- 20 Mitglieder- und Gästeliste der Ortsgruppe des ADV in  
Marburg/Lahn aus der Zeit zwischen 1929 und Febr. 1937  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
- Abt. G 12 B - Konv. 31, Fasc. 6 -
- 21 Mitgliederliste der Ortsgruppe des DVSTB in  
Crefeld vom 12.10.1922  
Hauptstaatsarchiv Düsseldorf - 16.795 -
- 22 Mitgliederliste der Ortsgruppe des DVSTB in  
Delmenhorst vom 12.7.1922  
Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg  
- Best. 136, Nr. 2684 -
- 23 Mitgliederliste der Ortsgruppe des DVSTB in  
Jever vom 11.7.1922  
Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg  
- Best. 136, Nr. 2684 -
- 24 Mitgliederliste der Ortsgruppe des DVSTB in  
Oldenburg vom 13.7.1922



Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg  
- Best. 136, Nr. 2684 -

- 25 Mitgliederliste der Ortsgruppe des DVSTB in  
Wilhelmshaven- Rüstringen vom 15.7.1922  
Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg  
- Best. 136, Nr. 2684 -
- 26 Alldeutscher Verband- Verhandlungsbericht über die Sitzung  
des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes am Sonntag,  
den 14. April 1912 und am Sonntag, den 25. Oktober 1914  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
- Abt. G 12 B- Korv. 32, Fasc. 8 -
- 27 HAASE, L.: Aufstand in Niedersachsen  
Der Kampf der NSDAP, 1921-1924  
2. verm. und verb. Niederschrift,  
maschinegeschrieben, 1942  
Forschungsstelle für die Geschichte des  
Nationalsozialismus in Hamburg - Fsz. 11 H 2 -
- 28 Bericht des Bezirksamtes Memmingen an den  
Staatskommissar für den Regierungsbezirk Schwaben  
und Neuburg vom 7.10.1921  
Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abt. II  
- MA 100 403 -
- 29 Versammlung der Ortsgruppe München des deutschen Schutz-  
und Trutzbundes am 23.10.1919  
Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abt. IV  
- Best. RW Gr.Kdo. 4 Nr.288 -
- 30 Personalakte Dr. Otto HELLMUTH  
Gestapostelle Würzburg  
Hauptstaatsarchiv Würzburg - Akt. 974 -
- 31 Verzeichnis der Polizeidirektion Nürnberg- Führt  
- Bund Frankenland -  
Staatsarchiv Nürnberg - Nr. 567 -
- 32 NSDAP-Mitglieder-Kartei  
Berlin Document Center, Berlin
- 33 Satzung des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes,  
gedruckte Fassung  
Deutsches Zentralarchiv Potsdam  
- Alldeutscher Verband, Akte Nr. 494 -
- 34 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich  
herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt  
20, 1899  
Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht, 1899
- 35 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich  
herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt  
36, 1915  
Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht, 1915



## 12. LITERATURVERZEICHNIS

Aus rationalen Gründen haben wir in diesem Verzeichnis für die "Alldeutschen Blätter" die Abkürzung "AB", für die "Deutschvölkischen Blätter" die Abkürzung "DVB" und für das "Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie" die Abkürzung "ARGB" benutzt.

- 1 ACHINGER, H.: Die Sozialgesetzgebung und ihre Wirkung auf die Welt des Arztes im 19. Jahrhundert  
in: W. ARTELT und W. RÜEGG (Hrsg.): Der Arzt und der Kranke in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts - Vorträge eines Symposiums vom 1.-3.4.1963 in Frankfurt am Main  
Stuttgart, Ferdinand Enke, 1967
- 2 ANONYMUS: Verzeichnis der Ortsgruppen des Alldeutschen Verbandes Ende Mai 1898  
AB 8, 117-119 (1898)
- 3 -- Verzeichnis der Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes Ende Mai 1898  
AB 8, 119-120 (1898)
- 4 -- Unsere Burensammlung  
AB 10, 271-272 (1900)
- 5 -- Ortsgruppe Dresden  
AB 11, 120 (1901)
- 6 -- Prof. Dr. Adolf Fick  
AB 11, 412 (1901)
- 7 -- Ortsgruppe Dresden  
AB 12, 52 (1902)
- 8 -- Ortsgruppe Dresden  
AB 12, 113 (1902)
- 9 -- Die Wahlen für den Vorstand sowie für die Hauptleitung und den geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes  
AB 14, 38-39 (1904)
- 10 -- Ortsgruppe Dresden  
AB 14, 100 (1904)
- 11 -- Ortsgruppe Dresden  
AB 14, 311 (1904)
- 12 -- Verzeichnis deutscher Ärzte im Ausland (Die Geschäftsstelle des ADV)  
AB 15, 95 (1905)

- 13 ANONYMUS: Aufruf zur Gründung einer Hasse-  
Stiftung  
AB 16, 2 (1906)
- 14 -- Ortsgruppe Berlin  
AB 16, 179 (1906)
- 15 -- Alldeutscher Verband: Aufruf  
AB 17, 372-373 (1907)
- 16 -- Ortsgruppe Zürich  
AB 18, 447 (1908)
- 17 -- Aufruf: Für den Alldeutschen Wehr-  
schatz und die Hasse- Stiftung  
AB 20, 25-27 (1910)
- 18 -- Mittelsächsischer Gauverband  
AB 21, 60 (1911)
- 19 -- Aufruf für Blumenau- Stiftung  
AB 21, 421 (1911)
- 20 -- Vorstandssitzung in Lübeck  
Neuwahlen in den Vorstand  
AB 21, 426 (1911)
- 21 -- Ortsgruppe Dresden  
AB 22, 231 (1912)
- 22 -- Ortsgruppe Plauen  
AB 23, 71 (1913)
- 23 -- Ortsgruppe Plauen  
AB 23, 103 (1913)
- 24 -- Ortsgruppe Plauen  
AB 23, 301 (1913)
- 25 -- Ortsgruppe Plauen  
AB 23, 372 (1913)
- 26 -- Oberstabsarzt d.L. A. Fick, Zürich  
AB 25, 339 (1915)
- 27 -- Nachruf Herr Geh.Med.-Rat  
Prof. Dr. Friedr. Schenk  
AB 26, 77 (1916)
- 28 -- Weltkrieg (ch)  
Ärztl. Mitt. 18, 152-153 (1917)
- 29 -- Arzt und Politik (Dr.Br.)  
Ärztl. Mitt. 18, 523-525 (1917)
- 30 -- Zur neunten Kriegsanleihe  
Ärztl. Mitt. 19, 327 (1918)

- 31 ANONYMUS: Erklärung des Alldeutschen Verbandes  
(Bamberger Erklärung)  
AB 29, 65-69 (1919)
- 32 -- Nachruf!  
Geh.Sanitätsrat Dr. Gustav Stille  
DVB 35, 31 (1920)
- 33 -- Selbstsozialisierung  
Ärztl. Mitt. 21, 95 (1920)
- 34 -- Ortsgruppe Dresden  
AB 31, 94-95 (1921)
- 35 -- Ortsgruppe Iserlohn  
AB 42, 63 (1932)
- 36 -- Der alldeutsche Verbandstag in Linz  
an der Donau 1922  
AB 32, 158-159 (1922)
- 37 -- Die Ellendt, ihre Knüppelgarde und  
ihre Zuhälter  
Fränkischer Volksfreund 41, (1922)  
( Stadtarchiv Würzburg )
- 38 -- Hartmann  
Ärztl. Mitt. 24, 35-38 (1923)
- 39 -- Ortsgruppe Treptow a.d. Riga  
AB 34, 175-176 (1924)
- 40 -- Nachruf San.rat Dr. Fritz Fabricius  
AB 35, 3 (1925)
- 41 -- Verbandstag in Detmold  
AB 35, 191 (1925)
- 42 -- Ortsgruppe Dresden  
AB 35, 232 (1925)
- 43 -- Ortsgruppe Weißenfels  
AB 37, 8 (1927)
- 44 -- Der Weg der Heilkunde zum Volk  
1. Teil  
AB 38, 114-115 (1928)
- 45 -- Der Weg der Heilkunde zum Volk  
2. Teil  
AB 38, 120-121 (1928)
- 46 -- Verbandstag in Plauen  
AB 38, 155 (1928)
- 47 -- Ortsgruppe Bayreuth  
AB 39, 24 (1929)

- 48 ANONYMUS: Ortsgruppe Freiberg i. Sa.  
AB 40, 72 (1930)
- 49 -- Vorstandssitzung  
AB 41, 153 (1931)
- 50 -- Oberelbgau  
AB 42, 64 (1932)
- 51 -- Ortsgruppe Freiberg i. Sa.  
AB 42, 224 (1932)
- 52 -- Todesanzeige: Herr Sanitätsrat  
Dr. Kretschmar  
AB 43, 65 (1933)
- 53 -- Unterfranken ehrt seinen Führer  
Würzburger Generalanzeiger vom  
24.7.1933  
(Stadtarchiv Würzburg)
- 54 -- Eine Ehrenurkunde für unseren  
Gauleiter  
Mainfränkische Zeitung (1.Beiblatt)  
vom 23.11.1935  
(Stadtarchiv Würzburg)
- 55 -- Spessartkinder danken dem Gauleiter  
Mainfränkische Zeitung vom 17.12.1935  
(Stadtarchiv Würzburg)
- 56 -- Mainfränkische Frauen in der Kampfzeit  
Teil II  
Mainfränkische Zeitung vom 14.4.1937  
(Stadtarchiv Würzburg)
- 57 BAUMGARTNER, K.: Der Anatom W. Felix, 1860-1930  
Züricher med.-geschichtliche Ab-  
handlungen, neue Reihe, Heft 132  
Zürich, Med. Diss., 1979
- 58 BENNINGHOVEN: Ärzte, Zahnärzte, Zahntechniker und  
Kurpfuscher- Kritische Betrachtungen  
-Medizinalkolloquium I C7 Bd.IV, Bl.27-  
Staatsarchiv Hamburg
- 59 BÖHLES, H:-J. et al.: Frontabschnitt Hochschule  
Die Gießener Universität im National-  
sozialismus  
Gießen, Anabas und Focus, 1982
- 60 BONHARD, O.: Geschichte des Alldeutschen Verbandes  
Leipzig, Berlin, Theodor Weicher, 1920
- 61 BORN, M.: Mein Leben  
München, Nymphenburger Verlagsbuchhand-  
lung, 1975

- 62 BUCHLOH, I.: Die nationalsozialistische Machtergreifung in Duisburg  
Duisburger Forschungen, Bd.29  
Duisburg, 1980
- 63 CHAMBERLIN, B. S.: The Enemy on the Right  
the ADV in the Weimar Republic,  
1918-1926  
Baltimore, University of Maryland, 1972
- 64 CHICKERING, R.: We Men Who Feel Most German  
A Cultural Study of the Pan-German-  
League, 1886- 1914  
Boston, George Allen & Unwin, 1984
- 65 CONTI, L: Arzt und Nationalsozialismus  
Dtsch. Ärztebl. 73, 33-34 (1943)
- 66 DEGENER, H.: Wer ist's?  
Zeitgenossenlexikon enthaltend Biographien  
nebst Bibliographien, 4. Ausgabe  
Leipzig, Ludwig Degener, 1909
- 67 DOELEKE, W.: Alfred Ploetz ( 1860-1940 )  
Sozialdarwinist und Gesellschafts-  
biologe, Frankfurt, Med.Diss., 1975
- 68 FELIX, W.: Auszug aus dem Protokoll des Erziehungsrates  
des Kantons Zürich vom  
8. April 1915 - Rektoratsarchiv 1007 -
- 69 -- Persönliche Briefe an seine Mitarbeiterin  
Frl. Dr. Hedwig Frey zwischen  
1913 und 1928  
Briefsammlung des Medizinhistorischen  
Instituts der Universität Zürich
- 70 FETSCHER: Chronik- Zum 60. Geburtstag des Hygienikers  
Prof. Dr. Kuhn  
Med. Klin. 26, 1391-1392 (1930)
- 71 FICK, A. E.: Deutschtum und Alkohol  
AB 8, 155 (1898)
- 72 -- Kolonialpolitik nach englischer und  
nach deutscher Art  
AB 13, 410-411 (1903)
- 73 -- Endlich eine Tat  
AB 14, 167 (1904)
- 74 -- Regierungsweisheit und Rassebewußtsein  
AB 14, 425-426 (1904)
- 75 -- Pierre Baudin über den Wert germanischer  
Rasse  
AB 15, 48-49 (1905)

- 76 FICK, A. E.: Für die Blutzeugen des Deutschtums  
AB 15, 54-55 (1905)
- 77 -- Ketzerisches über die Marokkopolitik  
AB 17, 367- 368 (1907)
- 78 -- Auslandsdeutsche  
AB 19, 368-369 (1909)
- 79 -- Zwanzig Jahre alldeutsche Arbeit,  
Erfolge und Noch- Nichterfolge  
Vortrag gehalten am 6. Jänner 1911  
in der Ortsgruppe Zürich des ADV  
Zürich, Emil Ruge, 1911
- 80 -- Trinksitte und Volkskraft  
AB 21, 234-236 (1911)
- 81 -- Todesanzeige für Sohn Roland  
AB 26, 76 (1916)
- 82 -- Vom Proletariat zum Arbeitertum von  
August Winnig  
AB 41, 103 (1931)
- 83 -- Luftschutz  
AB 41, 196 (1931)
- 84 FICK: Die Familie Fick  
ARGB 19, 159-175 (1922)
- 85 FISCHER, I.(Hrsg.): Biographisches Lexikon der hervor-  
ragenden Ärzte der letzten fünfzig  
Jahre. Bd. 1-2.  
Berlin, Wien, Dr. I. Fischer, 1933
- 86 FISCHER, N.: Die Zahnheilkunde in Hamburg im 19.  
und zu Beginn des 20. Jahrhunderts-  
Entstehung und Entwicklung des zahn-  
ärztlichen Berufsstandes und sein  
Bestreben nach einer vollen akademi-  
schen Anerkennung des Faches  
Hamburg, Med. Diss., 1980
- 87 FLADE, R.: Es kann sein, daß wir eine Diktatur  
brauchen.  
Würzburg, Pupille- Verlag, 1984
- 88 FLITNER, F.: Über Rassen und Rassenpflege  
AB 23, 322-325 (1913)
- 89 FOREL, A.: Briefe. Correspondance 1864-1927  
Hrsg. Hans H. Walser  
Bern, Verlag Hans Huber, 1968
- 90 FRANZ-WILLING, G.: Ursprung der Hitlerbewegung  
1919-1922 , 2. Auflage  
Hamburg,Berlin, Verlag K.W.Schütz, 1974

- 91 FRANZ-WILLING, G.: Krisenjahr der Hitlerbewegung 1923  
Hamburg, Berlin, K.W.Schütz, 1974
- 92 FRETZDORFF, J.: Die zahnärztlichen Vereine in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gründung des Vereinsbundes Deutscher Zahnärzte  
Marburg, Med. Diss., 1969
- 93 FRICKE, D.(Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte  
1789-1945 , Bd. 1  
Köln, Pahl-Rugenstein, 1983
- 94 HAASE, L.: Rundschreiben II: An die Ortsgruppenführer der illegalen NSDAP, Hannover, den 17.2.1924  
in JOCHMANN 104, S. 62
- 95 HARTWIG, E.: Alld deutscher Verband (ADV) 1891-1939  
in: Redaktionskollektiv unter der Leitung von D. FRICKE (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland - Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945 1, 1-26  
Leipzig, VEB Bibliographisches Institut, 1968/1970
- 96 HAUPTMANN, G.: Das Abenteuer meiner Jugend  
in: Die großen Beichten  
Berlin, Propylaen, 1966
- 97 HEISCHKEL-ARTELT, E.: Die Welt des praktischen Arztes  
in: W. ARTELT und W. RÜEGG (Hrsg.): Der Arzt und der Kranke in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts - Vorträge eines Symposiums vom 1.-3.4.1963 in Frankfurt am Main-Stuttgart, Ferdinand Enke, 1967
- 98 HELLMUTH, O.: Anzeigen wegen vorübergehender Praxis-schließung  
Marktbreiter Wochenblatt 97 vom 11.10. und 15.12.1922; 98 vom 26. 1., 2.3., 8.7., 1.10. und 2.11.1923
- 99 HISTORISCHE KOMMISSION bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften:  
Neue Deutsche Biographie 5  
Berlin, Dunker & Humboldt, 1961
- 100 HUERKAMP, C.: Ärzte und Professionalisierung in Deutschland-Überlegungen zum Wandel des Arztberufes im 19. Jahrhundert-Geschichte und Gesellschaft, 6, 349-382 (1980)



- 101 HUERKAMP, C.: Der Aufstieg der Ärzte im 19. Jahrhundert. Vom gelehrten Stand zum professionellen Experten: Das Beispiel Preußens. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 68  
Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1985
- 102 HÜTTENBERGER, P.: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NDSAP  
Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 19  
Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1969
- 103 JACHERTZ, N.: Die verhängnisvolle Sehnsucht nach der Reichsversicherungsordnung  
Dtsch. Ärztebl. 80, 56 (1983)
- 104 JOCHMANN, W.: Nationalsozialismus und Revolution  
Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg, 1922-1933 - Dokumente -  
Veröffentlichung der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. III  
Frankfurt/Main, Europäische Verlagsanstalt, 1963
- 105 KATER, M. H.: Ärzte und Politik in Deutschland, 1848 bis 1945  
in: Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung, Bd. 5 für das Jahr 1986, 34-48  
Stuttgart, 1987
- 106 KATZ, A.: Ärzte und Politik  
Ärztl. Mitt. 22, 548 (1921)
- 107 KRANZ, H. W.: Philaetes Kuhn - Zum Ableben eines alten Nationalsozialisten und rassehygienischen Vorkämpfers  
Ziel und Weg 7, 398-399 (1937)
- 108 KREBS, W.: Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund (DSTB) 1919-1922  
in: Redaktionskollektiv unter der Leitung von D. FRICKE (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland - Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945 1, 774-777  
Leipzig, VEB Bibliographisches Institut, 1968/1970
- 109 KRUCK, A.: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939  
Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz 3  
Hrsg. J. LORTZ und M. GÖHRING  
Wiesbaden, Franz Steiner, 1954

- 110 KUDLIEN, F.: Ärzte in der Bewegung - Referat -  
in Pressestelle der evangelischen  
Akademie Bad Boll: Medizin und Na-  
tionalsozialismus, Tagung vom 30.4.-  
2.5.1982 in Bad Boll  
-Protokolldienst- 23, 20-61  
Bad Boll , 1982
- 111 -- Max von Gruber und die frühe Hitler-  
bewegung  
Med. hist. J., 17, 373-389 (1982)
- 112 KUHN, Ph.: Die Universität im neuen Reich  
Festrede am 8.5.1933  
Hessisches Ärztebl. 8, 198-200  
1933
- 113 LENZ, F.: Alfred Ploetz zum 70.Geburtstag  
ARGB 27, VII-XII (1930)
- 114 LERCHNER: Werbe- Anzeige  
AB 29, 194 (1919)
- 115 LICHTSINN, H.: Otto Ammon und die Sozialanthropologie  
in: A. GEUS und I. MÜLLER (Hrsg.):  
Marburger Schriften zur Medizinge-  
schichte, Bd. 21  
Frankfurt/ Main, Verlag P. Lang, 1987
- 116 LILIENTHAL, G.: Rassenhygiene im Dritten Reich. Krise  
und Wende  
Med. hist. J., 14, 114-134, 1979
- 117 LÖWENBERG, D.: Willibald Hentschel (1858-1947)  
Seine Pläne zur Menschengzüchtung,  
sein Biologismus und Antisemitismus  
Mainz, Med. Diss., 1978
- 118 LOEWY- HATTENDORF, E.: Politik? Politik!  
Ärztl. Mitt. 28, 401 (1927)
- 119 LOHALM, U.: Völkischer Radikalismus  
Die Geschichte des Deutschvölkischen  
Schutz- und Trutzbundes 1919-1923  
in: JANSSEN, JOCHMANN, JOHE und NEL-  
LESSEN (Hrsg.): Hamburger Beiträge zur  
Zeitgeschichte, VI  
Hamburg, Leibniz, 1970
- 120 LUBARSCH, O.: Ein bewegtes Gelehrtenleben  
Erinnerungen und Erlebnisse  
Kämpfe und Gedanken  
Berlin, Julius Springer, 1931
- 121 -- Nachruf auf Anatom Semon  
Münch. med. Wschr. 66, 302 (1919)
- 122 -- Wissenschaft und Volkstum  
Rede zur Feier des Geburtstags Seiner

Majestät des Deutschen Kaisers König  
von Preußen Wilhelm II in der Aula  
der königlichen Christian-Albrechts-  
Universität am 27.1.1916  
Kiel, Lipsius und Tischer, 1916

- 123 MARETZKY, K. und VENTER, R.: Geschichte des deutschen  
Zahnärzter- Standes  
Hrsg. Bundesverband der Deutschen  
Zahnärzte e.V.  
Köln, 1974
- 124 MITSCHERLICH, A./ MIELKE, F.: Medizin ohne Menschlichkeit  
Dokumente des Nürnberger Ärztepro-  
zesses  
Frankfurt/ Hamburg, Fischer, 1960
- 125 MONAKOW VON, C.: Vita mea. Mein Leben  
Hrsg. A.W. GUBSER und E.H. ACKERKNECHT  
Bern, Hans Huber, 1970
- 126 MÜLLER VON, K.-A.: Im Wandel der Welt, Erinnerungen  
1919-1932  
Hrsg. O. A. VON MÜLLER  
München, Süddeutscher Verlag, 1966
- 127 NOAKES, J.: The Nazi Party in Lower Saxony,  
1921-1933  
London, Oxford University, 1971
- 128 OLPP, G.: Charakterköpfe der Tropenmedizin  
Berlin, 1936
- 129 PAGENSTECHER: Die Ermordung der Deutschen in  
Covadogna  
AB 22, 147-148 (1912)
- 130 PARLOW, S.: Über einige Aspekte der politisch-  
ideologischen Haltung deutscher Ärzte  
in der Novemberrevolution 1918 bis  
zum Eisenacher Ärztetag im September  
1919 unter besonderer Berücksichtigung  
der medizinischen Fachpresse  
in: E. LUTHER und B. THALER (Hrsg.):  
Der Arzt in der politischen Entschei-  
dung, 49-74  
Halle (Saale), 1967
- 131 PAULSEN, J.: Die Herrschaft der Schwachen und der  
Schutz der Starken in Deutschland  
Kritische Betrachtungen eines Arztes  
über die soziale Fürsorge, Teil 2  
ARGB 11, 145-169 (1914-1915)
- 132 PFLEIDERER, R.: Zum Gedächtnis des Sanitätsrats Dr.  
Klüpfel- Urach  
Ärztl. Mitt. 19, 12 (1918)

- 133 PLOETZ, A.: Die Begriffe Rasse und Gesellschaft  
und die davon abgeleiteten Disziplinen  
ARGB 1, 2-26 (1904)
- 134 -- Willibald Hentschels Vorschlag zur  
Hebung der Rasse  
ARGB 1, 885-895 (1904)
- 135 -- Ableitung einer Gesellschafts-Hygiene  
und ihrer Beziehung zur Ethik  
ARGB 3, 253-259 (1906)
- 136 -- Ärztliche Beratung vor der Ehe-  
schließung  
ARGB 7, 130-132 (1910)
- 137 -- Lebensbild Artur Gütts  
ARGB 33, 279-281 (1936)
- 138 -- Prof. Dr. Adolf Fick - Berichte -  
ARGB 34, 366-367 (1937)
- 139 -- Lebensbild von Prof. Dr. Philaletes  
Kuhn  
ARGB 35, 90-93 (1938)
- 140 -- und RÜDIN, E.: Zur Entwicklung des Deutschen Reichs  
seit der Machtübernahme unseres Füh-  
rers am 30. Januar 1933  
ARGB 35, 185-186 (1938)
- 141 RIETZLER, R.: Kampf in der Nordmark  
Das Aufkommen des Nationalsozia-  
lismus in Schleswig- Holstein  
(1919-1928)  
in: Arbeitskreis für Wirtschafts- und  
Sozialgeschichte Schleswig-Holstein  
und Gesellschaft für Schleswig-Hol-  
steinische Geschichte (Hrsg.):  
Studien zur Wirtschafts-und Sozial-  
geschichte Schleswig-Holsteins, 4  
Neumünster, Karl Wachholtz, 1982
- 142 ROHMEDER, W.: Lehrmittel für deutsche Schulen im  
Auslande  
AB 13, 97 (1903)
- 143 -- Kraftprobe zwischen Deutschtirol und  
Welschtirol  
AB 13, 102 (1903)
- 144 -- Die Fleimstal-Bahn  
AB 13, 112-115 (1903)
- 145 -- Gaststätten in den sprachlichen  
Grenzgebieten Südtirols, welche deut-  
schen Reisenden zu empfehlen sind  
AB 18, 167-168 (1908)

- 146 ROHMEDER, W.: Deutsche und deutschfreundliche Gaststätten in den deutschen Sprachinseln, sprachlichen Grenzgebieten und sprachlich gemischten Gegenden Südtirols  
AB 21, 186-187 (1911)
- 147 RÜDIN, E.: Alfred Ploetz zum Gedächtnis  
ARGB 37, 1-4 (1940)
- 148 SCHEMMELE, H.: Die ostische Gefahr  
AB 34, 135-137 (1924)
- 149 SCHMIDT, W. J.: Inventor of the contact lens lived in South Africa  
The South African Optometrist  
77-83 (1983)
- 150 SCHNACK, I. (Hrsg.): Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck - 1830-1930 - IV  
Marburg, R.G. Elwert und G. Braun, 1950
- 151 SCHWABE, K.: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges  
Göttingen, Zürich, Frankfurt, Muster-schmidt-Verlag, 1969
- 152 -- Ursprung und Verbreitung des all-deutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im 1. Weltkrieg,  
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte  
14, 105-138 (1966)
- 153 -- Zur politischen Haltung der deutschen Professoren im I. Weltkrieg  
Histor. Zeitschrift, 193, 601-634  
München, 1961
- 154 SEEMANN, U.: Einige Bemerkungen zur historischen Entwicklung der Auffassung vom unpolitischen Arzt in Deutschland  
in: E. LUTHER und B. THALER (Hrsg.): Der Arzt in der politischen Entscheidung, 11-18  
Halle (Saale), 1967
- 155 STEGMANN, D.: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Sammlungspolitik 1897-1918  
Berlin, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1970
- 156 URNER, K.: Die Deutschen in der Schweiz  
Frauenfeld, Stuttgart, Huber, 1976

- 157 VENTER, R.: siehe MARETZKY, K. 119
- 158 WARNCKE, P.: Die südwestafrikanische Entschädigungsfrage und der Alldeutsche Verband AB 14, 233-235 (1904)
- 159 WERLE, K.-P.: Formen des Widerstandes deutscher Ärzte 1933-1945  
Kiel, Med. Diss., 1974
- 160 WERNER, L.: Der Alldeutsche Verband 1890-1918  
Historische Studien, Heft 278  
Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung in Deutschland in den Jahren vor und während des Weltkrieges  
Berlin, Dr. Emil Ebering, 1935
- 161 WERTHEIMER, M. S.: The Pan-German-League, 1890-1914  
Studies in History, Economics and Public Law  
New York, Octagon Books, 1971
- 162 W(IDENBAUER), G.: Dr. phil. et med. Wilhelm Rohmeder  
Zum 85. Geburtstag  
AB 38, 111-112 (1928)
- 163 WIDENBAUER, G.: Dr. phil et med. Wilhelm Rohmeder,  
ein Veteran des völkischen Vorkampfes  
AB 40, 183-184 (1930)
- 164 ZAPP, A.: Untersuchungen zum nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund (NSDÄB)  
Kiel, Med. Diss., 1979
- 165 ZIEMSEN VON, H.: Klinische Vorträge  
I Allgemeines- 1. Der Arzt und die Aufgaben des ärztlichen Berufes  
Leipzig, F.C.W. Vogel, 1887